

Arbeitsamt

Frank Hills

# Deutschland im Würgegriff seiner Feinde

Pro Fide Catholica



© Verlag Anton A. Schmid  
Verlags-Programm: Pro Fide Catholica  
Postfach 22; D-87467 Durach  
Printed in Germany 1999

Alle Rechte bei Autor und Verlag.  
Auszugsweise Veröffentlichung in Presse, Funk  
und Fernsehen nur nach Genehmigung.

ISBN 3-932352-36-X

Frank Hills

# **Deutschland im Würgegriff seiner Feinde**

**Pro Fide Catholica**

*Ein herzliches Vergelt's Gott allen, die durch ihre  
Informationen und Ratschläge zum Gelingen dieses  
Buches beigetragen haben.*

*„Das aber wisse: in den letzten Tagen stehen  
schwere Zeiten bevor“  
(2 Tim 3, 1)*

*Möge diese Schrift dem friedlichen Zusammenleben aller  
Völker dienen. Grundvoraussetzung dafür ist die Wahrheit.  
Ohne Wahrheit gibt es keine Gerechtigkeit und ohne  
Gerechtigkeit keine Freiheit.*

# Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	6
2. Einleitung.....	7
3. Deutschland anno 1999 - Eine traurige Bilanz.....	11
4. Wo der Taschenrechner versagt.....	41
5. Die Europäische Union.....	45
6. Der Euro.....	55
7. Gefahr von „rechts“?.....	63
8. Wie man zum „Rechtsextremen“ wird.....	82
9. Lügen über Lügen.....	85
10. Gefahren für unseren Staat.....	90
a. Gefahr einer Anarchie auf deutschem Boden.....	93
b. Gefahr von multiethnischen Konflikten auf deutschem Boden.....	96
c. Gefahr eines totalitären Staates in Deutschland.....	103
d. Gefahr einer „rot-roten“ Republik und einer Verbreitung der kommunistischen Ideologie in Deutschland.....	106
e. Gefahr der Islamisierung Deutschlands.....	109
11. Wer ist verantwortlich?.....	112
12. Ausblick auf das neue Jahrtausend.....	120
13. Bildquellen.....	124
14. Auswahl der verwendeten Literatur.....	125

# 1. Vorwort

Bereits vor Jahrzehnten wurden in Deutschland alle wichtigen Posten in der Politik, Wirtschaft und in den Medien mit Freimaurern besetzt. Viele ausgezeichnet recherchierte Bücher haben diesen Tatbestand eindeutig nachgewiesen (siehe das Verlags-Programm Pro Fide Catholica!). Aus diesem Grund widmet sich die hier vorliegende Schrift hauptsächlich der Frage, was für *Auswirkungen* das Leben in solch einer, von der Loge beherrschten, Gesellschaft hat.

## 2. Einleitung

Was ist nur aus unserem Vaterland geworden? Ein trauriges Bild offenbart sich dem Betrachter des modernen Deutschland. Ganz gleich, ob er sich mit dem wirtschaftlichen, kulturellen oder zwischenmenschlichen Bereich auseinandersetzt, überall zeichnet sich der schleichende Niedergang unseres, einstmals in der ganzen Welt bewunderten, Landes ab. Ältere Menschen sprechen gar davon, daß ihnen die Heimat fremd geworden sei. Bedenklich stimmt auch, daß rund 200 000 überwiegend junge Deutsche ihrem Land jährlich den Rücken zukehren, in der Hoffnung, ihr Glück im Ausland zu finden. Werte, um die wir einst von vielen Völkern beneidet wurden, trifft man heute ebenfalls nur noch selten an.

Blicken wir über unsere (faktisch nicht mehr vorhandenen!) Staatsgrenzen hinweg, so stellen wir fest, daß andere Völker unter ähnlichen Verfallserscheinungen zu leiden haben wie wir. Längst wurden auch sie vom Sog der teuflischen *Globalisierung* erfaßt und müssen nun gleichfalls mit den Konsequenzen eines radikalen Freihandels fertigwerden. Gerade in den Vereinigten Staaten zeichnet sich ein sehr düsteres Bild ab. Das Land, das einstmals im Ruf stand, die „freieste Nation der Erde“ zu sein, hat sich in den letzten Jahren in einen regelrechten Orwell'schen Polizeistaat verwandelt. Aber nicht nur dort wendet man die (in Deutschland erfolgreich erprobte) *psychologische Kriegsführung* gegenüber dem eigenen Volk an. *Weltweit* kann man zum ausgehenden Jahrtausend einen Ausbau des Überwachungsstaats beobachten. Gleichzeitig vernimmt man von den Herrschenden in diesem Zusammenhang immer öfters Begriffe wie „Neue Weltordnung“ und „Goldenes Zeitalter“.

Das Ziel der Geheimen Oberen (also der *wahren* Lenker der Weltpolitik) besteht in der Abschaffung *aller* Staatsgrenzen, nationaler Währungen, eigenständiger Kulturen und homogener Völker. Sie sehnen sich nach einem „globalen Dorf“, das nur noch von gleichgeschalteten, von ihnen rund um die Uhr kontrollierten *Welteinheitsbürgern* bevölkert wird. Die mächtige Elite, die unseren Planeten mittels ihres immensen Reichtums von hinter den Kulissen aus regiert, sieht sich als die Herrscherkaste dieser „schönen neuen Welt“. Alle anderen Menschen sind in ihren Augen lediglich „Kanonenfutter“, „Arbeitssklaven“ und „Tiere“, die es auszubeuten und zu unterdrücken gilt. Eine künftige (diktatorische) Weltregierung soll alle Aspekte menschlichen Zusammenlebens reglementieren.

Um diese weitgesteckten Ziele verwirklichen zu können, haben die Geheimen Oberen allen *souveränen christlichen Nationalstaaten* schon vor langer Zeit insgeheim den Krieg erklärt. Die meisten westlichen Völker

befinden sich heute *im letzten Stadium* diesen Kampfes auf Leben und Tod, der Über Freiheit oder Sklaverei *aller Menschen* entschieden wird. Allerdings finden die Schlachten heute nicht mehr auf dem Feld statt, sondern werden mittels des Geldes in Parlamenten und Führungsetagen der Großkonzerne und Banken entschieden. Internationale Verträge und Vereinbarungen, die unter anderem „multinationale Streitkräfte“ aufstellen oder den Freihandel regeln sollen (wie NAFTA oder der „Vertrag von Maastricht“) haben die Rolle früherer „Friedensdiktate“ übernommen, die die Völker einst knebelten. Die Devise lautet heute: „Eroberung durch Verträge!“

Deutschland nimmt im Kreis der Nationen einen besonderen Platz ein. Es gibt wohl kaum ein anderes Volk, das in seiner Geschichte mehr unter der Unterdrückung und Ausbeutung der Geheime Oberen zu leiden hatte. Während des Zweiten Weltkriegs war es sogar das Ziel gewesen, die Deutschen ganz von der Weltbühne verschwinden zu lassen. Pläne wurden ausgearbeitet, die der Frage nachgingen, wie man unserem Volk endgültig den Garaus machen könnte (z.B. durch „Massenkastration“). Glücklicherweise verschwanden diese teuflischen Machwerke (vorerst) in den Schubladen hochrangiger Politiker, die sich dann jedoch etwas ganz Neuem zuwandten: der *geheimen Kriegsführung*.

Nachdem sich Deutschland von 1939 bis 1945 mit der halben Welt herumschlagen mußte, setzte nach Beendigung der Kampfhandlungen der *Um-erziehungsprozeß* ein. Dieser verfolgte nur ein Ziel: das *Wesen* aller zukünftigen Generationen von Deutschen zu verändern. Sie sollten vom selbständigen Denken weitgehend „befreit“ und (nach den Worten von Winston Churchill) „faul und impotent“ gemacht werden. Gleichzeitig setzte die *wirtschaftliche Ausplünderung* des deutschen Volkes ein. Waren es anfangs lediglich die *Reparationszahlungen*, die der Staatskasse schwer zu schaffen machten, kamen im Laufe der Jahre noch viele weitere „Auslandsverpflichtungen“ hinzu.

Auch begann man damit, Deutschland durch internationale Verträge (bzw. den „Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ vom 25. März 1957) zu binden. Später wurden die erzielten Ergebnisse in neuen Vereinbarungen zementiert (so im „Vertrag von Maastricht“). Gleichzeitig arbeitete man verschiedene Wege aus, um das homogene Volk in eine „multikulturelle Gesellschaft“ umzuwandeln (unter anderem durch die Anlockung von „Gastarbeitern“, „Asylanten“, „Bürgerkriegsflüchtlingen“ und „Kontingentflüchtlingen“). Natürlich mußte man auch den „illegalen Einwanderern“ eine Möglichkeit bieten, ungehindert ins Land strömen zu können. Aus diesem Grund wurden die Staatsgrenzen beseitigt (siehe das „Schengener Abkommen“).

Prinzipiell gibt es nur zwei Möglichkeiten, ein Volk zu unterwerfen: auf *militärischem Wege* oder durch *friedliche (=freiwillige) Übereinkunft*.



Letztere Variante hat einen entscheidenden Vorteil: man kann der Bevölkerung suggerieren, daß sie selbst als Entscheidungsträger wirkt. Ein aktuelles Beispiel ist die Unterschriftenaktion von CDU/CSU im Hinblick auf die „doppelte Staatsbürgerschaft“. Nur wenige Gegner dieser zweifelhaften Forderung sind sich darüber im Klaren, daß sie mit ihrer Unterschrift einer millionenfachen „Integration“ zustimmen, also ebenfalls für die Auflösung des deutschen Volkes zugunsten einer „multikulturellen Gesellschaft“ votieren.

Mittels einer „friedlichen Übereinkunft“ wird das erreicht, was früher nur nach einem Krieg möglich war: die schrittweise Auflösung eines ehemals souveränen Staates, die Preisgabe seiner nationalen Selbstbestimmung und die Legalisierung der Ausplünderung des Volkes. (Andere Länder, wie den Irak, zerstört man auf *direkterem* Wege: Indem man seine Bevölkerung ins Mittelalter zurückbombt und mittels „Sanktionen“ langsam zugrunde gehen läßt. [Die Folge dieser international-sanktionierten „Aushungerung“: Aufgrund Nahrungsmittel- und Medikamentenmangels mußten bis 1999 über eine Million unschuldiger Irakis sterben!]) Eine „friedliche Übereinkunft“ zielt außerdem darauf ab, den Vernichtungs- bzw. Auflösungsprozeß „unumkehrbar“ zu gestalten. Immerhin hat es dann nach außen hin den Anschein, als ob sich die Bevölkerung selbst, also in „demokratischer Manier“, für eine solche Entwicklung entschieden hätte.

Die Geheimen Oberen wissen natürlich, daß es zu *allen Zeiten* und an *allen Orten* Menschen gegeben hat, denen durch die Eingebung des Heiligen Geistes die Gnade zuteil wurde, hinter die Kulissen des Weltgeschehens blicken zu können, um dort die Pläne des Bösen zu entdecken. Aus diesem Grund wurden bzw. werden seitens der Verschwörer alle Anstrengungen unternommen, um deren Gegner öffentlich zu diffamieren und schließlich mundtot zu machen. Deshalb stehen die wenigen mutigen Individuen, die unser Land noch vorzuweisen hat, dem Niedergang Deutschlands heute relativ hilflos gegenüber.

Zur Jahrtausendwende stellt sich uns die dringende Frage, ob dieser Vernichtungsprozeß noch aufzuhalten ist bzw. wie man diese Teufelsspirale überhaupt durchbrechen könnte. Haben die Feinde unseres Vaterlandes nicht bereits ganze Arbeit geleistet? Wurde die ehemals souveräne Nation nicht schon längst an Brüssel ausgeliefert? Gibt es überhaupt noch ein Entrinnen vor diesem Moloch namens „Europäische Kommission“ und seinen geheimen Lenkern? Und konnten wir vor wenigen Jahrzehnten auch nur *ahnen*, wie erfolgreich die Lenker der Weltpolitik agieren und was aus unserem „freiheitlich-demokratischen“ Land eines Tages werden würde?

Leider wurden die christlichen Kirchen durch gezielte Unterwanderung weitgehend neutralisiert. Die Geheimen Oberen wußten, daß gerade *sie* un-

sere größte Stütze im Kampf um die Wahrheit und gegen die Machenschaften des Bösen gewesen waren. Aus diesem Grund wurden alle wichtigen Posten in den Kirchen mit „Trojanischen Pferden“ besetzt, d.h. mit Personen, die sich gegenüber den Anhängern des Bösen absolut loyal verhalten. Jetzt bleibt es den wenigen wachsamem Gläubigen überlassen, den Kampf für Gottes Gebote und gegen die Stellvertreter des Teufels auf Erden fortzuführen. Diesem Zweck soll auch die vorliegende Schrift dienen.

Übrigens: Dies ist keine „nationalistische“ Schrift. Der Titel dieses Buches könnte genausogut „Die USA im Würgegriff ihrer Feinde“ oder „Frankreich in den Händen der Verschwörer“ lauten. Die Elite, die unseren Planeten von hinter den Kulissen aus lenkt, ist überall beheimatet und hat es sich zum Ziel gesetzt, *alle* freien (christlichen) Nationen zu versklaven und ihrer Neuen Weltordnung zu unterwerfen. Die Feinde *aller* Menschen haben sich in *jedem* Volk eingenistet und herrschen heute über ein teuflisches Netzwerk von Anhängern und Sympathisanten, das dem Oberkommando der Geheimen Oberen unterstellt ist. *Kein Volk* ist zum Ende dieses Jahrtausends mehr vor den Greifarmen dieses Octopus sicher. Im Gegenteil: Länder wie der Irak, Indonesien, Südkorea, Rumänien und Rußland wurden bereits in Chaos und Armut gestürzt. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis auch Deutschland an der Reihe ist...

### 3. Deutschland anno 1999 - Eine traurige Bilanz

Das Christentum sollte Grundlage eines *jeden* Staates sein, denn die HI. Schrift lehrt uns alle Aspekte des menschlichen Zusammenlebens und die Gesetze einer Zivilisation. Sie spricht ausdrücklich davon, daß kein Mensch Sklave eines anderen sein sollte, und daß nur durch die Befolgung der Gebote Gottes ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit *für alle Bürger* gewährleistet werden kann. „Denn das Volk und das Reich, das dir nicht dient, geht unter; ja die Heidenvölker werden gänzlich vertilgt.“ (Is 60,12) Die *Wahrheit* ist eines der *Hauptgebote* Gottes. Jesus Christus verkündete, daß wir stets der Wahrheit folgen sollen, weil uns diese freimachen werde. Oder, anders ausgedrückt: die Lüge verklavt uns! Demnach müßte eine ganze Gesellschaft, die auf lauter Lügen aufgebaut wäre, eine Sklaven-Gesellschaft sein.

Solch eine Gesellschaft streben die Geheimen Oberen an, denn das *letzte* Ziel der „Feinde Christi“ besteht in der (materiellen *und* geistigen) Versklavung eines *jeden* Menschen, da der Mensch als „Ebenbild Gottes“ erschaffen wurde. Die Hintermänner der Weltpolitik wissen nur zu gut, daß dieses Ziel vor allem mit Hilfe des Geldes erreicht werden kann, da der *wirtschaftliche Faktor* in alle Bereiche unseres Lebens hineinwirkt. (Bekanntlich wird der Schuldner immer zum „Sklaven“ des Gläubigers!)

Durch ihre Kontrolle der Zentralbanken und über die Beeinflussung der internationalen Finanzmärkte war es für die Verschwörer ein leichtes, Deutschland unter ihre Kontrolle zu bekommen. Das Ziel, die *soziale* und *politische* Ordnung unseres Staates zu zerstören, können sie vor allem auf finanziellem Wege (d.h. durch eine hohe Staatsverschuldung und alle sich daraus ergebenden Probleme) erreichen. Beginnen wir unseren Streifzug durch das „moderne Deutschland“ von daher bei dem Herzstück eines *jeden* Staates: der Wirtschaft. Nur wenige unserer Mitbürger scheinen begriffen zu haben, daß unser ganzer (offiziell noch verbliebener) „Wohlstand“ auf einer einzigen Lüge aufgebaut ist; auf einer riesigen **Schuldenpyramide**, die jederzeit in sich zusammenstürzen kann. Die Gesamt-Schuldenlast Deutschlands beträgt zum 1. März 1999 rund 2,3 Billionen Mark - in Ziffern: 2.300.000.000.000,- DM. Daraus wird ersichtlich, daß unser Land also *schon längst* Pleite ist.

Zudem erfahren wir jährlich neu, daß sich die **Schulden** bei Bund, Ländern und *Gemeinden* immer weiter türmen. „Mehr als 20 Milliarden Mark Schulden hatten die hessischen Gemeinden und Kreise Ende 1996. Dies

entspricht 3329 Mark pro Einwohner. Die Kommunen nahmen mehr neue Schulden auf, als sie für die Tilgung alter Kredite ausgaben." (Fuldaer Zeitung, 26.11.97) Der „Euro-Kurier“ (6/95) liefert uns eine Erklärung für diese Situation: „Der Hauptgrund der Kassendefizite ist - meist verschwiegen - die Explosion der Sozialerats. Darin nehmen, je nach Lage der Gemeinde, die Kosten für Ausländer und Asylanten bis zu 40 Prozent ein, eine im Grunde unnötige Ausgabe, die aber dank der eingerissenen Verhältnisse im Bereich des Ausländer- und Asylanten(un)wesens von den Kommunen zu tragen ist.“ *Vereinzelt* findet man in der regionalen Tagespresse eine Bestätigung dessen. Unter der Überschrift „Land droht Klage wegen Asylkosten“, konnte man der Fuldaer Zeitung (20.5.98) entnehmen, daß der „Kreis Darmstadt-Dieburg ... Hessen im Streit um Asylkosten mit einer Klage gedroht“ hat. „Sollte das Land die Pauschale für Unterbringung und Verpflegung der Ausländer nicht erhöhen, sei ein Gang vor das Verwaltungsgericht unabwendbar, erklärte ... Landrat Alfred Jakoubek (SPD). Die bislang im Monat gewährten 826 Mark pro Asylbewerber reichten für eine Kostendeckung nicht aus.“

Auf *Länderebene* sieht es ähnlich dramatisch aus. „Trotz Haushaltssperren und Ausgabenkürzungen haben die 16 Bundesländer 1997 in ihren Etats ein Defizit von 39,1 Mrd. DM hinnehmen müssen. Das waren sechs Mrd. DM mehr als geplant ... „ (DIE WELT, 28.4.98) Von Millionen wird nur noch selten gesprochen; es sind heute viele *Milliarden*, die, aufgrund einer verantwortungslosen Politik und einer permanenten Mißwirtschaft, in unseren öffentlichen Kassen fehlen.

Richten wir unseren Blick schließlich noch auf den *Bund*. „Mit großer Sorge hat der Bundesrechnungshof auf die seiner Meinung nach höchst problematische Staatsverschuldung in Deutschland hingewiesen. Die Präsidentin der Behörde, von Wedel, bezifferte die Verbindlichkeiten allein des Bundes auf insgesamt 1400 Milliarden Mark.“ (Fuldaer Zeitung, 25.11.98) Als Ursache dafür, werden Steuerausfälle angegeben. Natürlich käme niemand unserer Oberen auf die Idee, die tatsächlichen Gründe unserer Finanzmisere offenzulegen, denn solche Äußerungen wurden weitgehend tabuisiert und können mithilfe der sogenannten „Politischen Korrektheit“ geahndet werden...

Aufgrund der *Schuldenkatastrophe* (anders ist es wirklich nicht mehr zu bezeichnen!) greift der deutsche Staat mittlerweile immer mehr zu *Verzweiflungsmitteln*, wie den „Privatisierungen“. Dabei haben viele Kommunen schon „in den vergangenen Jahren ... den Rotstift angesetzt und Personal kosten eingespart, freiwillige Leistungen gekürzt oder Einrichtungen (Anm.: zum Beispiel Schwimmbäder) für die Bürgerschaft geschlossen. Inzwischen heißt das Zauberwort zur Entlastung des Etats immer öfter 'Privatisierung'

... „ (Fuldaer Zeitung, 17.1.97). Die „Vermögensaktivierung“, wie diese Art der Kapitalbeschaffung im Orwell'schen Neu-deutsch genannt wird, verspricht unserer arg gebeutelten Staatskasse allerdings kaum Linderung, da man es ganz offensichtlich auch weiterhin vermeiden wird, die *wahren* Gründe unserer dramatischen Finanznot aufzudecken und zu beseitigen (ungebremste Massenzuwanderung; Auslands-Zahlungen an UNO, NATO, EU; Zinseszinsmechanismus; u.a.). Statt dessen werden „staatliche Einrichtungen“ geschlossen, die eigentlich dem Bürger gehören. Ein Beispiel hierfür: „Mit einer Demonstration in Badehose vor dem Kasseler Rathaus haben sich Mitglieder der acht Kasseler Schwimmvereine ... für die Erhaltung des Kasseler Auebades eingesetzt. Der Magistrat der Stadt hatte bereits im März [1998] beschlossen, das Freibad aus Kostengründen in diesem Sommer nicht wieder zu eröffnen.“ [Fuldaer Zeitung, 5.5.98]

Wenn man aus der Presse erfährt, daß sich unser Bundeshaushalt „im Rahmen der Vorgaben“ entwickelt, allerdings mit dem gleichzeitigen Hinweis darauf, daß die „Nettoneuverschuldung für das erste Halbjahr“ 26,4 Milliarden Mark beträgt, könnte man seine Hände nur noch über dem Kopf zusammenschlagen und verzweifeln. (Fuldaer Zeitung, 28.7.98) Haben wir nicht einen Finanzminister, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, eine verantwortungsvolle Finanzpolitik zu betreiben und das Volk vor einer *Schuldenkatastrophe* zu bewahren? Scheinbar spielt es keine Rolle, welche der beiden „großen“ Volksparteien (SPD bzw. CDU) gerade an der Macht ist, da der von vielen Bürgern lang herbeigesehnte Regierungswechsel unserer Staatskasse (und somit uns Steuerzahlern) ebenfalls kaum Entlastung verspricht, denn die „künftige rot-grüne Bundesregierung erwägt aufgrund einer Mindestlücke von 17 Milliarden Mark eine höhere Neuverschuldung im Bundeshaushalt 1999.“ (Fuldaer Zeitung, 17.10.98; Bereits heute wird jede vierte von der Bundesregierung eingenommene Steuermark für Schuldzinsen verwendet.)

Nur wenige Wochen nach dieser Meldung konnte man der Presse dann entnehmen, daß der neue Finanzminister Lafontaine ein 20-Milliarden-Loch „entdeckt hatte“. „Der Kassensturz sei zwar noch nicht beendet, doch die ersten Ergebnisse jagen den Finanzexperten abwechselnd heiße und kalte Schauer über den Rücken. 'Mittelfristig sehen wir eine Deckungslücke von jährlich zwanzig Milliarden Mark', sagte Lafontaine. Für den Entwurf 1999 würde das bedeuten, daß die Nettokreditaufnahme von 56,2 Milliarden auf 76,2 Mrd. DM klettert. Damit überstiege sie die vorgesehenen Investitionen in Höhe von 57,5 Mrd. DM und verstieße somit gegen die verfassungsrechtliche Grenze.“ (DIE WELT, 10.11.98) In diesem Zusammenhang wurde auch schon von weiteren „schmerzhaften Einschnitten“ gesprochen, die sehr bald vorgenommen werden müßten, um die Katastrophe (vorerst) abwenden zu können. Wie diese „Einschnitte“ im Einzelnen aussehen wer-

den, läßt sich bereits erahnen (Mehrwertsteuer-Erhöhung, weitere Kürzungen der Sozialleistungen usw.). Und die im Vorfeld vielgepriesene „ökologische Steuerreform“ wird abermals gerade die Einkommensschwachen (Renter, Sozialhilfeempfänger usw.) unserer Gesellschaft belasten, aber genau das war ja auch im Sinne des (eigentlichen) Erfinders. Außerdem ist Lafontaine beileibe nicht der einzige Politiker, der eine „Deckungslücke“ in unserer Staatskasse „entdeckte“, denn auch der neue Bundesverkehrsminister Müntefering fand ein Haushaltsloch in Höhe von 600 Millionen DM. (DIE WELT, 24.11.98) Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom Januar 1999, die zugunsten der Familien ausfiel, kommt außerdem noch eine Belastung von 20 bis 30 Milliarden DM auf die Staatskasse zu.

Schließlich die jüngste Meldung zur „Schuldenpolitik“ unserer Regierenden: „Das Defizit in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden wird“ 1999 „voraussichtlich auf mindestens (!) 84 Milliarden Mark steigen nach gut 66 Milliarden in diesem Jahr.“ (Fuldaer Zeitung, 27.11.98; Anm. v. Verf.)

Aus all diesen Berichten wird eines ersichtlich, daß nämlich von einem *Abbau* der riesigen Schuldenlast, die auf dem deutschen Volk bereits seit Jahrzehnten lastet, seitens der Politiker schon gar nicht mehr gesprochen wird. Es geht den Herrschenden anscheinend nur noch darum, den Haushalt von einem Jahr in das andere „hinüberzuretten“ und den unabwendbaren Staatsbankrott möglichst weit hinauszuzögern. Was werden die nachfolgenden Generationen eines Tages zum (unbegreiflichen) Verhalten ihrer Väter und Großväter sagen, die sie in den Ruin getrieben haben. Oder wird es vielleicht gar nicht mehr dazu kommen? (Eines der Hauptziele der Geheimen Oberen, das Volk durch eine nie mehr tilgbare Staatsverschuldung von den Finanzspritzen der internationalen Zentralbanken abhängig zu machen, wurde in Deutschland dank einer logengesteuerten Politik längst erreicht!)

Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität droht aber auch von den vielen Privathaushalten, die sich ebenfalls in der Schuldenfalle verfangen haben. „Die wachsende Schuldenlast der Bundesbürger ist nach Einschätzung des Bundesverbandes Deutsche Inkasso-Unternehmen besorgniserregend. Mehr als zwei Millionen Haushalte seien überschuldet und könnten ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr oder nur schleppend nachkommen, erklärte Verbandspräsident Ulf Giebel ... in Berlin.“ (Fuldaer Zeitung, 20.11.97) Etwa ein Jahr später ist die Zahl der verschuldeten Haushalte bereits auf rund 2,6 Millionen angestiegen: „Rund sieben Prozent aller privaten Haushalte in Deutschland stehen mittlerweile vor einem Berg von Krediten, Miet-, Energie- und anderen Schulden, die sie aus eigener Kraft nicht mehr abtragen können. ... Das bedeutet einen Zuwachs von 30 Prozent gegenüber 1994“ (Fuldaer Zeitung, 31.10.98)

Die Finanzlage der deutschen **Rentenkasse** hat sich bis Ende 1998 ebenfalls dramatisch verschärft, denn „nach einem 'Spiegel'-Bericht" fehlten dann „fünf Milliarden Mark ... , um die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve von einer Monatsausgabe zu erfüllen". (Fuldaer Zeitung, 5.10.98) Eigentlich schon schlimm genug, daß die *Mindestreserve* nur eine Monatsausgabe (!) beträgt. Bei einer akuten Finanznot könnten also gerade die vielen Millionen Rentner zuerst betroffen sein. DIE WELT berichtete dann am 10.12.98, daß die gesetzliche Rentenversicherung trotz „eines Überschusses von etwa drei Mrd. DM ... in diesem Jahr [ 1998] ihre Reservekasse wieder nicht vollständig auffüllen" könne. Ursache für die Finanznot unserer Rentenkasse sind die zweckentfremdeten Ausgaben, die über die Jahre getätigt wurden und weiterhin getätigt werden!

Wenn wir uns die Statistik betrachten, so können wir feststellen, daß die *überwiegende Mehrzahl* der Renterinnen bereits *heute* ein Leben am Rande des Existenzminimums fristen muß. Von einem „fröhlichen Renter-Dasein" kann also beileibe nicht mehr die Rede sein. Außerdem warnen Experten seit Jahren davor, daß unser *gesamtes* Rentensystem vor dem Kollaps steht und bald nicht mehr finanzierbar sein wird. Gerhard Ziegler, Verfasser des Buches „Alter in Armut", beschreibt auf Seite 234f die bedauerlichen Zustände, die gegenwärtig herrschen: „Über eine Million Frauen liegen in der Hauptgruppe [der Rentenbezieher] zwischen 250 und 500 DM monatlich. Jene, die zwischen 500 und 750 monatlich kassieren dürfen, stellen mit rund 508.000 Rentnerinnen die zweitgrößte Gruppe. Und die drittgrößte Gruppe? Die darf Renten zwischen 50 und 250 Mark vereinnahmen. Rund 821.800 Frauen in der Arbeiter-Rentenversicherung sind das.

Wir werfen einen Blick in die Angestellten-Versicherung der Frauen, die in sich 'ausgewogener' ist, aber dennoch offenbart: Hier ist bei Monatsrenten zwischen 2000 und 2250 DM angesichts der Gesamtzahl von rund 2,3 Millionen Angestellten-Rentnerinnen praktisch Schluß. Immerhin kommen hier 2.106 Frauen in den Genuß einer Rente zwischen 3250-3500 und höher, sind also 'Spitzenverdienerinnen'.

Die größte Gruppe stellen dagegen Frauen mit 425.800 Rentnerinnen, die die sagenhafte Summe zwischen 250 und 500 Mark 'einstreichen', gefolgt von rund 348.400 Frauen, die zwischen 500 und 750 DM kassieren, und 329.800 Frauen, die monatlich zwischen 750 bis 1000 Mark überwiesen bekommen."

Aus den soeben aufgeführten Zahlen wird eines ersichtlich: Bereits *heute* herrscht bei vielen unserer älteren Mitbürger Armut im Alter. Menschen, die ein ganzes Leben lang am Aufbau dieser Republik mitgewirkt haben, stehen vor dem finanziellen Ruin. Ihnen bleibt oftmals nur der Gang zum Sozialamt, um nicht vollends ins soziale Aus zu geraten. Auch erkennt man

anhand der Statistik, daß Frauen bei der Rente deutlich schlechter abschneiden, als Männer und die Versicherten in der Arbeiter-Rentenversicherung sich wiederum schlechter stehen, als ihre „Leidensgenossen“ in der Angestellten-Versicherung. Wie wir bereits oben gesehen haben, ist unser Staat längst bankrott und hat kein Geld mehr. Wo also die Finanzmittel hernehmen, die so dringend benötigt werden?

Zudem muß der Steuerzahler ständig für weitere Millionen- und Milliardenbeträge aufkommen. Der Regierungswechsel kam den Bürger ebenfalls richtig teuer zu stehen: „Rund 200 Millionen Mark kann der Regierungswechsel den Steuerzahler kosten ...“ Schier unglaublich, welche Privilegien unsere Politiker besitzen, denn selbst „wer theoretisch nur eine Minute lang Minister war, hat Anspruch auf ein 'Einkommen', das etwa vergleichbar mit einem Spitzen-Verdienst in der freien Wirtschaft ist. Würde ein Minister nach der Vereidigung sofort entlassen, bekäme er dafür 105 475 Mark - verteilt auf sechs Monate.“ (Fuldaer Zeitung, 1.10.98; *theoretisch* hätte sich Deutschland einen Regierungswechsel also überhaupt nicht mehr leisten können!)

Außerdem wurde bei der „Wachablösung“ Schindluder getrieben, denn noch „kurz vor dem Machtwechsel in Bonn hat die alte Bundesregierung 186 Beförderungen in den obersten Bundesbehörden ausgesprochen. Diese Praxis der ehemaligen Regierung führe zu einer Mehrbelastung der Bundeskasse von jährlich drei Millionen Mark, kritisierte der SPD-Abgeordnete Hubertus Heil.“ Er „forderte ein Beförderungsmoratorium, das zwischen dem Tag der Bundestagswahl und der Konstituierung des Parlaments liegen soll.“ (DIE WELT, 12.11.98)

„Nach uns die Sintflut!“, scheint die Devise moderner Finanzminister zu sein, denn auch die höchst umstrittene (und bereits jetzt verlustreiche!) „Expo 2000 bekommt zusätzliches Geld aus unserer Staatskasse. Der Bund und das Land Niedersachsen als Hauptgesellschafter der Expo-Gesellschaft wollen für die Weltausstellung zusammen 400 Millionen Mark sowie zusätzliche Bürgschaften zur Verfügung stellen.“ (Fuldaer Zeitung, 17.10.98) Jedoch: „Ob die jetzt zugesagten neuen Hilfen in einer Größenordnung von 800 Millionen Mark ausreichen, bleibt abzuwarten.“ (Fuldaer Zeitung, 30.10.98)

Trotz der akuten Finanznot staatlicher Kassen und riesiger Haushaltslöcher zeigt sich die Bundesregierung jedoch im Ausland, beispielsweise bei der Entwicklungshilfe, auch weiterhin äußerst spendabel: „Der Präsident von Simbabwe, Robert Mugabe, hat zum Start seines Deutschland-Besuchs die deutsche Hilfe für sein Land im südlichen Afrika gewürdigt. Bei einem Treffen mit Bundespräsident Roman Herzog ... sagte Mugabe ... mit Blick auf 1,4 Milliarden Mark an technischer Hilfe und Krediten, Bonn unterstüt-



ze Simbabwe 'mit Worten und Taten'. Dies gelte für Landwirtschaft und Entwicklungshilfe." (DIE WELT, 25.3.98)

Es klingt unglaublich, aber der deutsche Steuerzahler muß heute sogar für *Limousinen* im letzten Winkel Rußlands aufkommen. „Vier Tage nach dem Mordanschlag auf den georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse ist eine neue gepanzerte Limousine auf dem Weg in die Kaukasus-Republik. Der mit modernster Sicherheitstechnik ausgestattete Mercedes 600 ist ein Geschenk der Bundesregierung und von Daimler Benz." (Fuldaer Zeitung, 14.2.98) Diese Meldung ist ein wenig irreführend, denn natürlich handelt es sich wieder einmal um ein „Geschenk" des deutschen *Steuerzahlers!* (Geht es hier noch um das „Wohl des *deutschen* Volkes"?!?)

Zudem sind sich leider nur wenige deutsche Bürger darüber im Klaren, wofür sie (im Auftrag ihrer eigenen Regierung!) mit ihrem hart erarbeiteten Steuergeld im Ausland *haften* dürfen. „'An Rußland kann man nur glauben', lautet ein alter Dichtersatz. Höchste Aktualität gewinnt der Spruch für die deutschen Steuerzahler, denn sie sind die größten Gläubiger des Riesenreiches. Mit 250 Mark pro Kopf, insgesamt fast 20 Milliarden Mark, verbürgen sich die Bundesbürger über die Hamburger Hermes Kreditversicherung für die Zahlungsfähigkeit russischer Waren- und Kreditnehmer. Ob Siemens Kraftwerke zum Ural liefert oder Mannesmann Röhren in Sibirien verlegt: Zahlt der russische Kunde nicht, muß der Steuerzahler hierzulande die Rechnung begleichen. Kein vernünftig kalkulierender Unternehmer würde solche Geschäfte derart waghalsig finanzieren. 'Das Risiko ist einfach zu hoch', erläutert Immo Querner, Produktentwickler bei Gerling, Deutschlands zweitgrößtem privaten Kreditversicherer." (DM, November 1998, S.68) Ob die hiesigen Steuerzahler von ihrer Regierung wohl vorher darüber informiert wurden, daß *sie* der größte Gläubiger Rußlands sind?

Außerdem ist „Rußland beileibe nicht der einzige Krisenstaat... , der bei den Deutschen in der Kreide steht. Drei Fregatten für Indonesiens Ex-Diktator Suharto - Hermes bürgte. Kredite für Chinas umstrittenen riesigen Dreischluchten-Staudamm - kein Problem für Hermes." (ebd.) Es fällt auf, daß sich die Bundesregierung gerade in kommunistischen Staaten sehr stark engagiert.

Angesichts all dieser Tatsachen sieht die finanzielle Zukunft Deutschlands wohl sehr düster aus. Läuft nicht alles auf einen planmäßigen Staatsbankrott hinaus? Und wie ließe sich dieser Offenbarungseid überhaupt noch abwenden, wenn die „Wächter unserer öffentlichen Ordnung" doch stets darauf bedacht sind, daß Äußerungen über *Asylmißbrauch* oder *Auslands"Verpflichtungen"* mit einem Maulkorb versehen werden? Die Belastung des Steuerzahlers ist schon jetzt bis zum Äußersten ausgereizt und

viele Menschen müssen bereits einen Zweit-Job haben, nur um über die „Runden“ zu kommen. Nachdem Deutschland offensichtlich die halbe Welt aufgebaut hat, kann es sich aus der Geschichte endgültig verabschieden. Aber wir alle wissen: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.

Unserer *Wirtschaft* entsteht vor allem durch die „Wirtschaftsspionage“ großer Schaden. Dabei machen gerade unsere vermeintlichen „Freunde“ in Übersee den hiesigen Unternehmen schwer zu schaffen. Man darf längst nicht mehr nur von Einzelfällen sprechen, denn kein „Geringerer als US-Präsident Clinton hat letztes Jahr [1995] die Wirtschaftsspionage als wichtigste Aufgabe der amerikanischen Geheimdienste bezeichnet. ... Insider beziffern den Schaden, der der deutschen Wirtschaft dadurch pro Jahr entsteht, auf die unvorstellbare Summe von 20 Milliarden Mark. In Bonn, erst recht in Washington, will man von diesem Detail der besonderen deutsch-amerikanischen Beziehungen offiziell nichts wissen.“ (Nation & Europa, Nov./Dez. 1996, S.46f / Wie heißt das alte Sprichwort doch so treffend: „Wer *solche* Freunde hat, der braucht keine Feinde mehr!“) Zudem „büßt der Handel“ jedes Jahr „rund 4,5 Milliarden Mark durch Diebstahl ein; weitere 1,5 Milliarden Mark geben die Firmen für Schutzmaßnahmen aus.“ (Spiegel Special 1/1999, S.8) Die sogenannten „Wirtschaftsdelikte“ nehmen in Deutschland ebenfalls drastisch zu. „Nach offiziellen Angaben betragen die betrieblichen Gesamtschäden bei Betrugs-, Veruntreuungs- und Unterschlagungsfällen mehr als 2,6 Milliarden DM jährlich. ... Eine neue Gefahr droht zudem von Produktfälschung und Markenpiraterie. So macht beispielsweise die Markenpiraterie bereits zehn Prozent des Welthandelsvolumen aus.“ (Fuldaer Regionalblatt „Marktkorb am Sonntag“, 14.2.99) Rechnet man die soeben aufgeführten Zahlen zusammen, so entsteht der deutschen Wirtschaft jährlich ein Schaden von rund 30 Milliarden Mark. Über steigende Preise hat natürlich der Endverbraucher die Kosten hierfür zu tragen.

Aber nicht nur finanziell, sondern auch **gesundheitlich** scheint das deutsche Volk heute endgültig dem Niedergang entgegenzuschreiten, wenn man bedenkt daß jeder „zehnte Deutsche ... amtlich schwerbehindert“ ist, „jeder fünfte psychisch gestört. Mehr als zwei Millionen leiden an Knochenschwund, eine halbe Million Bürger haben Multiple Sklerose, eine Million hat Krebs, drei Millionen haben chronische Bronchitis, vier Millionen Leberschäden, fünf Millionen Gallensteine, jeweils fünf bis zehn Millionen haben Rheuma und Rückenschmerzen.“ (Gustav Sichelschmidt, Der Tanz auf dem Vulkan, S.85) In unserem Land gibt es auch vier Millionen Menschen, die an der Zuckerkrankheit leiden und eine Million, die am sogenannten „Grünen Star“ erkrankt sind. Dabei handelt es sich um eine Drucksteigerung im Augeninnern, die, wenn nicht entsprechend behandelt, das

Sehvermögen zerstört. Außerdem „leiden zwischen fünf und sieben Millionen Bundesbürger an chronischen Schmerzen, davon 660 000 an 'schweren problematischen Schmerzkrankheiten'." (Fuldaer Zeitung, 26.5.98) „Rund 1,2 Millionen Menschen in Deutschland leiden nach Expertenangaben an Hirnleistungsschwäche (Demenz).“ Und die „Zahl der Kranken steigt“ auch hier. (Fuldaer Zeitung, 10.12.98) „Würden nicht viele Patienten an mehreren der oben genannten Krankheiten leiden, ergäben die Statistiken addiert eine Gesamtzahl von 150 Millionen Kranken. Pro Jahr geben wir in dieser Republik mehr als 400 Milliarden Mark für das Gesundheitswesen aus. Vor dreißig Jahren lag diese Zahl noch bei 50 Milliarden Mark.“ (Gustav Sichelschmidt, Der Tanz auf dem Vulkan, S.85) Ein Ende dieser Kostenexplosion ist noch lange nicht abzusehen, denn die „Ausgaben im Gesundheitswesen sind“ mittlerweile „auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung geklettert. Das Statistische Bundesamt: 1996 wurden 525,6 Milliarden Mark für die Gesundheit ausgegeben. 3,8 Prozent mehr als im Vorjahr.“ (BILD, 12.11.98)

Angesichts dieser Statistik muß man sich die Frage stellen, warum wir überhaupt noch einen „Gesundheitsminister“ haben. Sicherlich darf die Aufgabe eines solchen Politikers doch nicht darin bestehen, evtl. Interessen der Pharmaindustrie zu vertreten oder bloße „Konkursverwaltung“ zu betreiben. Vielmehr sollte bei all seinen Überlegungen die „Volksgesundheit“ an *erster Stelle* stehen, d.h. neue bzw. alternative (!) Heilmethoden wären zu erforschen und dem Bürger zugänglich zu machen. Gleichzeitig hätte er natürlich die Aufgabe, alle potentiellen Gefahrenquellen unserer Gesundheit nach Möglichkeit zu beseitigen.

Will man der Massen-Erkrankung unseres Volkes auf den Grund gehen, so stellt man fest, daß dieser Zustand *mehrere* maßgebliche Ursachen hat. Da ist zum einen die *psychische* Komponente zu berücksichtigen. Die Medien und unsere Oberen sind dafür verantwortlich zu machen, daß die Deutschen bereits mit einem Gefühl von Scham und Selbstverachtung aufwachsen. Ihre Väter und/oder Großväter waren allesamt Verbrecher und „Hilters willige Vollstrecker“, suggeriert man ihnen seit frühester Kindheit. Die „Deutschen“ seien nicht nur für den Ausbruch des Ersten, sondern auch für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich zu machen. Zudem habe ihr Volk die schlimmsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit begangen. Aus all diesen Gründen tragen nun alle nachfolgenden Generationen dieser „barbarischen Germanen“ eine sogenannte „Kollektivschuld“, die selbst in 1000 Jahren nicht zu tilgen sei. Und aufgrund dieser unsühnbaren Schuld ergibt sich für *jeden* Deutschen (angeblich!) die Verpflichtung, von seiner Geburt bis zu seinem Tod, ein Gefühl der Selbstverachtung in sich zu tragen. Dies sei, so heißt es, die „Last der Geschichte“ für uns Deutsche!

Eine solche Erziehung bzw. Indoktrination hinterläßt im Wesen eines Volkes natürlich ihre Spuren. Bereits bei der Jugend kommt es zu einem vermehrten Haß auf die eigene Geschichte und die eigene Nation. Statt eines gesunden (!) Nationalstolzes, der hierzulande kaum noch die Möglichkeit hat, sich zu entfalten, vernimmt man von den Heranwachsenden immer öfters Parolen wie „Deutschland verrecke!“, „Ich bin stolz, kein Deutscher zu sein!“ oder „Nie wieder Deutschland!“. Die Menschen hassen einander. Empfindungen wie Unzufriedenheit und Aggression breiten sich vermehrt aus. Vor allem die wenigen noch verbliebenen Patrioten und (wahren) Christen spüren diese Anfeindungen. Die Mehrheit betrachtet solche Menschen als Unruhestifter, die es auszugrenzen und zu bekämpfen gilt. (Das spricht übrigens für die besondere Zeit, in der wir leben, denn Jesus Christus prophezeite für die Endzeit, daß viele Menschen „einander verraten und einander hassen“ werden [Mt 24, 10].)

Außer dieser von früh auf anerzogenen Schuldneurose kommen im Laufe des Lebens natürlich noch viele weitere *psychische Belastungen* auf den Menschen zu, die dann ebenfalls zu Schädigungen unseres Immunsystems führen *können* (Streitigkeiten in der Familie, Überforderung am Arbeitsplatz, Mobbing, Todesfälle im Familien- oder Bekanntenkreis usw.). Auch die existenziellen Sorgen und Ängste spielen für die seelische Gesundheit eine große Rolle. Wie sehr sich die Deutschen zu einem Volk von Angsthasen entwickelt haben wird ersichtlich, wenn man sich die von Zeit zu Zeit durchgeführten Erhebungen betrachtet, die der Frage nachgehen, vor was sich die Bundesbürger am meisten fürchten. Man kommt zu dem Ergebnis, daß sie sich unter anderem vor dem „Verlust des Arbeitsplatzes“, der „Kriminalität“, der „Zuwanderung“, dem „Euro“ oder vor dem „Rechtsextremismus“ fürchten. *Niemals* hört man bei den Erhebungen jedoch davon, daß sich die Menschen vor Gottes strafender Gerechtigkeit fürchten. (Denken sie überhaupt noch an ihren Schöpfer?)

Freude, Zufriedenheit und Liebe sind die Empfindungen und Gefühle, die den Leib und die Seele zusammenhalten und stärken. An oberster Stelle sollte hierbei die Liebe zu unserem Schöpfer und Erlöser stehen. Danach sollte man sein ganzes Leben ausrichten, d.h. die Gebote Gottes befolgen und immer nach der Wahrheit streben und für das Gute eintreten. Leider ist diese Erkenntnis nur noch bei wenigen Menschen anzutreffen, da die Geheimen Oberen mittels eines jahrzehntelangen, erfolgreichen Umerziehungsprozesses das *ganze Wesen* unseres Volkes verändert haben.

Den *Glauben* an Gott hat man durch eine atheistisch-humanistische bzw. sozialistisch-kommunistische Weltanschauung ersetzt. Die *Achtung vor dem Alter* wurde mithilfe eines fiktiven „Generationenkonflikts“ und der „anti-autoritären Erziehung“ weitgehend beseitigt. Die *Liebe zwischen einem Mann*

und einer Frau fiel unter anderem der „Emanzipationsbewegung“ zum Opfer. Die von Gott gewollte (siehe Dt. 32, 8; Apg 17, 26) *Liebe und das Bekenntnis zu seinem Vaterland* hat man durch die Verteufelung des Nationalstaats und die Errichtung von „multikulturellen Gesellschaften“ ausgelöscht. Fazit: Alle Gebote Gottes werden heute *nicht nur mißachtet, sondern regelrecht mit Füßen getreten*. (Muß man sich da noch wundern, in was für einer Gesellschaft wir leben?)

Ohne ihr Wissen wurde die Mehrheit der Deutschen zu „liberalen Weltbürgern“ erzogen. Ihr geistiges Niveau befindet sich zum ausgehenden Jahrtausend auf der Stufe eines geistig Verwirrten, den nur noch die Liebe zum eigenen Untergang vorantreibt.

Nachdem die Geheimen Oberen diese Charakterwäsche bei den Deutschen vollzogen hatten, machten sie sich an das Werk, auch die Körper der Menschen zu vergiften. Sie erzielten dies unter anderem durch die **Vergiftung der Nahrungsmittelkette** über

- > die Verwendung neuer, in der Natur nicht vorkommender gen-manipulierter Stoffe
- > den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft
- > die radioaktive Bestrahlung der Lebensmittel
- > die Verwendung neuer, als „bedenklich“ eingestufte Zusatzstoffe, um das Essen vollends unbrauchbar zu machen: Der Wissenschaftler Helmut Streit vom Chemischen Untersuchungsamt Mainz „warnt ausdrücklich davor, daß ein Teil des angebotenen Functional Food sogar 'gesundheitlich bedenklich ist'." (DIE WELT, 16.12.98)

Unsere Nahrung wird heute als „Fast Food“, „Junk Food“, „Gen Food“, „Novel Food“ (neuartige Lebensmittel!) oder „Functional Food“ bezeichnet. Dazu eine Meldung der Presse: „Immer mehr Zusatzstoffe in Lebensmitteln - Auswirkungen oft noch nicht ausreichend untersucht“ (ebd.). Damit hat man den Lebensmitteln ihre eigentliche Substanz, die Nährstoffe und Vitamine, entzogen. Sie wurden für den menschlichen Organismus weitgehend wertlos.

Weitere Maßnahmen, die die Gesundheit des Menschen negativ beeinflussen, sind u.a.:

- die **Vergiftung der Umwelt** (Luft, Wasser und Boden) vor allem durch die Großindustrie und das Militär
- die **Verbreitung und Verharmlosung des Elektroschmogs**
- die **Verbreitung von Drogen und Rauschgiften** (u.a. Alkohol)

All diese Dinge wirken sich in vermehrtem Maße negativ auf unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden aus. Für die *unwissenden* Bürger lauern die Gefahren heute überall.

Schließlich die letzte (und wahrscheinlich wichtigste!) Komponente in Beziehung auf die Gesundheit unseres Körpers: die Sünde. Auch ein Leben in Sünde kann unserem Körper (und unserer Seele) großen Schaden zufügen. Erst durch die *Erbsünde* des Menschen sind Krankheit, Gebrechen, Tod und Verderben über die Welt hereingebrochen: „Da nämlich durch einen Menschen der Tod kam" (1 Kor 15, 21). „Wie daher durch einen einzigen Menschen die Sünde in die Welt eintrat und durch die Sünde der Tod und so auf alle Menschen der Tod überging, weil alle sündigten" (Rom 5,12). Jesus Christus sprach ebenfalls von der absoluten Notwendigkeit, die Gebote Gottes zu befolgen: „Es steht geschrieben: 'Nicht nur von Brot lebt der Mensch, sondern von jedem Wort, das hervorgeht aus dem Munde Gottes.'" (Mt 4, 4)

Fazit: Nehmen wir uns in acht, da uns die Geheimen Oberen von mehreren Seiten *gleichzeitig* attackieren: sie säen den Haß und die Gewalt zwischen den Menschen (psychische Komponente), sie vergiften unsere Nahrung und die Umwelt (physische Komponente) und sie animieren die Menschen ständig zur Sünde (wozu Empfindungen wie Haß und Gewalt natürlich ebenfalls zählen), beispielsweise mithilfe der Propaganda in den Massenmedien (Gotteslästerung, Abtreibung, freie Liebe, Ehebruch, die Darstellung der Homosexualität als erstrebenswerte Lebensweise usw.). Nur wenige Menschen machen sich überhaupt noch die Mühe, dieses teuflische Spiel zu durchschauen. Schon aus diesem Grund werden die *Krankenzahlen* und *Gesundheitskosten* sicherlich auch weiterhin beständig steigen ...

Und trotz dieser mehr als besorgniserregenden Entwicklung kommt auf die notleidenden Menschen hierzulande ein weiteres Problem zu, denn der Ärzteverband Marburger Bund warnte „vor einer 'katastrophalen Entwicklung' auf dem Arbeitsmarkt für Mediziner, die die Krankenversorgung gefährden könnte." Nach seinen Angaben „ging 1996 trotz steigender Patientenzahlen in den 2200 Kliniken die Zahl der Beschäftigten um insgesamt 11 000 zurück. Seit vorletztem Jahr seien 56 weitere Krankenhäuser geschlossen, in vielen weiteren ganze Abteilungen stillgelegt worden. Allein 1997 sei die Arbeitslosigkeit unter Ärzten um fast 20 Prozent gestiegen. Mittlerweile seien knapp 10 000 Ärzte beim Arbeitsamt gemeldet, geschätzt seien sogar 15 000 Mediziner ohne Job." (Fuldaer Zeitung, 18.5.98) Frage: Wofür wurde das vielgepriesene Notopfer der Krankenkassen eigentlich verwendet? Wurde es in ähnlicher Weise zweckentfremdet, wie der Solidaritätszuschlag (siehe unten)?

Immer öfter tritt die Bundesregierung (!) auch bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen im eigenen Land in Erscheinung. Gerade im medizinischen Bereich macht sich das immer mehr bemerkbar. „Die Spargesetze im Gesundheitswesen haben in Deutschland inzwischen bis zu 200 von insgesamt

1600 Kurkliniken zur Aufgabe gezwungen." Das Schlimmste steht uns allerdings noch bevor, denn im Sommer 1997 sprach „der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Privatkassen, Wolfram Boschke“, davon, daß die Konkurswelle erst noch kommt. „Zu diesem Zeitpunkt waren den Sparmaßnahmen bereits 23 000 der insgesamt 80 000 Reha-Klinikjobs zum Opfer gefallen. 40 000 werden es seiner Ansicht nach werden.“ (DIE WELT, 22.7.98) Jede Branche scheint heute in eine Teufelsspirale geraten zu sein, die immer mehr Menschen mit sich nach unten zu ziehen droht.

Grundsätzlich bleibt auch die Frage bestehen, ob vielen Menschen in den Krankenhäusern und mittels der offiziellen Medizin überhaupt geholfen wird, denn auch zu diesem Thema gibt es kritische Stimmen. „Einer der jüngsten Häretiker ist Dr. Robert S. Mendelsohn, ein Chicagoer Pädiater, der von der Großmacht Medizin als Quacksalber, Idiot, Fanatiker und Exzentriker beschimpft wird, trotz seiner hervorragenden Qualifikationen; er praktiziert und lehrt seit mehr als fünfundzwanzig Jahren an der Universität Chicago Medizin, ist Vorsitzender der Kommission der Medizinischen Fakultät für die Abnahme von Staatsexamen und Gewinner zahlreicher Auszeichnungen für hervorragende Leistungen in der Medizin und der medizinischen Lehrtätigkeit.... Dr. Mendelsohn behauptet: Es gibt Bazillen in den Krankenhäusern, die man nirgends sonst aufschnappen kann. Und die schlimmsten Überträger von Krankheiten sind die Ärzte.... Ich glaube nicht mehr an die moderne Medizin. Ich glaube, daß die größte Gefahr für die Gesundheit ein Arzt ist, der die moderne Medizin praktiziert. Trauen Sie ihrem Arzt nicht. Gehen Sie, wenn er Ihnen ein Medikament verschreibt, von der Voraussetzung aus, daß es gefährlich ist. Es gibt kein unbedenkliches Medikament.“ (Peter Blackwood, Das ABC der Insider, S.457f)

Auch der „Münchener Medizinjournalist und Bestseller-Autor Kurt G. Blüchel wirft insbesondere den Multis unter den Pharmaherstellern sowie Ärzten und Krankenhäusern vor, die Bundesbürger mit medizinischen Experimenten 'als Versuchskaninchen' zu mißbrauchen. 'Jedes Jahr werden 150 000 heimliche Menschenversuche in Kliniken und Arztpraxen durchgeführt', klagt Büchel ... an. Was in Deutschlands Medizinbetrieb passiert, ist 'eine nationale Schande', schreibt der ehemalige Pressesprecher des Verbandes der niedergelassenen Ärzte". (DIE WELT, 9.10.98) Warum erfahren wir ständig von den längst vergangenen Greueln und Verbrechen der Nationalsozialisten, wenn von einem namhaften Experten offengelegt wurde, daß *heute* Menschenversuche durchgeführt werden?

Vor allem die Pharmaindustrie profitiert von der weit verbreiteten Unwissenheit der Bürger in medizinischen Fragen, denn nur „in wenigen Fällen ist die Wirkung von Medikamenten bei Kindern nach Angaben des Mediziners

Hannsjörg Seyberth bekannt. Lediglich 20 Prozent aller in Deutschland zugelassenen Mittel seien hinreichend an Kindern und Jugendlichen geprüft worden, sagte der Arzneimittelexperte der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde in Mainz. Kinder haben deshalb nach den Worten des Arztes 'ein größeres Risiko für Nebenwirkungen und Therapieversagen als Erwachsene'. Einem Kinderarzt stünden weder geprüfte Informationen über die Verordnung oder Nebenwirkungen noch über die Dosierung zur Verfügung." (Fuldaer Zeitung, 23.11.98)

Wir haben soeben darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung (!) auch für die **Arbeitsplatzvernichtung**, vor allem im Kur- und Gesundheitsbereich, verantwortlich ist. Es gibt allerdings noch viele andere Beispiele für diese verantwortungslose Politik. So beklagte Ulf Giebel vom Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen, „die sinkende Zahlungsmoral von Behörden und Ämtern, unter der vor allem die Bauwirtschaft leide. Für viele Handwerksbetriebe seien öffentliche Auftraggeber die wichtigste Einnahmequelle, erklärte Giebel. Monatelange Verzögerungen beim Zahlungseingang gefährdeten gerade in Krisenzeiten die Existenz, vor allem bei kleineren Unternehmen." (Fuldaer Zeitung, 24.4.98) Unsere Politiker und Beamte - Arbeitsplatzvernichter?

Die Presse setzte uns außerdem darüber ins Bild, wie Deutschland „nach den Worten von Bundeskanzler Gerhard Schröder 'ohne wenn und aber' den polnischen Wunsch nach einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union" unterstützen würde. (Fuldaer Zeitung, 6.11.98) Nur wenige Tage später erfuhr man dann, welch schwerwiegende Konsequenzen die von unseren Oberen geplante EU-Osterweiterung für Deutschland haben könnte. Sollten die Länder Polen, Ungarn und Tschechien der Union tatsächlich angegliedert werden, so bedroht dies „nach Ansicht der Bauindustrie ... mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in der Branche" unseres Landes. (Fuldaer Zeitung, 13.11.98) Stehen bei der von unseren (!) Politikern vielgepriesenen EU-Osterweiterung also wirklich *deutsche* Interessen im Vordergrund? Auch zählt anscheinend wenig, wie Polen (im Gegensatz zu Deutschland!) mit *seinen* Zuwanderern umgeht, denn dieses Land „schiebt Ausländer rigoros ab". Darüber informierte uns DIE WELT am 3.11.98. In dem Bericht hieß es, daß „Polens Öffentlichkeit" auf dieses Verfahren „bislang positiv" reagierte. Auch kam zur Sprache, wie die dortige Bevölkerung dem „Ausländer-Problem" allgemein gegenübersteht. Eine „Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OBOP" kam zu dem Ergebnis, daß eine „dauerhafte Ansiedlung von Flüchtlingen in Polen ... nur 13 Prozent der Befragten" befürworteten. „29 Prozent waren für ein längeres Aufenthaltsrecht und 45 Prozent der Befragten für eine Rücksendung in die Heimat oder ein anderes Land." (Vielleicht über die westliche Grenze in die BRD?)



Seit einigen Jahren kann man in Deutschland auch ein vermehrtes Auseinanderbrechen der **zwischenmenschlichen Beziehungen** beobachten. Ausgangspunkt dieser Entwicklung scheint die von den Geheimen Oberen angestrebte „Zerstörung der Familie“ zu sein, denn die „Auflösung der Familienstruktur greift mit elementarer Gewalt in den Erfahrungsraum beinahe jedes Menschen ein. Die Familien mit Tradition, Disziplin, Mäßigung, Sittlichkeit, Demut, Achtung vor dem Alter sind selten geworden. ... Die hohen Scheidungsraten, die niedrige Geburtenziffer und die Vielfalt praktizierter Partnerschaftsmodelle werfen die Frage auf, ob die Familie nicht bereits ein Auslaufmodell sei. ... Nur vier Prozent der Haushalte in Deutschland umfassen fünf und mehr Personen. Nur 14 Prozent der Haushalte umfassen vier Personen. 18 Prozent der Haushalte umfassen drei Personen. 36 Prozent der Haushalte umfassen zwei Personen und 43 Prozent der Haushalte umfassen nur je eine Person. Das bedeutet, daß wir bereits heute in einer Isolationsgesellschaft leben, die zugleich eine Scheuklappengesellschaft ist. Zwischenmenschliche Kontakte fehlen. 1,4 Millionen Bundesbürger haben in den letzten 24 Stunden mit niemandem gesprochen. Das Millionenschicksal der Einsamkeit, aber nicht nur das einsame Leben, sondern auch der einsame Tod werden vorherrschend.“ (Günther Schwab, ... aber wir fürchten uns nicht!, S.24f) Wie recht der Autor mit seiner Einschätzung dieser traurigen Entwicklung hat, beweist ein aktueller Fall: „In einer Mietwohnung im Hamburger Stadtteil Barmbek lag fünf Jahre ein Toter.“ Obwohl in dieser Zeit die Lichter eines Weihnachtsbaumes aus Plastik im Fenster leuchteten, kam keiner seiner Nachbarn auf den Gedanken, „nach dem Wohlergehen des Mieters zu fragen.“ Auch wunderten sie sich, „daß sein Briefkasten“ in der ganzen Zeit „nicht geleert wurde.“ (Fuldaer Zeitung, 19.11.98) Seine Mutter, zu der er keinen Kontakt mehr hatte, zahlte in all den Jahren Miete, Telefon und Strom. Erst als sie diese Zahlungen einstellte, wurden die Behörden auf den Plan gerufen und brachen die Wohnungstür auf. Dort fanden sie die skelettierte Leiche des 48jährigen vor.

Auch an diesem Fall erkennen wir, daß sich Deutschland in den letzten Jahren immer mehr zu einer *Isolationsgesellschaft* entwickelt hat. Dabei handelt es sich bei solchen Meldungen keineswegs um Einzelfälle. Allein in Hamburg fand man, in den Monaten November/Dezember 1998, drei Personen, die länger als ein Jahr tot in ihren Wohnungen lagen. Menschen, wie einen 79jährigen Rentner, der bereits im September 1997 gestorben sein soll. „In den vergangenen Wochen waren zwei weitere Tote gefunden worden, die unbemerkt in ihren Wohnungen verwest waren.“ (Fuldaer Zeitung, 23.12.98) Schwab kommentiert diese Zustände treffend als „Anzeichen für die Auflösung.“ (Auch sie sind ein Indiz für die besondere Zeit, in der wir leben dürfen. Jesus Christus sagte vor fast 2000 Jahren über die Zustän-

de auf der Welt kurz vor seiner Wiederkunft: „Weil die Gesetzlosigkeit überhandnimmt, wird die Liebe der vielen erkalten.“ [Mt 24, 12])

Andere schreckliche Vorfälle, die sich gleichfalls *erst* in moderner Zeit häufen, sind die von der Polizei so bezeichneten „Verzweiflungstaten“, „Beziehungskrisen“ und „Familientragedien“. Einige Beispiele hierfür: „Ein 33 Jahre alter Mann aus Westfalen hat“ im Juni 1998 „im hessischen Niedernhausen seine beiden kleinen Kinder entführt und getötet. Das zwei-einhalb Jahre alte Mädchen und der sechs Monate alte Junge wurden vermutlich erwürgt oder erstickt. Danach unternahm der Vater einen Selbstmordversuch.“ (DIE WELT, 8.6.98) „Wenige Tage vor Weihnachten [1998] hat ein 44jähriger Vater in Bayern mit einem Beil seine Familie umgebracht. Der Beamte erschlug ... zunächst seine Frau sowie seine drei Kinder im Alter von fünf, sieben und neun Jahren. Anschließend erhängte er sich selbst.“ Was noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar erschien, ist schon zur Normalität geworden, denn das „Familiendrama ist in diesem Jahr bereits das dritte“ allein „im Landkreis Fürth. Im Januar [1998] hatte ein 56jähriger Firmeninhaber in Langenzenn offenbar wegen drückender Schulden seine Frau und seinen Sohn erschlagen und sich anschließend erhängt. Drei Monate später erdrosselte eine 35jährige Frau in Oberasbach ihren siebenjährigen Sohn. Auch sie hat sich anschließend erhängt.“ (Fuldaer Zeitung, 23.12.98. Gegen die Deutschen muß heute niemand mehr Krieg führen - sie richten sich mit Gewalt und Alkohol selbst zu Grunde. Das war eines der Hauptziele der psychologischen Kriegsführung gegen unser Volk!)

Früher hätte *ein* solcher Fall beim Volk Wochen des Entsetzens hervorrufen. Heute scheint man sich an derartige Meldungen gewöhnt zu haben. Mumifizierte Leichen in unseren Großstädten und Familienmassaker gehören offenbar schon zum „neuen Wesen“ unserer „liberalen“ (einstmals christlichen!) und „sozialistischen“ Nation. Selbst Säuglinge, die nach der Geburt von ihren eigenen Müttern ausgesetzt oder in Müllcontainer geworfen werden, genießen scheinbar wenig Sympathie im Volk.

Werte wie Sittlichkeit, Moral und Anstand sind bei den Heranwachsenden im modernen Deutschland nur noch selten anzutreffen. Den neuzeitlichen „Kids“ erscheinen diese Begriffe antiquiert, mit denen sie relativ wenig anfangen können. Für sie zählt lediglich der „Fun“ und der „Rush“ des Augenblicks. Veranstaltungen wie die „Love Parade“ in Berlin, an denen bis zu einer Million sogenannter „Raver“ teilnehmen, sind jedoch nichts weiter als eine „Art Münchhausen-Inszenierung: Da wurde in die Segel geblasen, um die Flaute zu überlisten.“ (DIE WELT, 27.7.98) Tour de France, Fußball-WM und Love Parade - alles Massenereignisse, die den Menschen kurzzeitig fesseln und von den Problemen der Gegenwart bzw. Zukunft ablenken sollen. Sind die jeweiligen Veranstaltungen dann vorüber, plant

man und freut sich bereits auf das nächste Jahr, in der Hoffnung, dann *noch mehr* Spaß haben zu können. Oder man verbringt die Wartezeit mit einem Kurzurlaub auf Mallorca, im berühmten „Ballermann 6“, wo man mal wieder „so richtig die Sau rauslassen kann“. Tatsächlich führen sich viele Deutsche heute als „Gefangene des Augenblicks im Bann des rasenden Stillstands“ auf. (ebd.) Sie empfinden sogar noch Vergnügen bei ihrem gefährlichen Tanz auf dem Vulkan, der jederzeit ausbrechen und sie alle ins Verderben reißen kann.

Der geistig-sittliche und moralische Verfall scheint in Deutschland unaufhaltsam seinem traurigen Höhepunkt entgegenzusteuern. Es hat lange gedauert, um die Mehrheit der Bundesbürger auf ihr derzeitiges, sehr zweifelhaftes Niveau zu bekommen, aber die Geheimen Oberen haben auch dieses Ziel mit Bravour erreicht. Dazu verwendeten sie alle nur erdenklichen psychologischen Mittel, die gerade mithilfe der Massenmedien immer breitere Anwendung fanden. Die wahren Lenker der Politik wollen das seelisch-geistige Gefüge der Menschen aus dem Gleichgewicht bringen und durch eine materielle, egoistische, nur auf das Vergnügen im „Hier und Jetzt“ gerichtete Weltanschauung ersetzen. Der Mensch soll den Glauben an seinen Schöpfer und Erlöser verlieren und sich lediglich als ein niederes „Produkt“, als eine „Mutation“ der Natur bzw. Evolution ansehen. Als Nachkomme des Affen kann der Mensch dann ohne Furcht vor einer Strafe seine Triebe ungehemmt ausleben.

Es gibt viele Wege, um das Wesen eines Menschen zu verändern. Greifen wir an dieser Stelle nur den „Sex“ in all seinen modernen, abartigen Erscheinungsformen heraus. „Die offizielle Legalisierung der Pornographieproduktion bedeutet ..., daß das seit 2000 Jahren in diesem Raum gültige Leitbild vom Menschen als 'Ebenbild Gottes' offiziell aufgegeben wird und nur noch als privates kulturelles Hobby neben dem sexualisierten Afterbild des Menschen existieren darf...“ (Siegfried Ernst in „Deutsche Tagespost“, 17.2.1971; zit. nach Ivo Höllhuber, *Der Todesschlaf Europas*, S.558) Hochbezahlte „Moderatoren“ und „Entertainer“ präsentieren den verwöhnten Fernsehzuschauern allabendlich die neuesten Widerwärtigkeiten und Perversionen, die noch vor 50 Jahren undenkbar waren. In „Unterhaltungssendungen wie „Wa(h)re Liebe“, „liebe Sünde“ und „Peep!“ werden die Zuschauer mit den modernen Errungenschaften auf dem Gebiet der „freien Liebe“ vertraut gemacht und zur Nachahmung dieser Praktiken animiert.

„Gesellschaft ohne Tabus - Der öffentliche Sex“, lautete bezeichnenderweise dann auch die Titelschlagzeile des „Spiegel“ vom 7.12.98. Das Magazin befaßte sich in mehreren Reportagen mit den Auswirkungen des Faktums einer im Intimbereich völlig enthemmten Bevölkerung. „Der Bürgermeister, der sich zur Frau entpuppt, das Treiben schwuler britischer Minister in der Morgenzeitung, ...sex mit dem US-Präsidenten in der Ta-

gesschau', ...sex in Talkshows (Anm.: Wer noch einen Funken von Anstand und Schamgefühl besitzt, der schreibt den ersten Teil dieser beiden Wörter nicht aus!) - die Öffentlichkeit beleuchtet die Intimsphäre wie nie zuvor. Ist das schlimm?" (S.102) Nein, eher schon katastrophal, will man antworten, denn mithilfe solcher Praxis wird in Deutschland eine Generation von emotionslosen *Lustmenschen* herangezogen, die eine reale Gefahr für alles noch verbleibende Unschuldige und Gute darstellen (die Schlagzeile eines Kommentars im Fuldaer Regionalblatt „Marktkorb“, der sich unter anderem mit den vielen Kindermorden in Deutschland auseinandersetzte, lautete nicht umsonst: „Frauen und Kinder leben heute gefährlich!“). In einem anderen Bericht wird eingangs die Feststellung getroffen: „Das alltägliche Lustspiel auf allen Kanälen verändert die Sexualität der Jugendlichen - belegt eine Emnid-Untersuchung im Auftrag des SPIEGEL. Sie wissen, was sie tun. Sie tun, was sie dürfen. Sie dürfen - fast - alles.“ (S.108) Der Schaden, der von den Lenkern der Massenmedien bereits angerichtet worden ist, läßt sich nur schwer in Worte fassen und ist kaum noch rückgängig zu machen. Tatsächlich geht die Rechnung der Geheimen Oberen nicht nur bei den Jugendlichen auf, denn in „Deutschland gibt es“ derzeit „etwa 60 Swingerclubs. Rund 400 000 Bundesbürger betreiben regelmäßig Partnertausch.“ (TV Movie, Nr. 25/98, S.196) Außerdem „arbeiten“ in Deutschland rund 400 000 Prostituierte, deren „Dienste“ von täglich bis zu 1 000 000 Männern in Anspruch genommen werden. Die Pornoindustrie kann ebenfalls steigende Gewinne verbuchen. Auch in diesem zweifelhaften Gewerbe geht es (mittlerweile) um ein Milliardengeschäft. (Die Folge all dieser widerwärtigen Praktiken: Mittlerweile werden in Deutschland jährlich rund 200 000 Ehen geschieden!)

Das *langfristige* Ziel der Geheimen Oberen besteht darin, den Menschen, das „Ebenbild Gottes“ und damit die „Krönung der Schöpfung“, auf die Stufe eines primitiven Wesens herabzusetzen. Die Menschen sollen vergessen, wer sie eigentlich sind und was ihre Bestimmung im Leben ist. Sie sollen sich wie Barbaren benehmen, *schlimmer* als Tiere. Außer den Massenmedien tun auch (von den Geheimen Oberen unentwegt gutgeheißene und propagierte) *Sexualerziehung*, *Anti-Baby-Pille*, *liberale Scheidungs- und Abtreibungsgesetze* und die bereits zitierte „freie Liebe“ ein übriges dazu, den Menschen zu einem reinen „Lustobjekt“ zu degradieren. Für viele Zeitgenossen zählt nur noch die maßlose Sinnenfreude. Solch eine auf das jeweils eigene „Ich“ bezogene Gesellschaft war jedoch schon immer zum Untergang verdammt. „Auch während der Höllenfahrt Roms ging es den Menschen nur noch um die Befriedigung rein physischer und materieller Bedürfnisse, also um Brot und Spiele. Heutzutage hat das Fernsehen diese Rolle des Einschläferns etwa noch vorhandener geistiger Impulse übernommen.“ (Gustav Sichelschmidt, Ein Volk im Wahn, S.39) Sichelschmidt

gelangt zu dem „deprimierenden Fazit, daß wir Deutsche bereits so heruntergekommen sind, daß wir kaum noch tiefer fallen können.“ (ebd. S.43f) In einer ähnlichen Weise äußerte sich Kardinal Meisner, denn auch er hatte „dem deutschen Volk vorgeworfen, moralisch tief gesunken zu sein.“ (Fuldaer Zeitung, 7.1.98) Im Gegensatz zu Autoren wie Sichelschmidt vermeidet es der Freimaurer-Sympathisant und Insider Meisner allerdings, die *wahren* Gründe für unseren bedauerlichen Zustand zu offenbaren. Sie liegen (hauptsächlich) in der *Existenz* der Geheimen Oberen und deren eiserne Kontrolle über die Massenmedien, die sie zur (negativen) Beeinflussung des Menschen einsetzen. (Die Synagoge des Satans weiß auch, daß eine abgrundtief verdorbene Gesellschaft nicht mehr in der Lage sein wird, sich selbst zu regieren. Ein derart degeneriertes Volk benötigt eine „eiserne Hand“, um nicht vollends im Chaos unterzugehen.)

Ein ganz anderes Thema, das ebenfalls für den Niedergang bezeichnend ist, sind die **minderjährigen Gewaltverbrecher** in unserem Land. Auch sie bestimmen das Bild im modernen (!) Deutschland, wie einige repräsentative Meldungen der Presse belegen: „Ein 13jähriger bewaffneter Schüler hat eine Bank in Gießen überfallen und 35 000 Mark erbeutet.“ (Fuldaer Zeitung, 7.5.98) „Der Sexualmord an der elfjährigen Christina aus dem sächsischen Doberstau ist aufgeklärt: Ein 16jähriger Jugendlicher aus der unmittelbaren Nachbarschaft des Kindes hat gestanden, die Schülerin... in einem Waldstück nur wenige hundert Meter von ihrem Heimatdorf entfernt mit einem Handtuch erdrosselt zu haben“ (Fuldaer Zeitung, 19.5.98). „15jähriger Schüler brach Autos auf (Fuldaer Zeitung, 3.6.98) „Ein 15jähriger hat in Ulm eine 39 Jährte alte Frau mit einem Messer bedroht und anschließend vergewaltigt“ (Fuldaer Zeitung, 13.6.98). „Zwei 16jährige; Schotten stehen im Verdacht, mehrere Autos gestohlen zu haben.“ (Fuldaer Zeitung, 13.10.98) „Ein 13jähriges Mädchen hat... in Burghaun eine 79jährige Frau überfallen und versucht, ihr die Handtasche zu entreißen. In Fulda war ... zuvor eine 75jährige Frau von einem 13- bis 15jährigen Jungen niedergestoßen und beraubt worden.“ (Fuldaer Zeitung, 27.10.98) „Ein neunjähriger Junge, der wegen Ladendiebstählen der Polizei schon hinreichend bekannt ist, hat... in einem Bad Hersfelder Mehrfamilienhaus einen Brand gelegt. ... Der Sachschaden wird von der Polizei mit etwa 100 000 Mark angegeben.“ (Fuldaer Zeitung, 28.10.98) „Ein 17jähriger aus Merseburg in Sachsen-Anhalt soll ein 13jähriges Mädchen vergewaltigt und in einem Erdloch gefangengehalten haben.“ (DIE WELT, 23.11.98) „Ein 16 Jahre alter Einbrecher hat in einem Mannheimer Supermarkt einen Polizisten erstochen.“ (Fuldaer Zeitung, 12.12.98) „Auf einer Amokfahrt mit einem gestohlenen 12-Tonnen-Radlader hat ein 17jähriger in Niederbayern einen Autofahrer getötet und erheblichen Sachschaden angerichtet.“ (Fuldaer Zeitung, 14.12.98) Mord, Vergewaltigung, Brandstiftung und Diebstahl - alle schweren Delikte wer-

den heute in vermehrtem Maße gerade von minderjährigen Straftätern begangen. Man bedenke: All dies in einem vormals christlichen Land. Zeichen unserer Zeit - Zeichen des Untergangs ...

Viele der jungen Kriminellen sind außerdem sogenannte „Wiederholungs-täter“. Bei uns soll es Kinder bzw. Jugendliche geben, die bereits mehr als 100 (!) Straftaten verübt haben. In Darmstadt beispielsweise, hält ein 13 Jahre alter Serienstraftäter die Behörden in Atem. Beschäftigen wir uns mit seinem Fall eingehender, denn an ihm kann man die scheinbare Hilflosigkeit unserer Justiz verdeutlichen. Auf das Konto des jungen Kriminellen „gehen nach Schätzung der Polizei rund 150 Delikte - von der Sachbeschädigung über Einbrüche, Diebstähle bis hin zu Raub und Körperverletzungen. ... Der 12 Jahre alte Bruder des Serientäters sei ebenfalls bei einigen Delikten dabei gewesen. 'Wir sind mit unserem Latein am Ende', sagte" der Jugendamtsleiter Torsten Rasch. (Fuldaer Zeitung, 13.5.98) „Seine 'Karriere' begann mit elf, schon mit zwölf gehörte er zu den 'schweren Jungs', inzwischen ist er zum gefürchteten Stadt- und Behörden-Schreck geworden. Jetzt hat die Darmstädter Jugendbehörde ihr letztes Register gezogen: In dieser Woche [Ende Juni/Anfang Juli 1998] ist der 13jährige kriminelle Darmstädter, dem rund 160 Straftaten angelastet werden, zu einem Abenteuerurlaubauf Staatskosten nach Argentinien gestartet." (Fuldaer Zeitung, 3.7.98)

Nun, die rund 73 000 Mark teure „Resozialisierungsmaßnahme“ entwickelte sich ebenfalls zum Reinfluss, denn selbst in Argentinien ging der (mittlerweile) 14 Jahre alte Berufskriminelle seiner zweifelhaften „Karriere“ nach. „Medien in Argentinien hatten gegen den Aufenthalt des jungen Serientäters protestiert ... Auch das argentinische Außenministerium hatte der deutschen Botschaft in Buenos Aires sein 'Unverständnis'... ausgedrückt und die Rückreise des Jungen gewünscht." (Fuldaer Zeitung, 26.9.98) Bei solchen Ausflügen handelt es sich um sogenannte „erlebnispädagogische Reisen“, für die (mal wieder) der Steuerzahler (auf diese Weise also auch die jeweiligen Opfer der einzelnen Kriminellen) aufzukommen hat...

„Nach dem kriminellen Rückfall ihres inzwischen bundesweit bekannten 'Terror-Kids' ... ist die Stadt Darmstadt mit ihrem Latein [mal wieder; siehe oben!] am Ende. Nach der erneuten Festnahme des 14jährigen, der im strafunmündigen Kindesalter laut Polizei 231 Straftaten begangen haben soll, zog" der Sozialdezernent Gerd Grünewaldt „eine ernüchternde Bilanz der aufwendigen Umerziehungsbemühungen.“ Er gelangt zu der resignierenden Feststellung: „Was nun?“ (Fuldaer Zeitung, 14.11.98)

Schließlich wies man den jungen Kriminellen in ein geschlossenes Heim ein. Allerdings endet seine Geschichte auch hier nicht, denn nur einen Tag später ist der 14jährige „aus Darmstadt aus der Einrichtung geflohen. Von

dem Jungen, dessen Fall wegen einer Therapiereise nach Argentinien international für Aufsehen gesorgt hatte, fehle bisher jede Spur, sagte der Präsident des Amtsgerichtes Darmstadt, Heinrich Straschil. ... Die Heimleitung der Einrichtung wollte keine Angaben zu dem Vorfall machen." (Fuldaer Zeitung, 19.11.98) Am 20.11.98 (Fuldaer Zeitung) erfuhr man dann, daß der „entflohene 14 Jahre alte Darmstädter Serientäter ... seit gestern wieder in Untersuchungshaft" sitzt. Und immer wieder erhält man den Hinweis, daß der Kriminelle als Strafmündiger, für seine Taten „strafrechtlich nicht belangt werden kann."

Wie es mit dem Kriminellen dann weiterging, berichtete die „Frankfurter Neue Presse" am 10.12.98: „Seit Monaten hält er Polizei, Jugendbehörde und Justiz in Darmstadt in Atem. Jetzt wurde der 14 Jahre alte Serientäter nach dreiwöchiger Untersuchungshaft wieder freigelassen. Das örtliche Landgericht hat gestern den Haftbefehl wieder aufgehoben. Nach Ansicht des Gerichts liegen keine Haftgründe vor. ... Das Gericht vertritt die Auffassung, daß auch der Ausbruch des Jungen aus einem geschlossenen Heim Mitte November eine weitere Inhaftierung nicht rechtfertige.... Weiter heißt es in der Begründung des Gerichts, die Kammer verkenne aber nicht, daß angesichts seiner sozialen Verwahrlosung eine Unterbringung des Jugendlichen in ein geschlossenes Heim geboten erscheint. Derartige Einrichtungen ständen aber in Hessen nicht zur Verfügung. Ein Platz in einem geschlossenen Heim in Baden-Württemberg steht nach dem Ausbruch des 14jährigen im November auch nicht mehr bereit."

Und schließlich der (vorerst) letzte Akt dieser unendlichen „Komödie": „Der 14 Jahre alte Serientäter aus Darmstadt ist zwei Wochen nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft wieder straffällig geworden. Deshalb erließ ein Ermittlungsrichter beim Amtsgericht gestern erneut Haftbefehl gegen den Jugendlichen. Dem 14jährigen wird Diebstahl und Bedrohung vorgeworfen." (Fuldaer Zeitung, 24.12.98; Leben wir eigentlich in einer Bananenrepublik, oder was ist mit den Verantwortlichen hierzulande los? Warum sucht man nicht nach Mittel und Wegen, um die Bürger vor solch einem Verbrecher zu schützen? Muß es erst zu einem noch schlimmeren Vorfall [bspw. Vergewaltigung oder Mord] kommen, bevor man handelt? Auch sollte man dem Steuerzahler einmal vorrechnen, wieviel Geld für diesen *einen* Straftäter bis heute [umsonst!] zum Fenster hinaus geworfen wurde.)

Einem anderen 17jährigen Jugendlichen wiederum wirft die Polizei „rund 180 Straftaten vor. Der junge Straftäter habe einen Schaden von über 100 000 Mark verursacht." Der Serientäter soll „zwölf Monate lang in über 100 Fällen Fahrzeuge aufgebrochen und mehrere Einbrüche in Wohnungen begangen haben. Zudem soll er Motorräder gestohlen, umfrisiert und anschließend mit gefälschten Papieren weiterverkauft haben." (Fuldaer Zeitung, 31.10.98)

Der Fall des 14jährigen türkischen Jungen Muhlis Ari, in der Öffentlichkeit lediglich als „Mehmet“ bekannt, ging (ausnahmsweise einmal!) durch alle Medien. Bereits mit 10 Jahren beging er seine ersten Straftaten, die sich bis zu seinem 14. Geburtstag auf etwa 60 summierten. Als noch Strafunmündiger konnte er für seine Taten damals allerdings nicht belangt werden. Kurz nach seinem 14. Geburtstag verübte er mit drei Komplizen dann einen brutalen Raubüberfall auf einen 19jährigen Schüler. Dieser wurde von den Tätern „zusammengeschlagen und ihm 90 Mark sowie ein Kassetten-Tonbandgerät geraubt... Den Ermittlungen zufolge haben die Tatverdächtigen den 19jährigen getreten und mit einer Zaunlatte geschlagen. Sie sollen ihr Opfer auch dann noch weiter mißhandelt haben, als dieses kurzzeitig das Bewußtsein verloren hatte.“ (Fuldaer Zeitung, 9.10.98)

Auch der „Bayernkurier“ (21.11.98) setzt uns in Kenntnis darüber, wie grausam „Mehmet“ bei seinen vielen Straftaten vorging: „Er stahl, raubte, schlug, trat und brach Mitschülern und Sportkameraden in brutaler Weise das Nasenbein. Nachdem er auf einem Schülerfaschingsfest einen Jugendlichen zusammenschlagen und mit Fußtritten traktiert hatte, gab er zu, sich gefreut zu haben, als er einen Krankenwagen zur Schule fahren sah, da er daraus schloß, daß die Verletzung so schwer war, daß ein Rettungswagen kommen mußte.“

Die Antwort unserer Justiz auf diesen, für die Allgemeinheit offensichtlich sehr gefährlichen, Kriminellen: Zuerst sollte „Mehmet“ mit seinen Eltern aus Deutschland ausgewiesen werden, was der Bayerische Verwaltungsgerichtshof rechtzeitig zu verhindern wußte, „weil die Eltern nicht für die Taten ihres Kindes verantwortlich gemacht werden könnten.“ Für die Opfer dieses brutalen Schlägers muß es als Hohn geklungen haben, als man noch davon sprach, daß sein Verhalten „Folge einer hirnorganischen Erkrankung sein“ könnte. (Fuldaer Zeitung, 9.10.98)

Der türkische Junge wurde von den Behörden dann (vorerst) schließlich doch noch in die Türkei abgeschoben. Er kann sich darüber aber überhaupt nicht beklagen, denn mittlerweile ist Ari dort zu einem regelrechten Medienstar aufgestiegen. „Türkische Sender reißen sich um den aus Deutschland abgeschobenen Straftäter“, berichtete die Presse (DIE WELT, 23.11.98). Ari scheint nach seiner bewegten kriminellen Vergangenheit in Deutschland vorerst ausgesorgt zu haben, denn in der Türkei „winkt das große Geld.... Seit seinem Eintreffen in Istanbul ist er zum Dauerfernsehgart geworden.“ Er soll sogar „eine eigene Fernsehsendung bekommen.“ Das Massenblatt „Hürriyet“ bezeichnete den jungen Ganoven gar als „äußerst sympathischen Türken“. Ungeklärt ist zur Zeit allerdings, wie hoch seine Gage bei dem Fernsehsender sein wird. „Von bis zu 10 000 Dollar pro Woche ist die Rede. ... Er verhandelt wie ein Profi, stellt immer höhere



Geldforderungen, sogar für kurze TV-Gastauftritte: 'Ich bin so gefragt, daß ich mir ernsthaft überlege, mir einen Manager zu holen.' ... Türkische Tageszeitungen und Fernsehsender haben ihn und seine Freundin in einem Luxushotel untergebracht. Die Sympathiewelle ist gewaltig ... Fast den ganzen Tag verbringt 'Mehmet' auf Istanbuls Haupteinkaufsstraße Istiklal Cadesi und deckt sich in den schicken Boutiquen mit Klamotten ein.... Mit 'Hosgeldin' (willkommen) ... wird er überall begrüßt." (ebd.; Frage: Was wäre geschehen, wenn ein in der Türkei kriminell gewordener Deutscher dort ausgewiesen, und anschließend in unserem Land in ähnlicher Weise, quasi als „Held“, gefeiert worden wäre?)

Man kann sich sehr gut vorstellen, welche Signalwirkung der Werdegang des Ari Muhlis auf andere ausländische Kriminelle in Deutschland haben wird, denn „'Mehmet' lebt nicht nur in München. Auch in Berlin wurden jetzt zwei ausländische Jugendliche festgenommen, von denen einer, ein zwölfjähriger Jugoslawe, seit 1994 über 50 Straftaten begangen haben soll. Der Junge wurde nach Feststellung der Personalien entlassen." (Berliner Kurier, 2.9.98; zit. nach Nation & Europa, Nov./Dez. 1998, S.59) Wieviele „Mehmets" leben heute tatsächlich in Deutschland? Der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl lieferte uns zu dieser dringenden Frage eine Antwort: „'Mehmet' ist eben kein 'extremer Einzelfall' und kein krimineller Exote! Mir liegt eine Auflistung der Polizei vor, wonach es allein in München etwa 100 vergleichbare Fälle junger Serienstraftäter unter 21 Jahren gibt, und zwar genau im bundesweiten Verhältnis von 40 Deutschen zu 60 Ausländern - die meisten Türken oder Jugoslawen. Wie viele 'Mehmets' es in Hamburg, Frankfurt oder Berlin gibt, kann sich jeder vorstellen." (DIE WELT, 24.11.98)

Ist es zu begreifen, daß ein jugendlicher Krimineller 60, 80 oder sogar 100 und mehr Straftaten begeht? Und überhaupt: Was soll bzw. kann man noch zu einer Gesellschaft sagen, in der bereits Kinder und Jugendliche zu Mördern und Vergewaltigern werden? Oder zu einer Justiz, die minderjährigen Wiederholungstätern, außer einem mit Steuergeldern subventionierten „Abenteuerurlaub" am anderen Ende der Welt, offensichtlich nichts mehr entgegenzusetzen hat? Zudem steigt die Jugendkriminalität bereits seit vielen Jahren immer stärker an, wie die amtliche Statistik belegt:

1993	-	207 944	Tatverdächtige
1994	-	223 551	Tatverdächtige
1995	-	254 329	Tatverdächtige
1996	-	277 479	Tatverdächtige
1997	-	292 518	Tatverdächtige

(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik; zit. nach Fuldaer Zeitung, 10.10.98)

„Die Zahl der verurteilten Gewalttäter und Jugendlichen ist im vergangenen Jahr stark gestiegen", erfuhr man 1998 aus der Presse. (Fuldaer Zei-

tung, 17.11.98) „Immer mehr Straftäter jünger als 18 Jahre ... Einen überdurchschnittlichen Anstieg gab es bei den wegen Körperverletzung (plus 23,8 Prozent) und Raubdelikten (plus 26,5 Prozent) verurteilten Jugendlichen.“ (DIE WELT, 17.11.98) Insgesamt stieg die Jugendkriminalität in den letzten fünf Jahren um etwa 50 Prozent an. Die Statistik belegt, daß es sich bei (mindestens) 60 Prozent der ermittelten Personen um ausländische Kriminelle handelt. Der Polizei macht vor allem die Drogenkriminalität schwer zu schaffen, da nach „jahrelanger Stagnation ... in den 90er Jahren der Drogenkonsum bei Jugendlichen in Deutschland wieder gestiegen“ ist. „Besonders hat sich die Drogenerfahrung bei den zwölf- bis 17jährigen erhöht.“ (Fuldaer Zeitung, 17.12.98) Und die Zahl der Drogentoten ist 1998 ebenfalls „deutlich gestiegen“. (Fuldaer Zeitung, 5.1.99)

Es scheint, als hätte unsere Justiz vor der, kaum noch in den Griff zu bekommenden Jugendkriminalität bereits kapituliert. Auf diese Weise wird unser Rechtsstaat Schritt für Schritt ausgehöhlt. Fast könnte man meinen, daß diese Entwicklung von gewissen Kreisen angestrebt und deshalb auch noch gefördert wird. Immerhin werden wir noch sehen, wie mit ganzer Härte des Gesetzes gegen mutmaßliche „Rechtsextreme“ und „Nationalisten“ vorgegangen wird. Vor allem bei vermeintlich „antisemitischen“ und „rechtsextremistischen“ Straftaten können die Täter nicht mit einer Milde der Justiz rechnen. Einem „Holocaust-Leugner“ droht gar eine Strafe von bis zu fünf Jahren. Die brutale Banden- und Jugendkriminalität jedoch, die überwiegend von Ausländern dominiert wird, scheint seitens der Behörden nicht mehr in den Griff zu bekommen zu sein. (Dadurch wird das kriminelle Chaos noch weiter angeheizt und liefert den Verantwortlichen das entsprechende Alibi, um eines Tages, natürlich dann nur „im Zuge der Verbrechenskämpfung“, weitere unserer Grundrechte abschaffen und den Überwachungsstaat weiter ausbauen zu können ...)

In diesem Zusammenhang muß man auch den Komplex der **Justiz- und Korruptionsskandale** anschneiden, die sich in unserem Land in den letzten Jahren häuften. Greifen wir zu diesen Punkten jeweils nur einige repräsentative Beispiele heraus.

Im April 1998 gelang dem äußerst gefährlichen Sexualverbrecher Bernd Büch die Flucht aus einer Anstalt in Düren. Obwohl er von einem Psychiater als „nicht therapierbare lebende Zeitbombe“ bezeichnet wurde, wies man ihn in eine Landesklinik ein. Ermöglicht wurde dies, „weil sich eine Gutachterin fatal irrte. In den Vollstreckungsunterlagen im Fall Büch las sie als Entlassungszeitpunkt das Jahr 2003, obwohl dort das Datum 2023 (!) notiert ist. Außerdem übersah (!) sie eine gerichtlich angeordnete Sicherheitsverwahrung Büchs bis 2033, die die von ihr empfohlene Vorbereitung auf ein Leben in Freiheit für Jahrzehnte ausgeschlossen hätte.“ Aus diesem Grund

„kam BÜch in die offenbar unzureichend gesicherte Dürener Landesklinik, aus der in diesem Jahr bereits zehn (!) Patienten entfliehen konnten, wie erst jetzt bekannt wurde (!).“ (DIE WELT, 28.4.98; Anm. v. Verf. Es gibt in Deutschland sogar einige Verbrecher, denen *mehrmals* die Flucht aus Haftanstalten gelingt: „Sextäter floh zum dritten Mal aus Nervenklinik!“ [Fuldaer Zeitung, 20.2.97])

Sein Entkommen ermöglichte dem Schwerverbrecher BÜch das Begehen weiterer grausamer Taten. „In Sennewitz bei Halle hatte er drei Tage nach seiner Flucht aus Düren den 46jährigen Werner Rümpler erschossen, dessen 71jährige Mutter erdrosselt und Rümplers Ehefrau und deren 18jährige Tochter einem Martyrium ausgesetzt: Die beiden Frauen wurden gefesselt und eine ganze Nacht lang vergewaltigt.“ Selbst der CDU-Sozialexperte Hermann-Josef Arentz äußerte sich über den für diesen Vorfall zuständigen Arbeits- und Sozialminister Axel Horstmann (SPD): „Daß dieser Minister noch immer an seinem Schreibtisch sitzt, ist ein täglich neuer Skandal.“ Völlig zurecht wird dieser Vorgang als ein „Deutscher Fall Dutroux“ bezeichnet. (ebd)

Nur Monate später erschütterte dann bereits der nächste (größere) Justizskandal unsere Nation, als dem russischen Schwerverbrecher Sergej Serow im November 1998 die Flucht aus einem Potsdamer Gefängnis gelang. Die Presse meldete auch hier, daß die Tat *erst durch seine Haftumstände* begünstigt wurde. „Der Russe hatte in der Haftanstalt einen Job als Hausarbeiter und damit gute Möglichkeiten, sich Ortskenntnisse und Material für seinen Ausbruch zu verschaffen...“ (Fuldaer Zeitung, 17.11.98) Die Vermutung wurde einen Tag später zur Gewißheit, denn „Serow hatte ... Helfer im Gefängnis“ (Fuldaer Zeitung, 18.11.98) In der Potsdamer Haftanstalt wurden Pannen und Sicherheitslücken bekannt, „die Serows Ausbruch begünstigt haben sollen.“

Und die unfaßbaren Justizpannen gehen weiter, denn sechs „Tage nach der Flucht eines Vergewaltigers ist“ am 22. Dezember 1998 „erneut ein mehrfach vorbestrafter Sexualverbrecher aus dem niedersächsischen Landeskrankenhaus Moringen entkommen. Der als gefährlicher Sadist eingestufte 52jährige hebelte unbemerkt ein Fenster auf. Die sofort eingeleitete Fahndung verlief bisher erfolglos. Vor einer Woche war ein 37jähriger mehrfacher Vergewaltiger während eines bewachten Ausgangs auf dem Goslarer Weihnachtsmarkt entkommen.“ (Fuldaer Zeitung, 23.12.98)

Lassen wir es bei diesen Beispielen bewenden. Sie machen deutlich, wie fahrlässig der Schutz der Zivilbevölkerung hierzulande oftmals gehandhabt wird. Zweifelhafte Maßnahmen wie „vorzeitige Haftentlassung“, „Freigang“, „offener Vollzug“ und (erfolglose) „therapeutische Behandlung“ tun ein übriges, um unserer Justiz ein negatives Erscheinungsbild zu verpassen.

Anmerkung am Rande: Selten meldet die Presse die Flucht eines „Rechts-extremen“, „Holocaust-Leugners“ oder „Antisemiten“ (die alle doch anscheinend überall anzutreffen und so gefährlich sind!). Lediglich *Schwerst-kriminellen*, die zum Teil bereits Menschenleben auf dem Gewissen haben und als äußerst gefährlich gelten, scheint die Flucht aus deutschen Haftanstalten möglich zu sein. Justizskandale, wie die soeben genannten, spiegeln das Bild des modernen Deutschland wieder.

Bei der Korruption zeichnet sich ein ähnlich niederschmetterndes Bild ab. Wer erinnert sich noch an all die Polit-Skandale der letzten Jahre? Beispielsweise an die „Dienstwagenaffäre“ der Rita Süßmuth, an die „Rotlicht-Affäre“ des Oskar Lafontaine, an die „Erbchafts-Affäre“ des Günter Rexrodt, an die „Dienstvilla-“ und „Lotto-Affäre“ des Hans Eichel, oder an die „Amigo-Affäre“ des Edmund Stoiber? Auch deshalb, weil diese jeweiligen Skandale kaum Konsequenzen nach sich zogen, haben viele Bürger das Vertrauen in ihre Regierung längst verloren.

Hinter all den oben aufgezählten Vorkommnissen (horrende Staatsverschuldung, sinkende Volksgesundheit, steigende Kriminalität usw.) könnte man eine *planmäßige* Zerstörung unseres Vaterlandes vermuten. Doch damit nicht genug - das „neue Deutschland“ eilt auch in vielen anderen Bereichen von einem Negativrekord zum anderen. Betrachten wir uns an dieser Stelle die steigende Anzahl von **Firmenpleiten** in den letzten Jahren:

1992	-	10 920
1993	-	15 148
1994	-	18 837
1995	-	22 344
1996	-	25 530
1997	-	27 474
1998	-	28 800 (Schätzung)

(Quelle: Statistisches Bundesamt/Hermes, zit. nach Fuldaer Zeitung, 12.6.98)

Deutschland hatte im Jahre 1991, also noch vor jenem mittlerweile berühmt-berüchtigten „Vertrag von Maastricht“, insgesamt lediglich 8 837 Pleiten zu verzeichnen. Könnte die von Politikern, Medienherren und Finanzleuten beschworene „Europäische Einigung“ also etwas mit der wirtschaftlichen Situation in Deutschland zu tun haben? Eines steht jedenfalls fest: Nachdem der „Vertrag von Maastricht“ im Jahre 1992 unterzeichnet wurde (und aufgrund der deutschen [Teil-]Wiedervereinigung 1989!), hat sich die Pleitensituation dramatisch verschärft. Wenn man bedenkt, daß noch im Jahre 1970 in Deutschland lediglich 4 201 Konkurse zu verzeichnen waren, handelt es sich in diesem Bereich um eine Steigerung von etwa 600 Prozent innerhalb von 25 Jahren. (Es gibt zumindest ein weiteres Indiz für die finanziellen Belastungen, die nach „Maastricht“ für den deutschen

Bürger entstanden sind. Seit vielen Jahren ist nämlich auch im Einzelhandel eine Flaute zu verzeichnen. Diese Entwicklung setzte sich 1997 fort. Dabei handelt es sich um die „längste Schwächeperiode des Einzelhandels in der bundesdeutschen Geschichte ... Der Abschwung im Einzelhandel geht dem Bericht zufolge in das sechste Jahr. 'Eine so lange andauernde Schwächephase habe es im Einzelhandel der Bundesrepublik noch nie gegeben', schrieb das Ifo-Institut. [Fuldaer Zeitung, 28.7.97] Rechnet man von 1997 fünf Jahre zurück, so stellt man fest, daß die Flaute im Einzelhandel etwa zeitgleich mit dem „Vertrag von Maastricht“ einsetzte!)

Am 4.9.98 berichtete die Fuldaer Zeitung: „Pleitewelle ebbt langsam ab“. Etwa einen Monat später konnte man demselben Blatt jedoch eine ganz andere Schlagzeile entnehmen: „Pleitewelle steuert auf Rekordwert zu“. Im anschließenden Bericht hieß es: „Die seit 1992 [!!!] anhaltende Pleitenwelle in Deutschland hat im Juli nach einem kurzen Abklingen wieder an Fahrt gewonnen und steuert damit dieses Jahr auf einen neuen Rekord zu. Mit 3181 Schuldnern mußten 15,3 Prozent mehr den Gang zum Konkursrichter antreten als im Vorjahresmonat, teilte das Statistische Bundesamt mit.“ (Fuldaer Zeitung, 1.10.98) Wird sich diese Entwicklung mithilfe des *Euro* und der *ökologischen Steuerreform* aufhalten lassen? Kaum denkbar, denn am 19.11.98 meldete die Fuldaer Zeitung, daß die „Fünf Weisen“ die neue Bonner Politik bereits rügten. „In der Finanzpolitik werden krasse Sozialkürzungen und Steuersenkungen angemahnt, außerdem die Öko-Steuerreform als verfehlt zurückgewiesen, weil sie ... den Energieverbrauch belastet.“ (ebd.) Auch der Mieterschutzbund befürchtet aufgrund der, selbst unter vielen anderen Fachleuten sehr umstrittenen, Ökosteuern „eine Explosion der Mietnebenkosten. Mieterbund-Direktor Franz-Georg Rips sagte, er rechne mit Mehrkosten bis zu 240 Mark im Jahr für eine vierköpfige Familie.“ (Fuldaer Zeitung, 23.11.98) Zudem wird die „Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung ... die Nachfrage und den Konsum in Deutschland nur minimal ankurbeln.“ (Fuldaer Zeitung, 24.11.98) Auch sind die „Steuerpläne der rot-grünen Bundesregierung ... in Teilen verfassungswidrig. Sie werden keine Arbeitsplätze schaffen, sondern vielmehr Jobs vernichten.“ Diese Meinung vertritt „die Spitze der Bundessteuerberaterkammer.“ (DIE WELT, 5.11.98) „Deutsche Unternehmen drängen nach Angaben der konservativen Wiener Tageszeitung 'Die Presse' auch „aus Angst vorder neuen deutschen Regierung“ bereits „nach Österreich.“ (Fuldaer Zeitung, 16.11.98) Am 4.2.99 meldete DIE WELT sogar, daß der „Mittelstand ... von einer Pleitewelle überrollt“ wird: „Creditreform rechnet 1999 mit bis zu 37 000 Insolvenzen“. Ganz offensichtlich wird es (plangemäß) in unserem Land also auch weiterhin „Pleitenrekorde“ zu verzeichnen geben ...

Ähnlich sieht es mit der Arbeitslosigkeit aus. „Vom Märchen zum Drama“, titelte die Fuldaer Zeitung am 7.2.98. Im Jahre 1967 lag die Arbeitslo-

sen-Quote noch bei 0,7 Prozent. Es hat nur drei Jahrzehnte gedauert, bis diese Zahl 1998 dann auf 11,2 Prozent anstieg. *Offiziell* haben wir gegenwärtig etwa 4,2 Millionen Erwerbslose zu verzeichnen. (In meinem Buch „Eine Welt des Bösen - Die Erde im Chaos“ weise ich nach, daß die *tatsächliche* Arbeitslosenzahl im Jahre 1998 bei gut sieben Millionen liegt!) Die Arbeitslosigkeit kostet den deutschen Steuerzahler jährlich etwa 160 bis 170 Milliarden Mark. Dabei kommen auf Bund, Länder und Arbeitsämter aufgrund der fehlenden Lehrstellen „nach einer Berechnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ... schon 4,5 Milliarden Mark jährlich für Hilfsprogramme“ zu. (Fuldaer Zeitung, 13.11.98) Überall das gleiche Bild: Es werden Milliarden über Milliarden ausgegeben, die der deutsche Staat eigentlich nicht mehr besitzt ... Zudem wurde bekannt, daß uns die nächste große *Entlassungswelle* bevorsteht: Bis zum Jahre 2000 plant die Telekom einen Stellenabbau von 20 000 Mitarbeitern (Fuldaer Zeitung, 7.12.98); beim öffentlichen Dienst sind 31 000 Stellen in Gefahr (Fuldaer Zeitung, 30.7.97); die Bauindustrie befürchtet den Wegfall von 100 000 Arbeitsplätzen (Fuldaer Zeitung, 17.3.98) und bei der Bahn könnten 18 000 Arbeitsplätze zur Disposition stehen, wie dies „neudeutsch“ genannt wird (Fuldaer Zeitung, 3.12.98). Die Chemie steht ebenfalls wieder vor einem Stellenabbau. (Fuldaer Zeitung, 15.1.99) Beängstigend ist auch folgende Meldung: „Weil viele Unternehmen ihre Führungsnachfolge zu spät regeln, stehen in Deutschland rund vier Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel.“ (Fuldaer Zeitung, 12.1.99)

Die Zukunft wird dem deutschen Arbeitsmarkt auch weiterhin nichts Gutes bescheren, denn die „dritte Welle der Globalisierung hat Deutschland mit voller Wucht erreicht. Daimler, Hoechst, Deutsche Bank: Aus deutschen Firmen werden supranationale Konzerne, mit gravierenden Folgen für die Belegschaften.“ (Der Spiegel, 30.11.98, S.94) Die Finanzkrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika tun ein übriges, um unserer Konjunktur einen gewaltigen Dämpfer zu verpassen. Somit wird der Außenhandel in naher Zukunft ebenfalls deutlich an Fahrt verlieren, was dann erneut zu Massenentlassungen führen wird.

Man muß wissen, daß die *Massenarbeitslosigkeit gewollt ist*, und daß diese - nach dem freimaurerischen Prinzip des „Ordo ab Chao“ - letztendlich dazu dienen soll, unsere *ganze* Gesellschaft zu zerstören. (Aus diesem Grund mußten auch alle „Bemühungen“ um ein „Bündnis für Arbeit“ scheitern!) Das Ziel der Geheimen Oberen besteht in der Errichtung einer „Neuen Weltordnung“, aus der eine Weltregierung hervorkommen soll, ganz nach dem Motto: „Globale Probleme“ erfordern „globale Lösungen“. Ist es da lediglich ein Zufall, daß Bundespräsident Roman Herzog ein „weltweites Handeln gegen die Massenarbeitslosigkeit“ forderte? (Fuldaer Zeitung, 16.1.98)

Rechnet man den Arbeitslosen übrigens noch die drei Millionen Sozialhilfeempfänger hinzu, so hat man ein ungefähres Bild vor Augen, wieviele *arme* Menschen in Deutschland kurz vor der Jahrtausendwende tatsächlich leben. Es ist jedenfalls schon sehr bezeichnend, wenn man erfährt, daß die „Bundesrepublik Deutschland ... im UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung auf Rang 19 gelandet" ist. „Gemessen wurden u.a. das Brutto-sozialprodukt (BSP) pro Kopf sowie Lebenserwartung, Gesundheit, Wissen/ Ausbildung und demokratische Rechte." (WAZ, 10.9.1998; zit. nach Unabhängige Nachrichten, Oktober 1998, S.11) Hier einige Länder, die im besagten UNO-Bericht noch vor Deutschland anzutreffen sind: Frankreich, Norwegen, USA, Island, Japan, Neuseeland, Schweden, Spanien, Großbritannien und Irland.

Offiziell wird natürlich vor allem die „deutsche Einheit" für viele Probleme der Gegenwart verantwortlich gemacht. Dabei drängt sich der Verdacht auf, daß dieses „historische Ereignis" im Jahre 1989 vielleicht (auch) zu diesem Zweck beschlossen wurde: um nämlich alle zukünftigen Probleme unserer Nation darauf zurückführen zu können. Damit würde man die Problematik der „Zuwanderer" und die Hintergründe und Auswirkungen des „Vertrags von Maastricht" weitgehend tabuisieren und mit einem Maulkorb belegen können. (Tatsächlich ist, wie wir noch sehen werden, vor allem die antichristliche europäische Einigung für viele Probleme der Gegenwart in hohem Maße verantwortlich zu machen!)

Fassen wir zusammen: Finanziell, gesundheitlich, moralisch, kulturell und sittlich scheint das deutsche Volk zum Ende des alten Jahrtausends endgültig dem Untergang geweiht zu sein. Die wenigen mutigen Patrioten und Mahner, die unser Land noch vorzuweisen hat, werden heute mit *allen Mitteln* mundtot gemacht und müssen ein Leben im Abseits der Gesellschaft fristen. (Hat die Politik hier nicht vollends versagt?) Moderne Schlagworte, die den traurigen Zustand unserer Nation widerspiegeln und die scheinbare Unfähigkeit der Regierenden bezeugen, sind unter anderem: „Bildungsnotstand", „Rechtschreibreform", „Gesundheitsreform", „Vergangenheitsbewältigung", „Pflegernotstand", „Wohnungsnot", „Obdachlosigkeit", „Straßenkinder", „Kinderarmut", „Abtreibungsspiel", „Sterbehilfe", „Homosexuellen-Ehe", „Antidiskriminierungsgesetz", „Heroinfreigabe" und „Steuerzahlergedenktag" (der Tag, an dem der Steuerzahler - statistisch! - alle Abgaben an Staat und Sozialkassen entrichtet hat; 1998 war es der 3. Juni!). Angesichts all dieser Dinge läßt sich nur noch die Frage stellen: *Wer (außer Gott) könnte dem Niedergang Deutschlands jetzt noch Einhalt gebieten?*

Schulden in Billionenhöhe, minderjährige Mörder und Vergewaltiger, Pleiten- und Arbeitslosenrekorde, sinkende Volksgesundheit, Patriotendiffamierung und **-Verfolgung (siehe unten!)**, Justiz- und Korruptionsskandale

**- das ist das Bild des modernen Deutschland.** Befindet sich unser Land also nicht schon längst „im Würgegriff seiner Feinde“, oder will man all diese Dinge bloß als unvorhersehbare „Zufallerscheinungen“ betrachten? Des weiteren begingen in Deutschland im Jahre 1997 rund 13 000 Menschen Selbstmord (Verkehrstote: jährlich etwa 10000). Unter ihnen befanden sich 850 Personen unter 18 Jahren, also noch Kinder und Jugendliche. Das ist die traurige Realität unseres *modernen und fortschrittlichen* Landes. Und schließlich noch eine letzte Meldung, die für die Gegenwart ebenfalls geradezu bezeichnend ist: „Nirgendwo auf der Welt gibt es nach Angaben des Deutschen Einzelhandels so viele Diebe wie in Deutschland.“ (Fuldaer Zeitung, 27.9.97) „Armes Deutschland“, will man da bzw. *kann man* da nur noch sagen...



## 4. Wo der Taschenrechner versagt

Wie wir bereits gesehen haben, hat sich die Finanzsituation der öffentlichen Kassen in Deutschland in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. Obwohl die Bürger fast sechs Monate im Jahr nur für die Staats- und Sozialkassen arbeiten müssen, gehört unser Land heute zu einem der verschuldetsten Staaten auf der ganzen Welt.

Woran liegt es wohl, daß die Deutschen, eines der fleißigsten Völker, trotz ständiger Steuererhöhungen und Sozialkürzungen, zum ausgehenden Jahrtausend vor einem Schuldenberg von über zwei Billionen Mark stehen müssen? Was geschieht mit den vielen Steuermilliarden, die von der arbeitenden Bevölkerung hart erwirtschaftet werden müssen? Ist es möglich, daß ein Teil dieser Gelder gar nicht für deutsche Interessen ausgegeben, sondern geradezu „zweckentfremdet“ wird?

*Dazu eine Auflistung der großzügigen Spenden des deutschen Steuerzahlers (die übrigens keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erhebt!):*

<b>Jährliche</b> Netto-Zahlungen an die EU etwa.....	27 Milliarden DM*
(also Beträge ohne irgendeine Gegenleistung)	
Zahlung für den Golf-Krieg etwa.....	20 Milliarden DM**
Aufwendungen für Gastarbeiter in Deutschland.....	222 Milliarden DM***
<b>(pro Jahr)</b>	
Aufwendungen für Asylanten in Deutschland.....	66 Milliarden DM****
<b>(pro Jahr)</b>	
Verschwendung der Behörden ( <b>allein 1997</b> ) knapp....	70 Milliarden DM*****
(im Durchschnitt jährlich etwa 50 - 60 Milliarden)	
Zahlungen (1990 - 1998) an die UNO rund.....	10 Milliarden DM
Zahlungen an Rußland und seine Nachfolgestaaten	
(seit 1989) über.....	110 Milliarden DM
Kosten aufgrund des Balkan-Krieges (mindestens)....	20 Milliarden DM
Entwicklungshilfe jährlich rund.....	10 Milliarden DM

\* Sogar das Hamburger Abendblatt titelte am 5.5.98: „Überweisung an die EU reißt Milliardenloch in Bonn“. Im anschließenden Bericht erfahren wir, daß der Bund „im ersten Quartal [1998] ein Haushaltsdefizit von 37,2 Milliarden Mark“ hat „hinnehmen müssen. Es ist vergleichsweise hoch, da für das Gesamtjahr 56,5 Milliarden Mark eingeplant sind, wie aus dem gestern vom Bundesfinanzminister Theo Waigel veröffentlichten Bericht

über die Etatentwicklung des ersten Vierteljahres hervorgeht. Ausschlaggebend sei, daß der Bund erheblich mehr an die EU-Kasse überwiesen hat."

Heinrich Lummer prangerte diese Mißstände in „einem Gastkommentar für die 'Welt' (Ausgabe vom 11.7.1996)" ebenfalls an: „Die Bundesrepublik Deutschland ist der mit Abstand größte Nettozahler (der Nettobeitrag ergibt sich aus Zahlungen an die EU abzüglich der Rückflüsse) der EU. Zahlten wir 1989 noch 12,8 Milliarden Mark netto an die Gemeinschaftskasse ein, waren es 1994 schon 27,6 Milliarden Mark. Zum Vergleich: Der Nettobeitrag Frankreichs betrug im gleichen Jahr nur rund 1,6 Milliarden Mark. Großbritannien führte in 1994 netto rund 4,2 Milliarden Mark an Brüssel ab. Deutschland zahlt damit netto mehr als das Viereinhalbfache dessen an die Europäische Union, was Großbritannien und Frankreich zusammen abführen." (zit. nach Nation & Europa, September 1996, S.44) Der deutsche Steuerzahler hat der EU bis heute (1998) weit mehr als 150 Milliarden Mark *geschenkt*.

Bundeskanzler Schröder bemühte sich darum, den deutschen Nettobeitrag zu senken, doch im „günstigsten Falle können die Deutschen ... eine Korrektur von 1,5 bis 2 Milliarden Mark erreichen", schreibt der „Spiegel" (30.11.98, S.183) und schließt die treffende Frage an: „Ob sich dafür ein monatelanger Streit lohnt?" (Außerdem hat sich unser ehemaliger Bundesfinanzminister Theo Waigel bereits im Juli 1997 für eine drastische Senkung der deutschen EU-Beiträge eingesetzt; genützt hat es indes wenig!) Aber selbst wenn es jetzt noch zu einer *größeren Verringerung* der deutschen Zahlungen kommen sollte - es ist schon längst zu spät! Das Kind ist bereits vor Jahren in den Brunnen gefallen. Die EU ist für den kommenden Staatsbankrott unseres Landes in hohem Maße verantwortlich.

Und als ob die für Deutschland unverständlich hohen EU-Beiträge nicht schon schlimm genug wären, hört man zudem immer öfter von Betrugsaffären und „Unregelmäßigkeiten", die sich bei der Europäischen Kommission abspielen sollen. „Bis zu 20 Milliarden Mark, schätzen EU-Parlamentarier, verschwinden jährlich in dunklen Kanälen. Scheinfirmen erhalten Aufträge, Mitarbeiter werden bezahlt, die gar nicht geführt werden, und für viel Geld werden Studien in Auftrag gegeben, die niemand zu Gesicht bekommt. ... Neben den Skandalen innerhalb der EU-Institutionen belasten Subventionsbetrügereien den Haushalt ebenso wie der Größenwahn einiger Einrichtungen. Das Europäische Parlament residiert in wahren Palästen." (Fuldaer Zeitung, 12.11.98. Handelt es sich bei diesen 20 Milliarden vielleicht um einen Teil des deutschen Nettobeitrags?)

In kleineren Meldungen erfährt man unter anderem davon, daß bei „der Brüsseler EU-Kommission ... mehrere Millionen Mark pro Jahr für externes Personal fehlgeleitet worden" sind. „Dabei haben verschiedene Brüsseler EU-

Dienststellen Gelder aus bestimmten Förderprogrammen ohne Offenlegung abgezweigt, um damit Personal von Drittfirmen zu bezahlen, die mit der Abwicklung der Programme betraut waren." (DIE WELT, 5.11.98)

Der SPD-Politiker und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, forderte aufgrund dieser schweren Betrugsfälle und Unregelmäßigkeiten sogar den „Rücktritt der EU-Kommission“. In einem Interview sagte er: „Sie muß die Verantwortung übernehmen für Strukturfehler in der Administration und für eine unverantwortliche Finanzakrobatik.“ (Fuldaer Zeitung, 18.11.98)

\*\* Man geht davon aus, daß Deutschland für den Golfkrieg insgesamt mehr Geld zahlte, als er überhaupt gekostet hat. Nur wenige Menschen wissen, daß der „bis zum 30. Juni erhobene Solidaritätszuschlag“ zur „Finanzierung der Zahlungen für den Golfkrieg“ verwendet wurde. „Entgegen einer am 23. Juli im Tagesspiegel abgedruckten Meldung der Nachrichtenagentur dpa wurden die Erlöse nicht zum Aufbau der neuen Bundesländer verwandt.“ (Tagesspiegel, Berlin, 16.8.1992; zit. nach Dr. Gerhard Frey [Hrsg.], Deutschlands Ausplünderung, S.316)

\*\*\* Eingehend dokumentiert in der Schrift „Ausländerkosten - Eine Bilanz“ von Karl Baßler: „Die ungeheure finanzielle Belastung der deutschen Steuerzahler durch die Gastarbeiter-Ausländer pro Jahr (Stand 1993)“. Man muß sogar davon ausgehen, daß diese Zahl heute, sechs Jahre später, um einige Milliarden aufzustocken ist.

\*\*\*\* „Wir bezahlen für Asylanten direkt rund 40 Milliarden DM und indirekt noch einmal 26 Milliarden DM, insgesamt also 66 Milliarden DM jährlich.“ (Münchner Merkur, 12.12.1993; zit. nach ebd.)

\*\*\*\*\* „Eine Verschwendung öffentlicher Gelder in der Größenordnung von fast 70 Milliarden DM prangert der Bund der Steuerzahler in seinem neuen 'Schwarzbuch' an. Die Organisation erwägt eine Verfassungsklage gegen das bestehende Steuersystem. Eine Abgabenlast von über 50 Prozent sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, erklärte der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl-Heinz Däke, in Leipzig.“ (DIE WELT, 14.9.98) Jedoch stellte man schon früher fest, daß „die Verschwendung von Steuergeldern ... nicht ausreichend geahndet“ wird.... „Oft lehnten die Staatsanwaltschaften Verfahren mit der Begründung ab, nach derzeitiger Rechtslage sei eine Verfolgung nicht möglich. ... 'Letzten Endes wird diese Verschwendung von der Justiz ... toleriert', so Däke. Zudem hätten Steuergeldverschwender von der Dienst- und Fachaufsicht wenig zu fürchten, wenn sogar die Ermahnungen der Rechnungshöfe nicht ernst genommen würden.“ (DIE WELT, 28.4.98)

Ein Beispiel der milliardenfachen Steuerverschwendung: „Der Bund der Steuerzahler hat den Umbau des künftigen Bundesarbeitsministeriums in

Berlin als viel zu teuer kritisiert. Das frühere Reichspropaganda-Ministerium solle für 127 Millionen Mark eine 'Luxusausstattung' bekommen mit teuren Natursteinböden und Trennwänden aus Marmor für die Duschen und Toiletten." (Fuldaer Zeitung, 30.3.98)

Rechnet man die oben aufgeführten Summen über all die Jahre zusammen und zählt außerdem die Wiedergutmachungszahlungen, Aufbauhilfen u.ä. hinzu, kommt man auf einen Betrag von weit über zwei Billionen Mark, also mehr als unsere derzeitige Staatsverschuldung. Wäre unser (!) Steuergeld also *ausschließlich* für deutsche Interessen verwendet worden, hätten wir in *ganz* Deutschland tatsächlich „blühende Landschaften“ zu verzeichnen und keine einzige Mark an Staatsschulden mehr (die jährliche Ersparnis würde rund 400 Milliarden D-Mark betragen). Die Arbeitslosigkeit hätte ebenfalls weitgehend beseitigt werden können und wir könnten uns rühmen, eines der wohlhabendsten Völker zu sein.

Leider sieht die Realität aber ganz anders aus und deshalb befinden wir uns heute im Zins-Schraubstock der internationalen Hochfinanz. Durch die Verschwendung bzw. Versenkung unserer Steuergelder und Plünderung der Sozialkassen haben wir gegenwärtig etwa sieben Millionen Arbeitslose und knapp drei Millionen Sozialhilfeempfänger zu verzeichnen. Mit dem Fortbestand dieser Politik wird sich, ganz nach dem Wunsch der Geheimen Oberen, die Lage sehr bald dramatisch zuspitzen. Die von unseren Politikern vielgepriesene „Einführung des Euro“ wird unser Land ebenfalls viele Milliarden D-Mark kosten. Die „Liquidierung Deutschlands“ soll auf diesem Wege ganz legal vonstatten gehen.

(Übrigens: Die *Erwähnung* dieser Tatsachen soll keinen Neid auf Ausländer erwecken, sondern nur belegen, daß in unserem Staat genügend Geld vorhanden wäre, um alle schwierigen Probleme der Gegenwart und Zukunft meistern zu können, *wenn* bei den Herrschenden der Wille dazu vorhanden wäre...)

## 5. Die Europäische Union

Die „Europäische Union“ von Maastricht stellt die Endlösung für alle Nationalstaaten in Europa dar. Was in geheimen Logenkreisen mehr als 70 Jahre zuvor bis ins kleinste Detail geplant und ausgearbeitet wurde, reifte 1992 in der damit zu zweifelhaftem Ruhm emporgestiegenen niederländischen Stadt zur Vollendung. Hier hatte man es sich zur Aufgabe gemacht, den „europäischen Einigungsprozeß“ für die Bürger „unumkehrbar“ zu gestalten. An „Vaterlandsliebe“, „Souveränität“ und „nationale Interessen“ sollte künftig nicht mehr zu denken sein. Das angestrebte Ziel lautete „Euroland“, ein gleichgeschalteter Kontinent mit mehr als 350 Millionen (multikulturellen) Einwohnern, der zentralistisch von Brüssel aus regiert werden soll.

In Deutschland war es vor allem unser ehemaliger Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich für den „Einigungsprozeß“ stark machte. Während seiner 16jährigen Regentschaft verhielt er sich absolut loyal gegenüber den Hintermännern der „Neuen Weltordnung“ und setzte sich bei jeder Gelegenheit für die Verwirklichung ihrer Pläne ein. Wohl aus diesem Grund erhielt er mehr Orden und Auszeichnungen, als je ein Kanzler vor ihm. Ob bei jüdischen Freimaurerlogen, in der Londoner City (dem Herzstück der internationalen Hochfinanz), oder bei der polnischen Regierung - überall war Kohl ein gern gesehener Gast. Im Dezember 1998 ernannte man ihn sogar zum „Ehrenbürger von Europa“.



*Unser ehemaliger Bundeskanzler Helmut Kohl in der Londoner City, dem Herzstück der internationalen Hochfinanz und Machtbasis der Familie Rothschild*

Dabei hatte Kohl wahrlich keine leichte Aufgabe zu erfüllen. Gegenüber dem deutschen Volk mußte er die Notwendigkeit der „Europäischen Union“ hervorheben und die Bedenken gegen diesen Staatenbund weitgehend vom Tisch räumen. Politische Strategen entwarfen zu diesem Zweck unzählige Argumente, die erfolgreich unters Volk gebracht wurden, und waren sie noch so lächerlich. Da die überwiegende Mehrheit unserer Mitbürger das selbständige Denken schon vor langer Zeit verlernt hat, wurden Pa-  
rollen wie „Die EU bringt uns nur Vorteile!“, „Das gemeinsame Europa erhält den Frieden!“ oder „Die EU ist gut für den deutschen Export und sichert unsere

Arbeitsplätze!" von einem Großteil der Bevölkerung schnell aufgegriffen und geglaubt. Unionsgegner und „Euro-Kritiker" wurden schnell zur Minderheit in unserem Land und oftmals sogar ins „rechte Eck" gestellt.

Wenn uns der „europäische Einigungsprozeß" tatsächlich eine neue Ära des Friedens bescherte, so sollte uns eine Meldung der französischen Zeitung „Le Figaro" vom 18.9.92 zu denken geben. Sie verglich den „Vertrag von Maastricht" nämlich mit dem (schändlichen) „Diktat von Versailles". Das Blatt schrieb: „Maastricht ist der Versailler Vertrag ohne Krieg." Bedeutet das etwa, daß man früher gegen ein Land Krieg führen mußte, um dem Besiegten anschließend solch entwürdigende Bedingungen aufzuerlegen? Lautet die moderne Devise: „Eroberung durch Verträge"? Werden die Schlachten heute nicht mehr auf dem Feld, sondern in Parlamenten ausgefochten?

Leider herrscht bei einem Großteil der Bevölkerung noch weitgehend Unkenntnis darüber, was das Leben im gemeinsamen „Haus Europa" tatsächlich bedeutet. Trotz der verlogenen Phrasen einer „neuen Zeit der Humanität" und einer „Ära der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit unter Europas Bürgern", darf man seine Augen vor der Realität nicht verschließen. Man müßte lediglich die (wenigen) Informationen der Presse zu diesem Thema über einen längeren Zeitraum verfolgen und auswerten, um zu erkennen, daß die „EU", abgesehen von den über 150 Milliarden D-Mark, die wir in den letzten Jahren an diesen Moloch überwiesen haben, **gerade für uns Deutsche** sehr viele Nachteile bereithält.

## 1. Beispiel: Die deutsche Trinkwasserversorgung

„EU: Deutschland soll an Nachbarn liefern - Die deutsche Wasserwirtschaft befürchtet einen Ausverkauf heimischen Trinkwassers an europäische Nachbarländer", lautete eine sehr besorgniserregende Meldung der Presse (Fuldaer Zeitung, 13.6.98). „Nachden Vorstellungen des Europäischen Parlaments müsse Deutschland aufgrund seiner guten Wasserreserven an andere Länder mit weniger brauchbarem Trinkwasser liefern, sagte Erich Deppe, Vizepräsident des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft". Grund ist die geplante EU-Wasserrahmenrichtlinie, die für eine „Harmonisierung der Lebensverhältnisse in Europa" sorgen soll.

Dabei habe die Trinkwasserversorgung „in Deutschland aufgrund jahrelanger Investitionen und schonender Förderung 'in punkto Qualität und Versorgungssicherheit ein Spitzenniveau erreicht.'", so Deppe. „Allein 1997 seien in Deutschland 5,9 Milliarden Mark investiert worden ... Deppe warf anderen europäischen Ländern - namentlich Spanien - vor, seine Wasserressourcen zu verschwenden und nicht genügend in den Gewässerschutz zu investieren." Fazit: *Die „Europäische Union" gefährdet die heimische*

*Trinkwasserversorgung und soll eine „Harmonisierung der Lebensverhältnisse“ in Europa erreichen!*

## **2. Beispiel: Die neue Pestizid-Regelung der EU**

Die Europäische Kommission verlangte von Deutschland Anfang 1997, „jedes Selbstbestimmungsrecht aufzugeben und die Pestizid-Grenzwerte in Babykost zu erhöhen.“ Würde sich Deutschland dieser Aufforderung widersetzen, sollte „die Bundesregierung mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof oder mit Bußgeldern zur Änderung der Grenzwerte gezwungen werden“. (Unabhängige Nachrichten, Februar 1997)

„Stuft die EU die bei uns geltenden Höchstgrenzen für Pestizide in Baby-nahrung als 'Handelshemmnis' ein, müßte die BRD den Import von Baby-nahrung aus anderen Ländern trotz nachgewiesener Schadstoffe gestatten, Giftstoffe hin, Gesundheitsrisiko her - herrliche Eurotopia-Zukunft!“ (ebd.)  
Fazit: *Die „Europäische Union“ gefährdet die Volksgesundheit in unserem Land!*

## **3. Beispiel: Vernichtung von Arbeitsplätzen in Deutschland und Gefährdung der Bevölkerung**

„Beim Bundesverfassungsgericht haben ... zwei deutsche Hersteller-Unternehmen von Druckbehältern Verfassungsbeschwerden wegen 'Inländer-Diskriminierung' eingelegt. Das oberste Gericht soll nun entscheiden, ob noch deutsches, oder nur noch fremdes Recht gilt:

Seit 1995 nämlich dürfen nach EU-Recht Firmen aus den Mitglieds-ländern ihre Druckbehälter für Chemie- und Kraftwerks- und private Hei-zungsanlagen ohne Einhaltung der strengen deutschen Sicherheitsnormen auch bei uns anbieten und verkaufen.

**Die Folgen sind klar: Deutsche Hersteller müssen sich an die hiesigen Bestimmungen halten und sind bei Ausschreibungen teurer. Eingebaut werden dann qualitativ minderwertige Kessel, die den unaufgeklärten Deutschen um die Ohren fliegen können.** (Unabhängige Nachrichten, August 1996, Herv. im Orig.)

## **4. Beispiel: Vernichtung des Mittelstandes in Deutschland**

Wirtschaftlich betrachtet, dient die EU vor allem den Großkonzernen und Banken. Da in der Europäischen Union *absolute Wettbewerbsfreiheit* herrscht, sind gerade die kleineren und mittelständischen Unternehmen in ihrer Existenz bedroht.

„Die unvermeidliche Folge dieses Vernichtungswettbewerbs besteht darin, daß die kleinen von den größeren, die größeren von den noch größeren, die noch größeren von den größten und die größten von den allergrößten

Unternehmen im schlimmsten Fall vernichtet und im günstigsten Fall als Konkursmasse geschluckt werden." (Karl Steinhauser, EG - Die Super-UdSSR von morgen, S.196) Die „Fusionitis“ der letzten Jahre hat diese Befürchtung bestätigt. Immer mehr Unternehmen schlossen sich zu (unkontrollierbaren) supra-nationalen Großkonzernen zusammen, die sich keinem Land und keinem Volk mehr verbunden fühlen. Das Ziel dieser Giganten besteht nur noch in der Gewinnmaximierung.

Anhand von EU-Verordnungen läßt sich die planmäßige Vernichtung des Mittelstandes ebenfalls beweisen: „Die Gebührenpläne der EU für die Medikamentenzulassung könnten nach Ansicht des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI) den schnellen Anschluß der deutschen Gentechnik an die Weltspitze verhindern. 'Diese Kosten sind eine Barriere für mittelständische Unternehmen und für die zahlreichen neugegründeten Gentechnikfirmen', kritisierte der BPI-Vorsitzende Hans Rüdiger Vogel" im August 1997. (DIE WELT, 14.8.97) Unabhängig davon, wie man der Gentechnik gegenübersteht, machen solche Meldungen deutlich, wem das Interesse der Regierenden in Brüssel tatsächlich gilt.

Fazit: *Die „Europäische Union“ ist für die Arbeitslosigkeit in Deutschland in hohem Maße mitverantwortlich!*

## **5. Beispiel: Steigende Kosten aufgrund von Verordnungen**

Eine neue EU-Richtlinie, die sogenannte Eigenkontrollverordnung (EKVO), schreibt vor, daß Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2003 ihr gesamtes Kanalnetz mit komplizierter Videotechnik untersuchen müssen. Die dabei festgestellten (tatsächlichen oder vermeintlichen!) Mängel müssen dann ebenfalls innerhalb einer bestimmten Frist behoben werden.

Gerade in Hessen zeichnen sich für private Haushalte und Betriebe regelrechte „Horrorvisionen“ ab, da diese Richtlinie dort besonders rigide umgesetzt wurde. Aufgrund der Verordnung werden die Abwassergebühren für den einfachen Bürger vermutlich auf das Doppelte steigen. (Zur selben Zeit „verdienen“ EU-Beamte immer mehr: „Die bereits weit überdurchschnittlichen Spesensätze für Beamte der Europäischen Union (EU) sollen um bis zu 30 Prozent erhöht werden.“ [DIE WELT, 14.9.98J)

Fazit: *Aufgrund der „Europäischen Union“ entstehen höhere Kosten für den deutschen Bürger!*

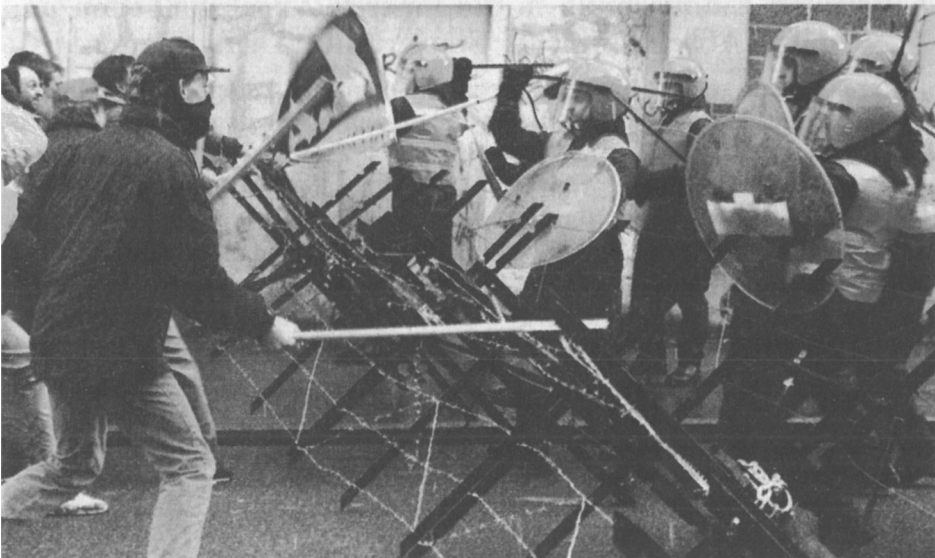
## **6. Beispiel: Vernichtung der heimischen Landwirtschaft**

Das Ziel der Geheimen Oberen besteht in einer *Zentralisation der Macht*, um dadurch die *absolute Kontrolle* über die gesamte Menschheit zu erlangen.

Ganze Völker kann man durch die internationale Monopolisierung von



\* Geld  
\* Rohstoffen  
und *vor allem* \* Nahrungsmitteln  
**abhängig** und somit **erpreßbar** machen.



*Der aussichtslose Kampf der europäischen Bauern gegen die Diktatur aus Brüssel*

Das ist der Hauptgrund, warum die EU-Kommission unserer Landwirtschaft offensichtlich schon seit längerer Zeit den Krieg erklärt hat. Die verschiedenen „Agrarreformen“ (u.a. die „Agenda 2000“) dienen einzig und allein dem Zweck, immer mehr kleine und mittelständische bäuerliche Betriebe zur Aufgabe zu zwingen.

K. H. Kläuser schreibt: „1 246 000 Landwirte gaben seit 1949 ihre Höfe auf, 400 000 Höfe werden nach Expertenmeinung in den nächsten Jahren aufgegeben, so daß noch etwa 100 000 übrig bleiben.“ (DEUTSCHLAND, Ausgabe 1/2 1998, S.59) Man könnte diese Politik als einen schleichenden Massenmord am deutschen Volk betrachten, da wir aus der Hl. Schrift wissen, welche Gefahren den Menschen in der Zukunft drohen. Über die Zeichen der Endzeit sagte Jesus Christus: „und Hungersnöte werden sein von Ort zu Ort“ (Mt 24, 7). Unser Erlöser spricht hier von *weltweiten* Hungersnöten!

Wie kann man angesichts dieser Prophezeiung die Vernichtung der Existenz von Bauern überhaupt befürworten? Spricht diese Praxis nicht vielmehr erneut für den absoluten Satanismus, der die Hintermänner unserer Neuen Weltordnung antreibt?

Wir sind heute nicht nur bei den Rohstoffen und der Energieversorgung, sondern auch bei den Nahrungsmitteln vom Ausland abhängig.

Fazit: *Die „Europäische Union“ hat dafür gesorgt, daß unsere heimische Landwirtschaft (weitgehend) vernichtet wurde!*

## **7. Beispiel: Einmischung in die inneren Angelegenheiten und damit Abschaffung der Souveränität Deutschlands**

Hier noch einige weitere Meldungen, die ebenfalls belegen, wie sehr sich die EU-Kommission mittlerweile in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einmischt:

„EU-Kommissar droht Sendern - Die Brüsseler EU-Kommission setzt ARD, ZDF und andere öffentlich-rechtliche Fernsehsender der Europäischen Union unter Druck. ... Sportübertragungen und Shows sollen nach den Brüsseler Vorstellungen allein durch Werbung finanziert werden. ... ARD und ZDF reagierten besorgt auf das Vorhaben. Der Vorsitzende der Länder-Rundfunkkommission, Kurt Beck (SPD), befürchtet eine Zerschlagung öffentlich-rechtlicher Sender. ... Die Kommission betrachtet die Öffentlich-Rechtlichen als Unternehmen, die auch dem EU-Wettbewerbsrecht unterliegen. ... Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck nannte das EU-Konzept völlig abwegig. Der Entwurf widerspreche dem Konsens unter den EU-Staaten und dem deutschen Verfassungsrecht.“ (Fuldaer Zeitung, 1.10.98)

„EU nimmt deutsches Rabattgesetz ins Visier - Das deutsche Rabattgesetz und die Zugabenverordnung sind unter Beschuß geraten. Die EU-Kommission hat gegen die Bundesregierung ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Begründung: Die Vorschrift mißachtet das Recht der Unternehmen zur freien Bereitstellung von Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt. Das Bonner Wirtschaftsministerium hat den Vorwurf als haltlos zurückgewiesen.“ (DIE WELT, 22.7.98)

Die EU, die mit Hilfe des deutschen Steuerzahlers erst ins Leben gerufen wurde, hat unserem Land auch schon des öfteren mit einem „Bußgeld“ gedroht, sollte sich die Bundesregierung nicht an die Verordnungen aus Brüssel halten. Im Streitfall um die „Umsetzung der europäischen Grundwasserrichtlinie“ drohte Deutschland gar „ein Zwangsgeld von täglich ... etwa 500 000 Mark“. (Fuldaer Zeitung, 5.2.97)

Die Frage, ob die „Europäische Union“ *wirklich* im Interesse *Deutschlands* liegt, sollte anhand der soeben aufgeführten Tatsachen beantwortet sein. Der „Vertrag von Maastricht“ beendete die Souveränität Deutschlands und ließ unser Land durch die EU *wirtschaftlich* und *politisch* endgültig knebeln. Wer kann heute allen Ernstes noch davon sprechen, daß die „Europäische Einigung“ *gerade für uns Deutsche* von Vorteil sei? Man muß geistig schon sehr umnachtet sein, um von einer strahlenden gemeinsamen „europäischen Zukunft“ zu schwadronieren.

Es scheint, als hätten die „verbrecherischen Deutschen“ ihren Zweck (als Zahler) bald erfüllt und könnten sich im neuen Jahrtausend endgültig von der Politbühne verabschieden, denn die „Endstation der EG ist ... eine Super-UdSSR. ... Um das zu erkennen, braucht man sich nur die Grundrechte der Europäischen Gemeinschaft einmal etwas genauer anzusehen. Sie bestehen in erster Linie aus den vier Freiheiten: Dem Recht auf freien Austausch von Waren, dem Recht auf freien Austausch von Dienstleistungen, dem Recht auf freien Kapitalverkehr und dem Recht auf freien Personenverkehr.

Oder anders ausgedrückt: Die vier Freiheiten der EG umfassen die Handelsfreiheit, die Arbeitsfreiheit, die Devisenfreiheit und die Niederlassungsfreiheit. ...

In Wirklichkeit sind ... diese vier EG-Freiheiten nichts anderes als eine Kurzfassung des 'Kommunistischen Manifests' von Karl Marx in der Formulierung eines kapitalistischen Vokabulars. Denn alle diese vier Freiheiten bewirken in der Praxis genau das, worauf der Kommunismus marxistischer Prägung letztlich hinausläuft:

Auf totale Sozialisierung, also Staatsmonopolisierung der Wirtschaft. Auf totale Nivellierung, also auf Gleichmacherei der ganzen Gesellschaft. Und

auf totale Zentralisierung, also auf völlige Entmachtung des Volkes." (Karl Steinhauser, EG - Die Super-UdSSR von morgen, S. 193f)

Es scheint sich bei einigen Politikern und Medien langsam herumgesprochen zu haben, wie viele Menschen in Europa über den Moloch in Brüssel heute denken: „Vielleicht macht die Monumentalität des EU-Viertels, dem tausende großbürgerliche Häuser des Stadtteils Etterbeek rings um den Rond Point Schuman weichen mußten, den Menschen Angst, läßt sie die Europäische Union als Monster empfinden. Eines, das überall hineinregiert. Eines, das Geld schluckt. Eines, das sich Macht anmaßt und über die Maßen lebt und die nationalen Eigenarten der 15 Mitgliedstaaten wegdrückt." (Das Parlament, 15./22. Januar 1999)

Verglichen mit den deutschen Beamten stehen sich Europa-Bedienstete finanziell noch besser:

<b>Besoldungsgruppe</b>	<b>EU-Bedienstete</b> (brutto)	<b>Bundesbeamte</b> (brutto)
B9 (Beamte)	32 671 DM	17 034 DM
B6 (Beamte)	29 542 DM	14 993 DM
A16 (Beamte)	22 491 DM	11 470 DM
A13 (Beamte, g.D.)	16 177 DM	8 470 DM
A9 (Beamte, g.D.)	10 000 DM	5 741 DM
A5 (Beamte, e.D.)	8 914 DM	4 444 DM

*(Tabelle aus „Welt am Sonntag“, 22.3.98; zit. nach Unabhängige Nachrichten, April 1998, Seite 2)*

Mitglieder des Europäischen Parlaments gelten in Fachkreisen als „Luxusabgeordnete“. Für einen deutschen Politiker macht sich der Sprung ins Europäische Parlament auf jeden Fall bezahlt, „denn tatsächlich sind die Einkommen der Europäischen Parlamentarier unverantwortlich hoch. ... So bekommt ein Europaabgeordneter aus dem Etat des Europäischen Parlaments zusätzlich 36 000 DM im Jahr sogenannter 'Informationsmittels', die er verhältnismäßig frei ausgeben kann (Münch: 'Brillantring für die Ehefrau'). ... Der Europaabgeordnete bekommt auch vom Parlament noch einen jährlichen Zuschuß von 2000 DM, die sogenannte 'Telematikzulage', mit der er in die moderne Nachrichtenübermittlung investieren kann.

Zu den Privilegien gehört auch, daß ein Europaabgeordneter keine Angst vor Einschnitten der Seehoferschen Gesundheitsreform zu haben braucht. Bis zu einem Betrag von 30 000 DM werden die Kosten für ärztliche Behandlung, Beratung, Arzneimittel oder Krankenhaus erstattet. Dieselbe Summe gilt auch für seine Ehefrau ... Jedem europäischen Abgeordneten stehen außerdem rund 180 000 DM im Jahr zur Verfügung, mit denen er

Mitarbeiter beschäftigen, Beraterhonorare zahlen oder sich einen Ghostwriter halten kann. Im Gegensatz zum Deutschen Bundestag, nicht jedoch zum Bayerischen Landtag, kann er hier auch enge Verwandte beschäftigen. (Günther Müller, Faß ohne Boden, S.131f)

Sarkastisch mutet die Titelschlagzeile des „Stern“ vom 7.1.99 an: „Deutschland vor dem Absturz? Nicht fit für Europa - Die Wahrheit über den Sozialstaat: Alle Kassen sind leer“. Da möchte man antworten: Deutschland *war* fit für Europa, doch wurden unserem Land die enormen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dieser Europäischen Union zum Verhängnis. Ohne die deutschen Finanztransfers würde es die EU sicherlich nicht geben. Gleichzeitig bedeutet *diese* EU auf der Grundlage des „Vertrags von Maastricht“ die Endlösung für unser Vaterland. (Bis sich diese Erkenntnis zu allen Deutschen herumgesprochen hat, dürfte es allerdings zu einer Umkehr schon zu spät sein ...)

Fassen wir zusammen: Die Länder Europas befinden sich heute im Würgegriff der Zentralmacht in Brüssel. Deutschland hat kaum noch ein Selbstbestimmungsrecht, sondern wird weitgehend von „außen“ regiert. Aus diesem Grund werden unsere Wächter bei der EU auch „Kommissare“



*Dieses freitaurerische Signalphoto macht deutlich, daß es auch unter der Regierung unseres neuen Bundeskanzlers Gerhard Schröder keinen Kurswechsel in der Europa-Politik geben wird.*

genannt: weil sie über die Bürger Deutschlands bzw. Europas zu *wachen* haben. (Als Belohnung dafür bekommen sie ein außerordentlich großzügiges Gehalt!) Die EU dient vor allem der *Uniformierung* der europäischen Bevölkerung: Uniformierung der *Währungen* (Euro), Uniformierung der *Lebensqualität* (im Orwell'schen Neusprech „Harmonisierung der Lebensqualität“ genannt!), Uniformierung der *Völker* (multikulturelle Gesellschaften), Uniformierung des *Glaubens* („Wir glauben alle an den selben Gott!“ [=Okumenismus]). Es wurde sogar eine Uniformierung der Feindbilder erzielt: „Nazis“, „Drittes Reich“, „Rechtsextreme“, „Nationalisten“, „Rassisten“ und „Antisemiten“. Wenn man diese „Gleichmacherei“ erst einmal begriffen hat, versteht man auch, was es mit der sogenannten „Brüsseler Regulierungswut“ auf sich hat, die sich z.B. um die Kondomlänge oder die Krümmung der Gurken Gedanken macht.

Abschließend sei noch angemerkt, daß viele amerikanische Bürger die US- Politiker, die NAFTA (das Gegenstück zu unserem „Vertrag von Maastricht“) unterzeichneten, heute als „Verräter“ und „Handlanger der internationalen Hochfinanz“ beschimpfen. (Wie mag man angesichts der Fakten nun die deutschen Politiker bezeichnen, die für eine *derartige* „Europäische Einigung“ stimmten?)

## 6. Der Euro

Am 1. Januar 1999 wurde in Deutschland feierlich der Euro eingeführt. Stolz wurde die Währungsunion als „Meilenstein der EU-Geschichte“ bezeichnet (DIE WELT, 1.7.98). EU-Kommissionspräsident Jacques Santer erklärte sogar, daß der Euro „den Höhepunkt des europäischen Aufbauwerkes“ bilde. Scheinbar war der Euro der letzte große Schritt in Richtung der angestrebten „Vereinigten Staaten von Europa“ gewesen.

Wie aber ist dieses „historische Ereignis“ aus christlicher Sicht zu verstehen? Nun, offensichtlich handelte es sich bei der Währungsunion um ein ganz besonders wichtiges Vorhaben der Geheimen Oberen, denn einem Bericht der Tageszeitung DIE WELT (4.5.98), konnte man in diesem Zusammenhang gleich mehrere okkulte bzw. kabbalistische Hinweise entnehmen: „Die Europäische Währungsunion mit **elf** Teilnehmerländern ist besiegelt. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben **in der Nacht** ... diese historische Entscheidung getroffen. 'Mit dem Tag heute ist der Euro die Währung', sagte Bundeskanzler Helmut Kohl ... „Neben diesem Bericht war ein Photo abgebildet, unter dem folgender Text zu lesen stand: „Italiens Ministerpräsident Prodi, Frankreichs Präsident Chirac und Kanzler Kohl beim Uhrenvergleich nach den heftigen, elfstündigen Verhandlungen“! (Herv. v. Verf.)

Die „11“ ist bekanntlich die Rache- bzw. Glückszahl der Freimaurerei. Daß diese Zahl in dem Bericht gleich zweimal erwähnt wurde, war kein Zufall, sollte allen Insidern unmißverständlich zu erkennen geben, daß die Loge bei der „Einführung des Euro“ (zumindest) mitwirkte. Wichtig ist für uns auch noch der besondere *Zeitpunkt*, zu dem diese Entscheidung getroffen wurde: *nachts!*

Um zu beweisen, daß man diese „späte Stunde“ nicht „rein zufällig“ wählte, sei noch ein anderes wichtiges Ereignis der letzten Jahre angefügt: „Der 26. Juni 1992, **kurz nach Mitternacht**, wird als einer der umrühmlichsten Daten in die deutsche Geschichte eingehen - nämlich als der Tag, an dem eine Mehrheit des Deutschen Bundestags dem Holocaust am ungeborenen Leben zustimmte.“ (CODE, September 1992, S.12; Herv. v. Verf.)

Warum werden solche wichtigen „Konferenzen“ und „Abstimmungen“ (keineswegs nur bei uns!) meist in der Nacht abgehalten? Einmal beim Euro, dem „Meilenstein der EU-Geschichte“ und „Höhepunkt des europäischen Aufbauwerkes“ und zum anderen beim Entschluß zum Holocaust an Millionen unserer Brüder und Schwestern („einem der unrühmlichsten Tage“ der *gesamten* deutschen Geschichte)?

Diese Frage läßt sich nur aus *christlicher Sicht* beantworten. Wir müssen die Hl. Schrift studieren, um uns eines der, für die Geheimen Oberen, wichtigsten Ereignisse ins Gedächtnis zu rufen: die Gefangennahme Jesu Christi durch seine Feinde. Der Gottessohn wurde *am Abend* von den Häschern seiner Feinde verhaftet und **nachts von dem jüdischen Hohenrat verhört**. Und als „es Morgen wurde, faßten alle Hohenpriester und Ältesten des Volkes den Beschluß gegen Jesus, ihn dem Tod zu überliefern.“ (Mt 27, 1) Der Gottessohn wurde an Pilatus übergeben.

Seit dieser Zeit glauben die Geheimen Oberen fest daran, daß ihnen die Nacht besondere Macht verleiht. Aus diesem Grund halten auch die (offiziellen) Satanisten ihre schwarzen Messen in der Nacht ab. Man muß wissen, daß für die Herren der Welt alles eine magische Bedeutung hat: Zahlen, Daten, Symbole, die Konstellation der Sterne usw. Durch ihre okkulten Rituale hoffen sie die Unterstützung ihres obersten Herrn zu erlangen: Luzifers. Außerdem wollen sie dadurch Gott verhöhnern und ihre scheinbare Macht über die ganze Menschheit [die „Uneingeweihten!“] demonstrieren. (Allerdings verspottet der einzig wahre Gott diese Verschwörer und ihre Bemühungen nur, wie wir in Ps 2, 1-4 nachlesen können!)

Aber welches *Ziel* verfolgen die Geheimen Oberen mit der lang herbeigesehnten „Europäischen Währungsunion“ und welche Gefahren ergeben sich gerade für uns Deutsche aus diesem Ereignis? Bevor wir diese Fragen beantworten, muß zuerst die *wichtigste Frage* in einer *Demokratie* gestellt werden: Wie stand die *Mehrheit der Deutschen* dem Euro gegenüber? „Deutsche gegen Währungsunion“, titelte die Fuldaer Zeitung in ihrer Ausgabe vom 9.11.95. Im fraglichen Bericht hieß es: „Fast zwei Drittel der Deutschen sind gegen die Abschaffung der D-Mark zugunsten einer Europäischen Währungsunion.“ 61 Prozent sind sogar strikt gegen das Eurogeld. „Die Gegner der Währungsunion sehen vor allem Gefahren für die Wirtschaft: sinkende Löhne, stärkere Inflation, und Sorge um das Ersparte.“ Wie naiv die Mehrheit der Bundesbürger immer noch ist, geht aus dem letzten Satz der Meldung hervor, denn „66 Prozent bezweifeln allerdings, daß Bundeskanzler Kohl die Währungsunion bis 1999 durchsetzen kann.“ (Die Deutschen mußten sich von der Realität also *mal wieder* eines Besseren belehren lassen!) Wie Hohn muß es dann in den Ohren der vielen Eurogegner geklungen haben, als der Präsident der „Europäischen Zentralbank“, Wim Duisenberg, davon sprach, daß der Euro „die Währung der europäischen Bürger“ sei ... (DIE WELT, 1.7.98) Helmut Kohl ließ sich sogar zu der Aussage hinreißen, er sei sicher, „daß der Euro zu einer ähnlichen Erfolgsgeschichte wird wie die D-Mark.“ (ebd.) Wir sollten aber nicht vergessen, was uns der ehemalige Bundeskanzler sonst noch alles versprach: beispielsweise „blühende Landschaften“ in den neuen Bundesländern und eine „Halbierung der Arbeitslosenzahl“ bis zum Jahre 2000 ...





Namhafte Wirtschaftsexperten warnten ebenfalls bereits seit Jahren vor den schwerwiegenden Konsequenzen, die sich aus der Währungsunion ergeben. Professor Wilhelm Hankel beispielsweise, Wirtschaftswissenschaftler und Finanzexperte, sprach davon, daß Deutschland „kein Hoch-Lohnland bleiben“ werde, „denn der Massenansturm billiger Arbeitskräfte aus Eliropa wird die Löhne drücken; gleichzeitig werden Massenerbeitslosigkeit und Sozialkosten steigen. Im übrigen Europa wird mit der Abwanderung

So sieht die „Erfolgsgeschichte“ des Euro nach nur sechs Wochen aus! die Lohn- und Sozialkostenniveau steigen - und die Arbeitslosigkeit ebenfalls. Und für dieses Europa werben führende deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschaftler!" Er warnt davor, welcher Art das „neue Europa“ schließlich sein könnte: „sozial kälter, denn Löhne und Lohnnebenkosten ... werden am Markt ausgehandelt und nicht mehr in Tarifkommissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern; monetär instabiler ... ; krisenhafter, denn mit dem gemeinsamen Geld kommen zwar europaweit gleiche Preise - aber doch nicht gleiche Kosten! Also wird es mit dem Anschluß an die neue Währung auch eine Fülle von Anschluß-Konkursen geben wie weiland in der früheren DDR mit der Einführung der Mark. Nur daß niemand in Europa für diese Währungsschäden zahlt. Oder vielleicht doch - **die Deutschen als bewährte Zahlmeister?**" (Fuldaer Zeitung, 8.2.97; Herv. v. Verf.; Übrigens: Genützt haben all die Mahnungen der Finanzexperten wenig. Selbst eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung des Euro wurde abgewehrt. Der Euro wurde pünktlich zum 1. Januar 1999 eingeführt.)

Tatsächlich scheint auf den deutschen Steuerzahler aufgrund des Euro schon bald eine weitere erhebliche Belastung zuzukommen, denn wenn „man ... schon alle möglichen Berechnungen über die erwarteten Einsparungen anstellt, die auf die Einführung der Europäischen Währungsunion zurückgeführt werden können, sollte man aus Gründen eines fairen Gleichgewichts der Analyse nicht unerwähnt lassen, daß die ebenso unmittelbar

von der Währungsunion verursachten Kosten für die einzelnen Mitglieds-länder beachtliche Größenordnungen erreichen können. Es handelt sich ganz konkret um die Geldschöpfungsgewinne, die zum Beispiel die Deutsche Bundesbank an die Europäische Zentralbank abtreten wird. Dieser Aspekt verdient deshalb besondere Beachtung, weil es sich für Deutschland um Kosten in einer gewaltigen Größenordnung handeln wird. Der genaue Betrag hängt von der Länderzusammensetzung der Europäischen Währungsunion ab. Die errechnete Spanne der auf Deutschland entfallenden Einbußen reicht von 45 bis 90 Milliarden Mark. Frankreich dagegen kann mit Gewinnen zwischen etwa 39 und 50 Milliarden Mark rechnen. (Siehe Hans-Werner Sinn: Der Euro kostet Deutschland bis zu DM 90 Milliarden, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juni 1997. Andere Experten rechnen sogar mit Kosten von mindestens 150 Milliarden Mark; so etwa Ekkehard Wenger: Nicht 90, sondern 150 Milliarden Verlust durch den Euro, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Juni 1997.) Die Einführung des Euro führt also zu einem echten Ressourcentransfer zu Lasten Deutschlands. Unser Land wird durch die Währungsunion einen finanziellen Verlust in vielfacher Milliardenhöhe erleiden. Allein dieser Nettotransfer von Deutschland an Frankreich ist groß genug, um vier weitere Tunnel unter dem Ärmelkanal hindurchzuziehen." (Arnulf Baring, Scheitert Deutschland?, S. 191)

„Der Euro hat, wenn es mit rechten Dingen zugeht, keine Chance“, überschrieb Karl Albrecht Schachtschneider seinen Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 10.1.98. (Bekanntlich geht es leider nicht mit rechten Dingen zu!) Er warnte seine Leser: „Die einheitliche europäische Währung birgt die Gefahr eines unermesslichen Schadens für Europa und für Deutschland.“ Seiner Meinung nach wird die voreilige Währungsunion ökonomisch scheitern und ist „schon deswegen verfassungswidrig, weil kein Staat sein Volk in wirtschaftliche Schwierigkeiten führen darf“, da es „ein Bürgerrecht auf wirtschaftliche Stabilität“ gibt. „Heute wissen wir, daß die Währungsunion keine Chance hat.“ Er zog ein düsteres Resümee: „Wenn die statistischen Unterlagen manipuliert werden, ist das sittenwidrig, und die dadurch vorgetäuschte Konvergenz rettet das Euro-Projekt nicht. Die einheitliche Währung wird die Täuschung offenbaren. Die vierte Stufe wird das Land politisch destabilisieren.“

„Warum sollen wir uns den EURO überstülpen lassen?“, fragte auch Gerd Meier, Verfasser des Buches „Das Ende der D-Mark“. Er kam zu dem Schluß, daß wir „doch noch an den Folgen der Wiedervereinigung zu knabbern“ haben. „Wir dem Westen neu angeschlossenen Deutschen haben zusehen müssen, wie Betriebe nach der Währungsunion 1990 plattgemacht wurden, obwohl sie, modernisiert und mit hochqualifiziertem Personal ausgestattet, konkurrenzfähig gewesen wären.“

Warum sollen wir uns, solange die Wiedervereinigung nicht auch tatsächlich vollzogen ist und die Lebensverhältnisse sich in Deutschland nicht angeglichen haben, auf ein Experiment namens 'Maastricht' einlassen, wenn wir anhand der deutschen Wiedervereinigung erkennen, wie lang und kompliziert der Weg ist? Solange viele Probleme noch nicht gelöst sind und zuweilen sogar ein Auseinanderdriften der beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten zu beobachten ist. Dabei handelte es sich 1990 lediglich um die Übertragung eines bestehenden und funktionierenden Währungsgefüges auf einen vormals zentralistisch organisierten Währungsraum (DDR). Auf uns zu kommt nach einer noch nicht verdauten Währungsunion 1990 eine erneute Währungsumstellung europäischen Stils mit voraussichtlich mehr als fünf beteiligten Ländern auf eine ganz neue, unerprobte Währung. Das soll gut gehen? Kaum vorstellbar." (S.341; Hinweis: Wie wir inzwischen wissen, haben sogar 11 Staaten an der nunmehr vollzogenen Währungsunion teil!)

Diese Befürchtung vertrat auch das angesehene amerikanische Wirtschaftsmagazin „FORTUNE“. Am 17. August 1998 informierte es seine Leser auf Seite 27 darüber, daß der „Beginn der Währungsunion eine Kettenreaktion unerwarteter Konsequenzen entfesseln wird. Es wird eine holprigere Fahrt werden, als die Oberen zuzugeben wagen.“

Niemand weiß genau, welche Folgen der Euro für die Menschen in Europa bereit hält. Nur eines kann man bereits heute mit Gewißheit sagen: „Dinge werden sich verändern. Im großen Stil. ... dies wird wie eine Achterbahnfahrt werden.“ Thomas Kreml, der Leiter einer Internet-Software Firma namens „Hyperware“, sagte: „Die Menschen sind sich nicht im Klaren darüber, welche Konsequenzen [durch die Einführung des Euro] auf sie zukommen. Die Politiker informieren sie nicht über die negativen Seiten [des Euro].“ (ebd., S.28f) Fazit: „Europa läßt sich auf ein furchterregendes, möglicherweise gefährliches Abenteuer in unbekannte Gewässer ein, das darüber entscheiden wird, ob es in der Zukunft erfolgreich sein oder stagnieren wird.“ (ebd., S.31)

Pünktlich zur Jahrtausendwende soll Deutschland durch die Aufgabe seiner Währung der „Einen Welt“ endgültig ausgeliefert werden. In seinem Buch „Der Tanz auf dem Vulkan“ (S.183) beschreibt auch Gustav Sichelschmidt diesen Vorgang: „Kein Zweifel: man hat uns unsere Kultur versaut, man hat unsere Jugend verkommen lassen, man hat unsere Sprache verunstaltet und ist nun sogar wild entschlossen, uns auch noch der Deutschen liebstes Kind, nämlich ihre harte deutsche Mark, zu klauen. Kein vernünftiger Mensch zweifelt heute mehr daran, daß man uns mit der beabsichtigten Währungsunion endlich auch wirtschaftlich aufs Kreuz legen möchte.“

Hans Werner Woltersdorf teilt diese Befürchtung: „Die D-Mark war noch das einzige, vielleicht das letzte typische Deutsche. Alles hat man uns

genommen, unsere Geschichte, unsere Kultur, unsere Traditionen, unser Ansehen, unsere Tüchtigkeit; man hat uns disqualifiziert, entehrt, als ein Volk von Verbrechern abgestempelt und ist dabei, unser ehrenhaftes Soldatentum mit unlauteren Mitteln in den Dreck zu ziehen. Man sollte sich schämen, ein Deutscher zu sein. Man hat die Tore geöffnet, um Asylbetrüger aus aller Herren Länder ins Land zu lassen. Da sie nicht mit Schimpf und Schande belastet sind, sind sie gar die besseren 'Mitbürger' auf deutschem Boden. Es war allerdings die D-Mark, die sie hergelockt hat, und die D-Mark stand und steht für deutsche Tüchtigkeit." (Hinter den Kulissen der Politik, S. 175)

Oft wird die D-Mark als „harte Währung“ bezeichnet. Tatsächlich hatte sie aber, durch die Notenbankgesteuerte „Inflation“ innerhalb eines einzigen Jahrzehnts (1980 bis 1989), einen Kaufkraftverlust von immerhin 25 Prozent verzeichnen müssen. Aber damit nicht genug - unsere Währung verlor gerade in den letzten Jahren weiter an Wert. Natürlich breitete sich bei unseren angeblichen „Freunden“ sogleich Schadenfreude darüber aus: „Woche für Woche verliert die D-Mark an Wert gegenüber den wichtigsten Währungen der internationalen Finanzmärkte. Die europäischen Nachbarn sehen den Schwächeanfall der Mark mit wachsender Sorge, aber auch mit Schadenfreude und Häme. Die angesehene internationale Wochenzeitung 'The European' machte jetzt ihre Titelseite mit der Riesenschlagzeile 'Die entwertete Deutschmark' auf. Darunter das Foto einer Reichsbanknote über 200 Milliarden Mark aus dem Jahr 1923 und die zynische Unterzeile: 'Wie Deutschland lernt, die weiche Währung zu lieben.' Im Innenteil wird die D-Mark-Schwäche gar mit einem Foto illustriert, auf dem drei wackere Männer eine Karre mit Wäschekörben voller Papiergeld ziehen - gerade so, als wäre es erst gestern gewesen." Seit Anfang 1997 büßte die Mark gegenüber dem Dollar und Yen „20 Prozent an Wert ein, das britische Pfund verteuerte sich um rund 17 Prozent. Und selbst der mexikanische Peso gewann gegen die Mark mehr als 20 Prozent dazu." (Leonberger Kreiszeitung, 2.8.97)

Von Anfang 1996 bis Juli 1997 verlor die D-Mark gegenüber dem Pfund Sterling 27 Prozent, gegenüber dem Kanad. Dollar 21 Prozent, gegenüber dem Irischen Pfund 15 Prozent und gegenüber der Italienischen Lira 12 Prozent. Das hinderte die bosnischen Serben allerdings nicht daran, die deutsche Währung als Landeswährung (!) einzuführen: „Nach der Abwertung des jugoslawischen Dinars um 45 Prozent hat die bosnisch-serbische Republik die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel eingeführt." Frage: Wo haben die Menschen im ehemaligen Jugoslawien ihre „neue Währung“ denn bitte schön her? Besteht die Politik einer verantwortungsbewußten Regierung (in diesem Fall der Bundesregierung) nicht darin, das eigene Volk (in diesem Fall die Deutschen) vor einer sogenannten „Kapitalflucht“ ins Ausland zu bewahren?

Es ist ein Trauerspiel, was sich auf der Theaterbühne namens „Deutschland“ *heute* abspielt. „Kein deutscher Kaiser, kein Politiker der Weimarer Republik hätte auch nur im entferntesten daran gedacht, deutsche Vorteile und deutsche Interessen ohne jegliche Gegenleistungen zu vergeben. Erst jetzt, in der freiesten Demokratie, die wir je hatten, ist das möglich geworden.“ (Hans Werner Woltersdorf, *Hinter den Kulissen der Politik*, S.174) Auch Woltersdorf gelangt zu dem Schluß, daß der Euro lediglich „eine Etappe auf dem Weg zur neuen Weltordnung“ ist.

Damit sollte endgültig die Frage geklärt sein, ob die neue Währung *tatsächlich* im Interesse der deutschen bzw. europäischen Bürger liegt. Die Währungsunion dient in erster Linie den Geheimen Oberen und deren Streben nach einer weiteren Zentralisation der Macht.

Bereits die „Globalisierung“ hat unsere Nation an den Rand einer wirtschaftlichen Krise geführt. Pleiten- und Arbeitslosenrekorde können direkt auf den weltweiten „Freihandel“ zurückgeführt werden. Außerdem hat die Armut in Deutschland gerade in den letzten sieben Jahren dramatisch zugenommen. Verantwortlich dafür ist eine nationalfeindliche Politik, die unter der Kontrolle der internationalen Finanzmärkte steht und deshalb überwiegend die Interessen der Banken und Großkonzerne zu vertreten hat. Es bleibt zu befürchten, daß sich die Volkswirtschaften der „Euroländer“ nun *endgültig* in den Händen der Geheimen Oberen befinden.

Zumindest die Engländer scheinen die Bedeutung der Währungsunion begriffen zu haben, denn dort ist der Euro „unpopulärer denn je“. „In Großbritannien hat die Unterstützung für einen Beitritt zur Währungsunion weiter abgenommen. Nach einer Umfrage sind“ Anfang Januar 1999“ nur noch 29 Prozent der Bevölkerung für die Einführung des Euros. Das sind fünf Prozent weniger als vor acht Monaten. Gegen den Euro sind nun 52 Prozent, verglichen mit 48 Prozent im Mai.“ (Frankfurter Neue Presse, 6.1.99)

Viele Wirtschaftsexperten rätseln immer noch an der Frage herum, warum der Euro ausgerechnet noch vor der Jahrtausendwende eingeführt werden mußte. Konnte ein so wichtiges Ereignis nicht auf den 1. Januar 2001 oder bis 2002 verschoben werden? Nun, hierauf gibt es eine sehr unliebsame Antwort, denn die Dringlichkeit der Einführung des Euro könnte durchaus einen bösen Hintersinn gehabt haben. In der Nacht vom 31. Dezember 1999 zum 1. Januar 2000 erwartet die Welt eines der größten Probleme aller Zeiten: Y2K - ein möglicher Computerzusammenbruch, der unter anderem eine neue Weltwirtschaftskrise zur Folge haben könnte. Es ist möglich, daß man die EDV-Profis in „Euroland“ ganz bewußt mit der „Währungsunion“ beschäftigen wollte, um sie von der sehr viel dringlicheren Arbeit an Y2K abzuhalten.

Auf jeden Fall wird der Euro nur von kurzzeitiger Dauer sein, da sogar der Chef der „amerikanischen“ Zentralbank, Alan Greenspan, sagte: „Der Euro kommt, aber er wird keinen Bestand haben!“ Natürlich nicht, ist er doch lediglich eine Etappe auf dem Weg zur *elektronischen Weltwährung* ...

## 7. Gefahr von „rechts“?

Wenn man seine Tageszeitung aufschlägt oder das Fernsehen einschaltet, könnte man meinen, daß eine neue „nationalsozialistische Diktatur“ vor der Türe steht. Täglich vernimmt man Warnungen vor irgendwelchen „Neonazis“, „Rechtsextremen“ oder „Faschisten“, die scheinbar überall anzutreffen sind und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohen.

Einige Beispiele für solche Meldungen: „Kirchenvertreter warnen vor Antisemitismus - 'Wachsam sein'" (Fuldaer Zeitung, 20.7.96)

„Ökumenischer Wortgottesdienst in der Stadtpfarrkirche zum Gedenken an die Nazi-Opfer - Appell an die Wachsamkeit" (Fuldaer Zeitung, 29.1.97)

„Schutz vor Neonazis - Um die Bundeswehr vor extremistischen Wehrpflichtigen vor allem aus der Neonazi-Szene zu schützen, haben sich Verteidigungsminister Volker Rühle und Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig auf eine weitgehende Information der Wehrverwaltung über Straftaten geeinigt." (Fuldaer Zeitung, 12.12.97)

„Nachdrückliche Warnung vor rechter Gewalt - Zu Wachsamkeit gegenüber blindem Nationalismus und rechter Gewalt hat Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth aufgerufen." (Fuldaer Zeitung, 9.3.98)

„Durchgreifen gegen Rechts verlangt" (Fuldaer Zeitung, 14.5.98)

„Vor Ausländerfeindlichkeit im Wahlkampf haben die christlichen Kirchen gewarnt" (Fuldaer Zeitung, 18.7.98)

„Wallmann warnt vor Rechtsextremen" (DIE WELT, 22.7.98)

„Rechtsextreme erobern das Internet" (DIE WELT, 23.7.98)

„Die DVU wird zum Sammelbecken der Rechtsextremen" (DIE WELT, 28.7.98)

„Wie braun wird der Osten?" (BILD am SONNTAG, 20.9.98)

(Welcher demokratie-bewußte Mitbürger könnte all diesen „Mahnungen“ und „Aufforderungen“ widerstehen?)

(Frage am Rande: Warum vernimmt man [fast] nie warnende Stimmen gegen „links“ bzw. gegen den Kommunismus? Die Appelle hätten dann wie folgt lauten müssen: „Nachdrückliche Warnung vor linker Gewalt“; „Durchgreifen gegen links verlangt“; „Die Antifa wird zum Sammelbecken der Linksextremen“; „Wie rot wird der Osten?“)

Natürlich haben sich auch die von den Geheimen Oberen kontrollierten Vereinten Nationen (diese Organisation wird von Insidern als größter Freimaurerverein der Welt bezeichnet!) in dieses Geschrei eingestimmt und „empfehlen Bonn ein Gesetz gegen Rassismus.“ Es war Maurice Glele-

Ahanhanzo, der UN-Berichterstatter Über Rassismus, der von der Bundesregierung ein solches „Anti-Rassismusgesetz“ forderte: „Glele-Ahanhanzo empfiehlt unter anderem ein Anti-Rassismusgesetz gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen in Unterkünften von Asylbewerbern.“ (HNA, 13.3.96)

Sogar Bürgerkriegsflüchtlinge (!) schließen sich diesen Äußerungen an. Der ruandische Autor Thomas Mazimpaka beispielsweise, „hat schwere Vorwürfe gegen die Bundesrepublik erhoben und sie als 'Land des Satans' kritisiert.“ (Fuldaer Zeitung, 19.8.98) Solche Bemerkungen dürfen natürlich ungestraft geäußert werden und zählen nicht als Beleidigung der Deutschen. Nebenbei bemerkt: Hätte ein Deutscher das Heimatland dieses Mannes als „Land des Satans“ bezeichnet, so wäre es sicherlich zu einem Gerichtsverfahren gekommen mit dem Ausgang einer Verurteilung aufgrund von „Ausländerfeindlichkeit“.

Im September 1997 ratifizierte Deutschland die Europäische Rahmenkonvention zum Schutze nationaler Minderheiten. „Damit verpflichtet sich Bonn, die in Deutschland lebenden Minderheiten vor Diskriminierung zu bewahren, ihre Sprache zu schützen und ihnen Grundrechte wie Versammlungs- und Religionsfreiheit zu gewähren. ... Auch soll ihre Teilnahme am 'wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben' gefördert ... werden. Sinti und Roma werden erstmals in Deutschland offiziell als Minderheit anerkannt und unter Schutz gestellt.“ (DIE WELT, 11.9.97) Die Abhängigkeit Deutschlands gegenüber dem Moloch „Europäische Union“ wird auch hier sehr deutlich, denn unser Land mußte „dem Europarat“ innerhalb eines Jahres „in einem Bericht darlegen, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Abkommens getroffen wurden.“ (ebd.) Werden wir also nicht schon längst von Brüssel regiert? Auch müßte man bei dieser Meldung kritisch hinterfragen, wann „Diskriminierung“ in den Augen der Behörden beginnt.

Tatsächlich sind wir heute schon soweit gekommen, daß gegen potentielle (!) Wähler „rechter“ Parteien bereits Drohungen ausgesprochen werden. Cornelia Schmalz-Jacobsen, die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung (FDP), sagte: „Funktionäre der rechten Parteien sind Brandstifter. Wer sie wählt, trägt dafür die Verantwortung.“ (BILD am SONNTAG, 20.9.98)

Das Wort „Brandstifter“ wird von den „Wächtern der öffentlichen Ordnung“ ganz besonders gerne verwendet. Ignatz Bubis warf Martin Walser, nach dessen Friedenspreis-Rede, gleichfalls „geistige Brandstiftung“ vor. „Bubis verglich die Äußerungen Walsers über den Holocaust und die deutsche Vergangenheitsbewältigung mit rechtsextremen (Anm.: andere scheint es heute nicht mehr zu geben!) Parolen.“ (Fuldaer Zeitung, 13.10.98) Daß man das Wort „Brandstifter“ verwendet, hat natürlich vor allem eine psy-



chologische Bedeutung. Bei vielen Zuhörern erzeugt man dadurch sofort eine Assoziation mit „brennenden Asylbewerberunterkünften“. „Holocaust“ bedeutet ebenfalls „Brandopfer“.

Wenn Politiker wie Jacobsen also solche Drohungen aussprechen, spielen sie mit den Empfindungen und Gefühlen der Menschen, die sich für eine demokratische Partei entscheiden wollen. (Verfassungsfeindliche Parteien werden zu Bundes- und Landtagswahlen bekanntlich nicht zugelassen!) Sie haben aber in einem Punkt recht: Aufgrund seines gottgeschenkten freien Willens, trägt jeder Bürger tatsächlich die Verantwortung für seine politische Entscheidung. Wenn er solche Parteien wählt, die auf den Untergang Deutschlands hinarbeiten, so ist *auch er* für diesen Untergang verantwortlich zu machen und hat die Konsequenzen dafür zu tragen. Gleichfalls wenn er Parteien wählt, die unter anderem die antichristliche europäische Einigung vorantreiben, einen unvorstellbar grausamen Völkermord an unseren ungeborenen Brüdern und Schwestern beschließen und tagtäglich gegen weitere Gebote Gottes verstoßen („Du sollst nicht lügen!“). Man muß auch hier sagen: Wer *solche* Parteien wählt, der trägt dafür auch die Verantwortung und wird Gott eines Tages Rechenschaft ablegen müssen. Es spielt keine Rolle, ob sich eine Partei nun „christlich“ oder „bibeltreu“ nennen mag, denn „an ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“. Jeder Mensch hat die Möglichkeit, zwischen *Wahrheit* und *Lüge* zu unterscheiden (vorausgesetzt, der Wille dazu wäre vorhanden).

Vereinzelt geht man ganz gezielt gegen bestimmte „rechtsextreme“ Parteien oder „Gruppierungen“ vor. Der NPD wird beispielsweise vorgeworfen, daß sie „einen Staat ohne Freiheit und Demokratie“ anstrebe. Das behauptet zumindest Reinhard Boos, der stellvertretende Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes. „Er läßt die NPD durch V-Leute beobachten. Boos: 'Wir betreiben eine konsequente Strafverfolgung. Aber eine Demokratie muß auch durch demokratisch bewußte Bürger geschützt werden.'" (BILD am SONNTAG, 20.9.98. Genau zu diesem Zweck wurde auch die vorliegende Schrift verfaßt: um die Bürger vor den Gefahren eines zukünftigen *Großen Bruder*-Staates und vor den bereits heute erkennbaren totalitären Tendenzen zu bewahren!)

Wenn man übrigens all die oben wiedergegebenen Meldungen der Presse sieht, so könnte man meinen, *daß gerade Ausländer* dieses, von gewalttätigen „Neonazis“ und „Rechtsextremisten“ scheinbar wimmelnde Land, mit seinen „unmenschlichen Asylbewerberunterkünften“ und „ausländerfeindlichen Bürgern“, doch um alles in der Welt meiden würden. Kurioserweise ist jedoch genau das Gegenteil der Fall:

„Deutschland bleibt in Europa das begehrteste Asylland“! (DIE WELT, 5.6.98) „Die organisierte Schleuserkriminalität an der Grenze zu Polen und

zur Tschechischen Republik boomt. 'Der hohe Anteil der gewerbsmäßig eingeschleusten Menschen ist ein neues Phänomen', sagte der Präsident des BGS-Präsidiums Ost, Bernd Walter." (Frankfurter Neue Presse, 20.7.98) „Professionelle Banden schleusen ... immer mehr Ausländer nach Deutschland ein. Das geht aus dem Bundesgrenzschutz-Jahresbericht 1996/97 hervor." (Fuldaer Zeitung, 23.10.98) „Großer Zustrom aus dem Kosovo ... Aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen aus dem Kosovo ist die Zahl der

*Der Ansturm auf Europa ist in vollem Gange. Die nachfolgenden Photos zeigen Flüchtlingsschiffe an der italienischen Küste:*



Asylbewerber in Deutschland im Oktober [1998] weiter gestiegen." (Fuldaer Zeitung, 6.11.98) „Immer mehr Schleuser an Tschechien-Grenze" (BILD, 16.12.98). Allein im Jahre 1997 stellten 104 400 Menschen einen Asylantrag in Deutschland. Und so ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß DIE WELT am 14.5.98 titelte: „Deutschland ist Zuwanderungsland".

Nach offiziellen Schätzungen stehen rund fünf Millionen Menschen bereit, um in naher Zukunft die Reise in den „goldenen Westen" (also Deutschland) anzutreten. Dabei wird „der Migrationsdruck in den Westen ... immer stärker: So wollen sich nach Geheimdienstinformationen allein in Rußland, Weißrußland und der Ukraine bis zu drei Millionen Menschen über das Baltikum nach Westeuropa absetzen. In der Türkei vermuten die Behörden bis zu einer Million illegal lebende Ausländer, deren eigentliche Zielländer ebenfalls in Westeuropa liegen. Und in Polen sollen es bis zu 500 000 Illegale sein, die auf gepackten Koffern sitzen. In Italien schließlich wird die Zahl der derzeit dort illegal lebenden Nicht-EU-Bürger auf bis zu 700 000 geschätzt. Ein Sonderaspekt ist, daß nach Angaben von Interpol jährlich etwa 10 000 Frauen aus Asien und Osteuropa allein in-

nerhalb der EU im Zusammenhang mit Menschenschmuggel zur Prostitution gezwungen werden." (DIE WELT, 11.5.98) Das ist das „Europa der Humanität“...

Aufgrund all dieser Informationen muß man also davon ausgehen, daß *zumindest* Ausländer die unzähligen Meldungen über den allgegenwärtigen „Rechtsextremismus“ und „braunen Sumpf in Deutschland gar nicht so ernst zu nehmen scheinen. Im Gegensatz zu vielen unserer irreführenden Landsleute wissen wenigstens *diese Menschen*, daß es *keine Ausländerfeindlichkeit* und *keinen Fremdenhaß* in Deutschland gibt. Sie wissen sehr wohl, daß Deutschland sogar das *ausländerfreundlichste* Land der ganzen Welt ist!

Daher bleibt festzuhalten, daß sich viele Obere unseres Vaterlandes wie eine „würdelose politische Klasse“ benehmen, „die wider besseres Wissen den Deutschen 'Fremdenfeindlichkeit' unterstellt, um leicht manipulierbare Wähler von der Wahl nationaler Parteien abzuschrecken“. Sie braucht sich daher „nicht zu wundern, daß das Image der Deutschen tief unter den Normalnullpunkt des eben noch erträglichen abfällt und uns die ausbeuterischen Unterentwickelten dieser Welt für reichlich dämlich halten. Sie fühlen sich geradezu magisch von diesem Schlaraffenland angezogen, in dem eine Humanitätsduselei, die nichts als Schwäche artikuliert, schon selbstzerstörerische Dimensionen angenommen hat. Wer den Grenzübergang in dieses Dorado aller Faulpelze der Welt geschafft hat, dürfte für sein Leben ausgesorgt haben und kann seelenruhig seine Füße unter die für alle vorläufig noch reichgedeckten deutschen Tische ausstrecken.“ (Gustav Sichelschmidt, Der Tanz auf dem Vulkan, S.53)

Auch kann niemand behaupten, daß sogenannte „Rechtsextreme“ und „Neonazis“ nicht die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekämen, wie unter anderem folgende Meldungen belegen:

„Haft für Neonazi - Schönborn muß über zwei Jahre hinter Gitter“ (Fuldaer Zeitung, 9.11.95)

„Angriff auf Ausländer - Betrunkene Bundeswehrsoldaten festgenommen“ (Fuldaer Zeitung, 19.3.97)

„Polizei geht rigoros gegen Rechtsextreme vor“ (DIE WELT, 16.8.97)

„Polizei löste Neonazi-Treffen in Museum auf“ (HNA, 29.6.98)

„Die Staatsanwaltschaft Schwerin hat Ermittlungen gegen den rechtsextremen [was auch sonst!] Manfred Roeder wegen des Verdachts auf Volksverhetzung eingeleitet.“ (DIE WELT, 25.8.98)

„NPD-Mitglied verurteilt - Wegen Gewaltverherrlichung ist ... Frank Schwerdt vom Berliner Landgericht zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Schwerdt hatte 2500 CDs der Skinhead-Band 'Die Volksverhetzer' auf den Markt gebracht.“ (Fuldaer Zeitung, 30.10.98)

Die deutsche Justiz verfolgt selbst ausländische (!) Neonazis und potentielle „Rechtsextreme“. Vor einigen Jahren wurde der Amerikaner Gary Rex Lauck in Dänemark verhaftet und der hiesigen Staatsgewalt überstellt. „Die deutsche Justiz verfolgt ihn seit Jahren, konnte ihm aber nichts anhaben, weil das Verbreiten von NS-Propaganda in den USA nicht verboten ist.“ Im März 1995 wurde er „in Kopenhagen verhaftet und im September nach Hamburg ausgeliefert.“ Dort wurde er in einem „Volksverhetzungsprozeß“ zu einer langjährigen Freiheitsstrafe in Deutschland verurteilt, obwohl sein Anwalt, der Frankfurter Rechtsanwalt Hans-Otto Sieg, geltend machte, daß das deutsche Auslieferungersuchen den juristischen Anforderungen überhaupt nicht entsprochen hatte! (Fuldaer Zeitung, 10.5.96) Die deutsche Justiz verlangte außerdem bereits die Auslieferung des Franzosen Jean Marie Le Pen, des erfolgreichen Führers der (natürlich ebenfalls „rechts-extremen“ Partei) „Front National“ in Frankreich. Anderen „Rechtsextremen“, wie dem international angesehenen, englischen Schriftsteller David Irving, verweigert man bereits im Vorfeld die Einreise nach Deutschland.

Aber es sind beileibe *nicht nur* nationale Parteien und einzelne (mutmaßliche) „Neonazis“ bzw. „Rechtsextreme“, die längst ins Fadenkreuz der Behörden geraten sind. Selbst Priester (!) sind vor den Mühlen der „Politischen Korrektheit“ und den „Wächtern unserer öffentlichen Ordnung“ nicht mehr sicher, wie der Fall eines katholischen Ortspfarrers aus Kiefersfelden beweist. Ihm wurde vorgeworfen, eine „moslemische Asylbewerberfamilie telefonisch und mit anonymen Briefen ... terrorisiert zu haben. ... Die Staatsanwaltschaft war dem Ortspfarrer mit Hilfe einer Fangschaltung (!) auf die Spur gekommen. ... Der Pfarrer soll sich schon früher des öfteren ausländerfeindlich (!) geäußert haben.“ (Fuldaer Zeitung, 18.2.97; Anm. v. Verf.) Die Folge seines Verhaltens: Der 68jährige Benediktinerpater mußte schließlich seinen Rücktritt einreichen.

Wie repressiv die Staatsgewalt gegen mutmaßliche (!) „Ausländerfeinde“ vorgeht, entnehmen wir einem Zwischenfall, der sich im Oktober 1998 in einer kleinen Gemeinde in der hessischen Rhön ereignete. Dort kam es nachts zu einem Krawall vor einer Asylbewerberunterkunft. Die Polizei reagierte sofort und nahm drei junge Männer vorläufig fest. Der Vater eines der Beschuldigen reichte kurze Zeit später jedoch „beim hessischen Innenminister Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Fuldaer Polizeidirektor Herrmann Bangert und den Leiter der Schutzpolizei, Günther Voß,“ ein. „Gegenüber der FZ (Anm.: Fuldaer Zeitung) erklärte der Vater, ein von ihm eingeschalteter Rechtsanwalt habe nach Akteneinsicht versichert, es gebe keine Verdachtsmomente (!), daß sein Sohn sich in der fraglichen Nacht strafbar gemacht habe. Der Polizei wirft der Vater des vorläufig Festgenommenen vor, sie habe wahllos (!) drei Leute aus einer Gruppe herausgegriffen, die sich vor der Asylbewerberunterkunft versammelt hatte.

Nach einer kurzzeitigen Freilassung sei sein Sohn dann am Samstag, 17. Oktober, gegen elf Uhr von der Kripo erneut festgenommen (!) und in Handschellen abgeführt worden. Zuvor hätten die Beamten ohne Durchsuchungsbefehl (!) die Räume und das Fahrzeug seines Sohnes inspiziert. (Anm.: Vielleicht hofften sie ja, dabei auf „rechtsradikales“ Propagandamaterial zu stoßen, was sie dem jungen Mann dann ebenfalls zur Last hätten legen können.) Sein Sohn sei dann bis zum Sonntag, 18. Oktober, gegen 14.30 Uhr im Polizeigewahrsam geblieben, obwohl der 21jährige weder vorbestraft sei sowie einen festen Wohnsitz und einen Arbeitsplatz nachweisen konnte. Sein Sohn habe keine Möglichkeit erhalten, den aus dem Urlaub zurückgekehrten Eltern seinen derzeitigen Aufenthaltsort mitzuteilen.“ (Fuldaer Zeitung, 28.10.98; Anm. v. Verf.)

Fazit: Liegen „ausländerfeindliche Straftaten“ vor, so reichen offensichtlich bereits *Verdachtsmomente* aus, um die Grundrechte eines potentiellen „rechtsextremen“ (deutschen) Jugendlichen außer Kraft zu setzen. Um die „Wächter unserer öffentlichen Ordnung“ zufriedenzustellen, muß man schließlich möglichst rasch Erfolge vorweisen. Was zählt es da schon, ob vielleicht der Falsche in der Gefängniszelle sitzen muß? Auch erfuhr man bereits von Fällen, in denen Personen einer Tat beschuldigt wurden, weil sie bedauerlicherweise eine falsche (nämlich Kurzhaar-)Frisur trugen. (Mir persönlich ist ein Fall bekannt, bei dem eine junge Frau mit „Glatze“ in der Fuldaer Innenstadt mit den Worten: „Schämst Du Dich nicht?“ angesprochen wurde. Offensichtlich rechnete man sie der „Skinhead-Szene“ zu. Wie hätte ihr Gegenüber auch ahnen können, daß die junge Frau gerade eine schmerzhafteste Chemotherapie hinter sich hatte, aufgrund deren ihr die Haare ausgefallen waren.) Soweit sind wir bereits *heutel* In der Tat können die Hintermänner der Politik auf ihr zerstörerisches Werk stolz sein.

Wir müssen also feststellen, daß die deutsche Staatsgewalt heute mit *ganzer Härte* gegen den (mutmaßlichen oder tatsächlichen) „Rechtsextremismus“ vorgeht. Und trotzdem scheint dies immer noch nicht auszureichen, wie uns Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), die seinerzeitige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, noch kürzlich versicherte. Sie sprach davon, daß der Staat noch „**wesentlich repressiver werden**“ müsse. „Man dürfe den DVU-Erfolg in Sachsen-Anhalt nicht als Protestwahl abtun. 'Die demokratischen Parteien müssen **entschiedener als bisher** nicht nur rechts-extreme Parteien, sondern **auch rechtsextremes Gedankengut bekämpfen.**'“ (HNA, 14.5.98; Herv. v. Verf.)

Mit dieser Aussage ließ Schmalz-Jacobsen die Katze aus dem Sack. Wenn in unserem Staat (wohlgemerkt: *in einer angeblichen Demokratie und nicht in einem kommunistischen oder diktatorischen Staat!*) demnächst bereits die *Gedanken* der Menschen überwacht und bekämpft (!) werden sollen, so wissen wir nun endgültig, in welcher Zeit wir leben. Die „Gedankenpolizei“,

vor der uns George Orwell in seinem Roman „1984“ vor über 50 Jahren warnte, steht bereits in den Startlöchern. Schlagen wir in diesem Werk des berühmten englischen Schriftstellers nach, so entdecken wir Parallelen zur unmittelbaren Gegenwart. Worum ging es in „1984“? Um einen allgegenwärtigen totalitären Staat, der die menschliche Individualität unterdrückt. Mittels eines perfekten Überwachungsapparates wurden sogar die Empfindungen der Menschen kontrolliert. Denken, fühlen, handeln und sich vergnügen waren strengstens verboten. Und heute? Im freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte sollen, nach dem ausdrücklichen Wunsch der Ausländerbeauftragten unserer eigenen Bundesregierung, demnächst *ebenfalls* unsere Gedanken *überwacht*, und bei Bedarf sogar *bekämpft*, werden ...

Daß die „rechtsextreme Gefahr“ in Wirklichkeit nur ein Scheinargument ist und von den Hintermännern der Weltpolitik künstlich hochgespielt wird, um mithilfe der „Faschismus-Keule“ den antichristlichen *Großen Bruder-Staat* ausbauen und gegenüber dem Einzelnen noch repressiver auftreten lassen zu können, belegen folgende vier Meldungen eindeutig:

Gegenüber 1994 nahmen die politisch motivierten Straftaten im Jahre 1995 deutlich ab: „Die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten von Rechts- und Linksextremisten ist nach Angaben von Innenminister Manfred Kanther (CDU) im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Mit knapp 44 Prozent sei der Rückgang der rechtsextremen Gewalt besonders stark ...“ (Fuldaer Zeitung, 25.5.96)

Unter der Überschrift „Rechtsextreme und RAF fast bedeutungslos“ konnte man in der Fuldaer Zeitung (5.2.97) von Generalbundesanwalt Kay Nehm erfahren, daß „RAF und Rechtsextremismus ... gleichermaßen fast bedeutungslos geworden“ seien. „Es ist insgesamt ruhiger geworden“, sagte Nehm.

Auch die Polizei äußerte sich zum Thema einer angeblichen „rechten“ Bedrohung: „Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hat einen Bericht angezweifelt, wonach die rechtsextremen Straftaten 1997 zugenommen haben.“ (Fuldaer Zeitung, 21.4.98)

Und schließlich noch eine Meldung zu unserer ebenfalls in die (Negativ-)Schlagzeilen geratenen Bundeswehr. Verteidigungsminister Rühle sagte: „Rechtsextreme in [der] Bundeswehr sind Einzelfälle!“ (HNA, 1./2.5.98)

Es sollte damit ein für allemal deutlich geworden sein, daß es in unserem Land *keine* allgegenwärtige „rechtsextreme“ Gewalt und *keine* latente „Ausländerfeindlichkeit“ geben kann, wenn selbst Experten dies verneinen. Und trotzdem erdreistet sich Schmalz-Jacobsen, bereits von der Bekämpfung „rechtsextremen“ *Gedankengutes* zu sprechen. (Zudem kursieren hierzulande immer mehr Aufkleber mit Aufschriften wie „NEIN! ZUM AUSLÄNDERHASS“ und entfachen die Massenmedien einen noch nie dagewesenen Propaganda-Sturm gegen „Die Fremdenfeindlichkeit“.)

Wir sollten uns also vor all jenen Menschen in acht nehmen, die (wider besseres Wissen) vor einem „Rechtsextremismus“ warnen, ohne wenigstens *gleichzeitig* auf den *Linksextremismus* und die *Ausländerkriminalität* einzugehen bzw. auf die Gefahren des *subversiven Kommunismus* hinzuweisen. Zudem stellt sich uns natürlich die Frage, *wer* überhaupt ein Interesse daran haben könnte, diesen „Rechtsextremismus“ permanent gleichsam als Teufel an die Wand zu malen. Wer außer den Geheimen Oberen könnte dies sein, die um die Aufdeckung ihrer satanischen Pläne fürchten und von daher all ihre potentiellen Gegner mithilfe solcher Schlagworte bereits im Vorfeld zum Schweigen bringen, oder aber wenigstens als „Buhmänner“ hinstellen wollen?

Gustav Sichelschmidt geht ebenfalls darauf ein, mit welchen Methoden nationalbewußte Menschen in Deutschland immer drastischer diffamiert und ausgegrenzt werden: „Man verfertigt am laufenden Band Negativschlagzeilen über sie, obwohl man in jedem Verfassungsschutzbericht, den man nicht nur wie eine spannende Science-Fiction-Lektüre herunterlesen sollte, schwarz auf weiß nachprüfen kann, daß der in seiner Gewalttätigkeit kaum zu übertreffende Linksextremismus die noch weit weniger 'routinier-ten Kollegen' von der rechten Front glatt um das Zehnfache überflügelt.“ (Der Tanz auf dem Vulkan, S.152)

Auf die Frage, „warum die Menschen diese dreisten Lügen dann nicht schon längst durchschaut haben“, liefert uns Sichelschmidt ebenfalls die passende Antwort: „Neben der Dummheit, die in diesem Lande in einem geradezu genial gesteuerten Verblödungsprozeß wahre Rekordhöhen erreicht hat, ist es die allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber den gravierenden Verfallserscheinungen, die den letzten Patrioten noch zu schaffen macht.“ (ebd., S. 113)

Wovon Otto Normalverbraucher *auch* nichts erfährt, sind die Methoden, mit denen die Behörden gegen sogenannte „Rechtsextremisten“ und „Neonazis“ bereits seit Jahren vorgehen. Beschäftigt man sich eingehender mit diesem Thema, so stellt man fest, daß die *Ausgrenzung* und *Unterdrückung* von Menschen nationaler Gesinnung immer bedenklichere Formen annimmt. Da wird beispielsweise auf Arbeitgeber und/oder Vermieter Druck ausgeübt, um der unliebsamen Person den Arbeitsplatz bzw. die Wohnung zu kündigen. Unsere gleichgeschalteten Medien unterschlagen solche Informationen natürlich, da diese Berichte nicht zum Gesamtbild einer demokratisch-freiheitlichen Grundordnung passen würden. Oftmals reicht bereits eine falsche *Meinung* oder ein falsches *Wort*, um in die Mühlen der „Politischen Justiz“ und ins Fadenkreuz der „Wächter unserer öffentlichen Ordnung“ zu geraten.

Nachfolgend einige Meldungen aus der Presse, die immerhin Anlaß zum Nachdenken geben:

„Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie fordert Unternehmen auf, gegen Extremisten in den Betrieben vorzugehen und gegebenenfalls auch zu entlassen. Er rät dazu, 'Extremisten zu behandeln wie Mitarbeiter, die Frauen sexuell belästigen'." (Deutsche Presse-Agentur, 2.9.92; zit. nach VA WS-Pressbüro West, Unter falscher Flagge, S.1 16)

„Ausländerfeindliches Verhalten in einem Betrieb ist ein Entlassungsgrund. ... Die Begründung des Gerichts: Ein Arbeitgeber muß Entwicklungen im Betrieb, die geeignet sind, eine ausländerfeindliche Stimmung zu erzeugen, wirksam begegnen." (Fuldaer Zeitung, 26.11.97) Durch diese Maßnahme könnte die Existenz des mutmaßlichen „Rechtsextremen" vernichtet werden.

„Rechtsradikale Schüler, die Mitschüler bedrohen, dürfen von der Schule verwiesen werden. Dies entschied das Verwaltungsgericht Braunschweig in einem Eilverfahren." Nachforschungen hatten ergeben, „daß die Jugendlichen mehrfach den Hitlergruß gezeigt und während des Unterrichts ausländerfeindliche Lieder abgespielt hatten." (HNA/Kassel, 23.7.98) Wer entschiedeteigentlich darüber, welcher Jugendlicheals „rechtsradikal" eingestuft wird. Warum heißt es in dieser Mitteilung nicht: „Brutale Schüler, die Mitschüler bedrohen ... „? Warum muß immer wieder der Hinweis auf „rechtsradikal" erfolgen, obwohl die Tatsachen oftmals ganz anders aussehen?

„Für rechten Verlag - Kein Zuschuß vom Arbeitsamt", lautete eine weitere Schlagzeile der Presse. Im anschließenden Bericht erfahren wir, daß das Arbeitsamt Erfurt „laut Bundesanstalt für Arbeit die Lohnkostenzuschüsse an den rechten Zeitungsverlag 'Neues Denken' in Erfurt eingestellt" hat. (Fuldaer Zeitung, 27.5.98) Sogenannte „rechte" Gesinnung soll vor allem finanziell schachmatt gesetzt werden.

„Rechte dürfen keine Liste bilden - Erneut einstimmig abgelehnt haben die Mitglieder des siebenköpfigen Landeswahlausschusses eine Listenverbindung von DSU, Republikanern und Demokratischer Erneuerung. Als Gründe dafür wurden Formfehler bei der Anmeldung durch die Republikaner angegeben." (Fuldaer Zeitung, 2.4.98) Durch solche Maßnahmen soll eine „Bündelung der Kräfte" verhindert werden.

„DVU und NPD bekommen keine Jungwählerdaten - Das Schweriner Verwaltungsgericht hat die Forderung der rechtsextremen Parteien DVU und NPD auf Herausgabe von Jungwählerdaten abgelehnt.... Ei nen Anspruch auf die Adressen der Wähler im Alter von 18 bis 30 Jahren hätten" die beiden Parteien „nur, wenn die Daten auch anderen Parteien zur Verfügung gestellt worden wären. Das sei aber nicht der Fall." (DIE WELT, 22.7.98)

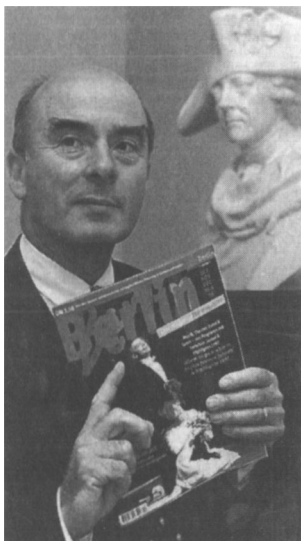
„Die 'Hamburger Morgenpost' meldet am 2.12.92: 'Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger will das Schreiben und Singen von



Neonazi-Liedern mit hohen Strafen, im Extremfall sogar mit lebenslanger Haft ahnden lassen." (Hamburger Morgenpost, 2.12.92; zit. nach VAWS-Pressbüro West, Unter falscher Flagge, S. 117)

„Fünf junge Männer sind nach 'Sieg Heil'-Rufen in Potsdam-Babelsberg in Polizeigewahrsam genommen worden. Die Beamten hatten die stark alkoholisierten Männer im Alter von 17 bis 26 Jahren nach Bürgerhinweisen in einer Wohnung gestellt. Die Polizei stellte mehrere Tonträger mit rechtsradikalem Inhalt sicher. Gegen die Männer wurde Anzeige wegen Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen erstattet." (Fuldaer Zeitung, 23.12.97. Hat man dem gegenüber schon einmal gehört, daß Menschen, die beispielsweise „Deutschland verrecke!“ riefen, in Polizeigewahrsam genommen worden wären?)

Lassen wir es mit diesen Beispielen bewenden. Sie machen deutlich, daß im modernen Deutschland eine regelrechte Hätz gegen alle potentiellen „Nationalisten“ bzw. „Rechtsextremisten“ eingesetzt hat.



*Das hier ist ein freimaurerisches Signalphoto von Jörg Schönbohm, der das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit verbieten will.*

Auch ist die „Bekämpfung des Gedankengutes“ bei weitem nicht die einzige Forderung, die im Auftrag der „Wächter unserer öffentlichen Ordnung“ verkündet wurde. Längst wird auch schon davon gesprochen, das „Grundrecht auf Versammlungsfreiheit“ einzuschränken bzw. ganz abzuschaffen: „Nach den Ausschreitungen bei Demonstrationen von Links- und Rechtsextremen am 1. Mai in Berlin und Leipzig wird der Ruf nach einem Verbot solcher Veranstaltungen laut. Der Berliner Innensenator Schönbohm (CDU) sagte gestern, wenn die Umzüge wieder in Gewalt umschlagen, müsse man überlegen, ob man sie nicht verbieten könne.“ (DIE WELT, 4.5.98) Nachdem wir, natürlich nur aufgrund des „Organisierten Verbrechens“, bereits auf Artikel 13GG (Unversehrtheit der Wohnung) verzichten müssen, wird hier bereits die Abschaffung eines weiteren Grundrechts in Erwägung gezogen. Um solch

einer schwerwiegenden Forderung Nachdruck zu verleihen, benötigt man lediglich einige (bezahlte) „linksextreme“ Schläger, die zu friedlichen Veranstaltungen beordert werden, um für Unruhe zu sorgen. Damit bringt man alle dort teilnehmenden Menschen in Verruf. Gleichzeitig schickt man die Medien vor Ort, um die (angeblich) wahren Übeltäter in Schrift und Bild festzuhalten: die „rechtsextremen Gewalttäter“! Außer dem „Organisierten

Verbrechen" und den „Terroristen" sind sie die Hauptsündenböcke unserer Zeit.

Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Jäger (CDU) geht bei der „Bekämpfung des Rechtsextremismus" sogar noch weiter. Er forderte bereits „eine Art KZ für 'Rechte'" (Unabhängige Nachrichten, Juli 1997; Hinweis: Die Vereinigten Staaten sind uns *zumindest* in dieser Beziehung einen großen Schritt voraus, denn dort gibt es bereits riesige Konzentrations- und Internierungslager, die für alle Gegner der Neuen Weltordnung [also Christen und Patrioten] bestimmt sind. Näheres zu diesem Thema in meiner Schrift „Die USA in der Hand des Großen Bruders".)

Fazit: Das Phantom „Rechtsextremismus" wird heute dazu mißbraucht, Teile unserer *grundgesetzlich* geschützten Rechte abschaffen zu können.

Zum ausgehenden Jahrtausend bahnen sich in Deutschland totalitäre Tendenzen den Weg. Man muß die Fragen stellen, ob in unserem Land nicht bereits längst „Gesinnungsjustiz" herrscht und ob nationale Menschen bzw. Parteien überhaupt noch die Möglichkeit haben, sich in der Öffentlichkeit auf demokratischem Wege Gehör zu verschaffen. Tagtäglich schwingen die Medien die „Faschismuskeule" und werden die Massen immer mehr dahingehend konditioniert, daß sie ihr Land und alle Patrioten zu hassen haben.

(Ausdrücklich sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß es hier nicht um die *Rechtfertigung* irgendwelcher vermuteter oder tatsächlicher rechter Straftaten oder Ansichten geht. Dem Leser soll lediglich aufgezeigt werden, mit welcher Entschlossenheit die Staatsgewalt in unserem Land gegen solche Vorfälle angeht. Niemand könnte in diesem Zusammenhang noch von einer „nachsichtigen Justiz" sprechen. Im Gegenteil. Eher hat es den Anschein, als ob die Behörden schon repressiv gegen Nationalisten und Patrioten vorgehen. Von daher geht es um die Verteidigung unserer Freiheit und unserer Grundrechte.)

Jährlich werden in Deutschland rund 6,5 Millionen Straftaten verübt. Klären wir jetzt anhand der *Tatsachen*, wer für einen *Großteil* dieser Verbrechen tatsächlich verantwortlich zu machen ist. Die Polizei Statistiken belegen eindeutig, daß die Bedrohung *nicht* von rechts, sondern aus einer ganz anderen „Richtung" kommt. *Vereinzelt* erfährt man auch aus der *regionalen Tagespresse* von den wahren Übeltätern und deren Machenschaften in unserem Land. Betrachten wir uns dazu lediglich fünf Meldungen zum Straftatbestand der „sexuellen Nötigung" bzw. Vergewaltigung (alle Herv. v. Verf.):

„**Pakistani** forderte 13jährige zum Beischlaf auf - 'Steig jetzt ein, ich will mit dir schlafen', sagte ein 27jähriger pakistanischer Asylbewerber (!) wiederholt zu einer 13jährigen aus Fulda, nachdem er mit einem Renault 5 am Aschenberg neben dem Mädchen gehalten und die Beifahrertür geöffnet hatte." (Fuldaer Zeitung, 31.10.97; Anm. v. Verf.)

„Ein 14 Jahre altes Mädchen aus Eichenzell ist am Dienstag, 19. Mai [1998J, in einer Wohnung in der Fuldaer Lindenstraße von einem 25jährigen **Kosovo-Albaner** vergewaltigt worden. Die Polizei konnte den Mann und seinen Komplizen (einen weiteren Kosovo-Albaner) festnehmen. Da beide einen festen Wohnsitz nachweisen konnten, wurden sie auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Fulda wieder freigelassen (!).“ (Fuldaer Zeitung, 22.5.98; Anm. v. Verf.)

„Wurde ein 14jähriges Mädchen in der Nacht zu Dienstag, 9. Mai [1998J, beim Lauterbacher Prämienmarkt in einem Schaustellerwohnwagen auf dem Festplatz vergewaltigt? Die Polizei sucht in diesem Zusammenhang einen etwa 30jährigen **Polen**, der bei Schaustellern aushalf.“ (Fuldaer Zeitung, 13.6.98)

„Wegen der Vergewaltigung einer Schülerin sind zwei **türkische Jungen** im Alter von 14 und 16 Jahren in Gießen in Untersuchungshaft genommen worden. Nach einer Mitteilung der Polizei ... haben die beiden aus Gießen und Langgöns stammenden Jugendlichen gestanden, ein 15jähriges Mädchen am 17. Juli [1998] auf einem Gießener Schulhof sexuell mißbraucht zu haben.“ (Fuldaer Zeitung, 28.7.98)

„Wegen des dringenden Verdachts, eine 15jährige Schülerin aus Bad Soden-Salmünster in ihre Gewalt gebracht und auf brutale Weise über mehrere Stunden gemeinsam mehrfach vergewaltigt zu haben, hat die Kripo ... vier Männer im Alter zwischen 18 und 21 Jahren aus Steinau und Bad Soden-Salmünster festgenommen. ... Nach Angaben der Polizei in Hanau handelt es sich bei den Tatverdächtigen um **Rußlanddeutsche** ... „ (Fuldaer Zeitung, 13. 11.98)

Diese Meldungen sind leider keine Ausnahmen, denn aus dem gesamten Bundesgebiet lassen sich weitere Beispiele anfügen. Die Opfer sind meist (minderjährige) deutsche Mädchen, die von einigen unserer „Gäste“ belästigt und oftmals sogar brutal vergewaltigt wurden. Ausdrücklich sei an dieser Stelle jedoch darauf hingewiesen, daß dies natürlich *nicht* bedeuten soll, daß es sich bei *jedem* Polen, Türken oder Kosovo-Albaner um einen Vergewaltiger handelt. Es soll nur aufzeigen, daß es durchaus viele solcher Straftäter in unserem Land gibt, obwohl dieses Thema in den elektronischen Medien (also überregional!) weitgehend tabuisiert und totgeschwiegen wird. Tatsächlich sind nur „bei etwa 5,6 % der Straftaten ... Ausländer Opfer von deutschen Straftätern. Deutsche sind rund dreimal häufiger Opfer von Straftaten durch Ausländer als umgekehrt“, schreibt Roland Bohlinger. (Informations- und Dokumentationsdienst, Ausgabe Nr. 16,1997 - Folge 2,0934)

Aber *warum* hören wir über diese schrecklichen Vorfälle eigentlich *nichts* in den 20-Uhr-Nachrichten? Zählen *deutsche* Mädchen, die von ausländischen Kriminellen (unter anderem Asylbewerbern!) vergewaltigt oder sexu-

eil belästigt werden, in den Augen der hiesigen Medien-Herren und deutschen (!) Politiker denn überhaupt nichts? Dürfen *diese* Opfer im Rahmen der sogenannten „Politischen Korrektheit“ etwa nicht erwähnt und bedauert werden? Und sind dies die „Nebenerscheinungen“ und der Preis, den wir alle für die Etablierung der (von den Geheimen Oberen) so sehr gewünschten „multikulturellen Gesellschaft“ zu zahlen haben? Leider sieht es ganz danach aus.

Nur am Rande sei die Frage gestellt: Was wäre eigentlich geschehen, wenn drei „Rechtsextreme“ ein 14jähriges albanisches Mädchen mißhandelt, oder zwei Leipziger „Neonazis“ ein 13jähriges afrikanisches Mädchen vergewaltigt hätten? Wie hätten die Medienoberen und Politiker in *solch* einem Fall reagiert? Sicherlich wären wir (zu Recht!) über diese Fälle tagelang (wenn nicht gar wochenlang) in *allen* Medien informiert worden. (Es sei an dieser Stelle nur an den französischen Polizisten erinnert, der während der Fußball-WM von deutschen [von wem auch sonst!] Hooligans schwer verletzt wurde, was in den Medien monatelang „ausgeschlachtet“ werden konnte und bei unserer Bevölkerung eine riesige Spendenflut zur Folge hatte!). Gerechtigkeit sollte aber für *alle* Opfer von Gewaltkriminalität gelten!

Offensichtlich werden gerade *deutsche* Mädchen und Frauen im modernen Deutschland regelrecht als „Freiwild“ betrachtet. Zwei weitere Meldungen bestätigen diese Vermutung: „Eine 30 Jahre alte Frau wurde in einem Maisfeld bei Wölfersheim vergewaltigt. Die Frau hatte nach Mitteilung der Polizei mit ihrem Freund eine Party besucht, war dann aber alleine nach Hause gegangen. Ein Autofahrer hielt an, verfolgte sie zu Fuß und stieß die 30jährige in das Feld neben einer Bundesstraße. Mit vorgehaltenem Messer verging sich der farbige (!) Täter an seinem Opfer. Danach flüchtete der Unbekannte.“ (Fuldaer Zeitung, 26.8.96; Anm. v. Verf.)

„Eine 34jährige Altenpflegerin ist... in Bad Hersfeld an der Fulda vergewaltigt worden. Die junge Frau fuhr eine 94jährige im Rollstuhl durch das Auengelände. Die beiden Verbrecher drohten ihrem Opfer damit, die alte Frau zu töten, falls es sich wehren oder schreien würde. Die beiden Täter waren in einem älteren, dunkelgrauen Daimler Benz (!) zum Tatort gefahren. ... Ein Täter griff sich den Rollstuhl und schwenkte die 94jährige umher, der andere Mann griff sich die 34jährige und vergewaltigte sie bei einem Brückenpfeiler. Die junge Frau erlitt einen Schock.... Bad Hersfelds Polizei-Pressesprecher Norbert Sehl üter bezeichnete die Umstände der Tat als absolut menschenverachtend. ... Wer kennt den Sittenstrolch? Er sprach deutsch mit ausländischem Akzent (!) ... Auch sein Komplize sprach mit ausländischem Akzent (!).“ (Fuldaer Zeitung, 22.5.98; Anm. v. Verf.)

Wenn solche oder ähnliche Vorfälle in der regionalen Tagespresse von Zeit zu Zeit erwähnt werden, geraten sie beim Leser ebenso schnell wieder

in Vergessenheit. An die einzelnen Opfer denkt nach kurzer Zeit kaum noch jemand. Die Geschädigten jedoch, leiden oftmals noch viele Jahre an den Folgen solch grausamer Straftaten. Sie müssen mit der bitteren Tatsache fertig werden, von einem brutalen Verbrecher vergewaltigt worden zu sein, der sich als Gast in unserem Land aufhielt und auch noch die hiesigen (finanziellen) Vorteile in Anspruch nehmen durfte. Zum direkten Vergleich dazu, was in anderen Ländern geschieht: „Ein iranisches Berufungsgericht hat das Todesurteil gegen den Hamburger Geschäftsmann Helmut Hofer (56) vom Januar [1998] wegen einer angeblichen außerehelichen sexuellen Beziehung zu einer 30 Jahre jüngeren Moslemin bestätigt.“ (DIE WELT, 12.10.98) Man bedenke: eine angebliche (!) (nicht einmal nachweisbare) Beziehung und schon gar keine Vergewaltigung. Und dafür soll der mutmaßliche deutsche „Täter“ die Todesstrafe erhalten! Andere Länder, andere Sitten...

Selten wird von Politikern auch die Asylpraxis in Deutschland kritisiert, die anscheinend für solche schlimmen Vorkommnisse mitverantwortlich ist. „Die Horrorfahrt einer jungen Frau aus dem Vogelsberg, die sich fünf Stunden in der Gewalt eines Asylbewerbers befand und von diesem beleidigt, geschlagen, getreten und gewürgt wurde ... , war für Landrat Fritz Kramer Anlaß, bei der Ausländerbehörde nachzufragen, ob der Marokkaner bekannt sei. Die Antwort' wirft ein bezeichnendes Licht auf die völlig unbefriedigende Asylpraxis in unserem Land'. Kramer: 'Den Behörden sind die Hände gebunden.' (Wer hat eigentlich dafür gesorgt, daß den Behörden die Hände gebunden sind?) Laut Kramer reiste der Mann am 23. Dezember 1991 nachweislich ohne Paß oder sonstige Identitätspapiere in die Bundesrepublik ein. Sein Asylantrag wurde am 3. Dezember 1993 als offensichtlich unbegründet abgelehnt (man hatte diesen Mann also bereits zwei Jahre auf Kosten des Steuerzahlers unterhalten). Er wurde aufgefordert, Deutschland innerhalb einer Woche zu verlassen.... Vom 20. Juli 1994 bis Oktober 1995 war der Marokkaner untergetaucht. Am 23. Oktober 1995 stellte er einen Asylfolgeantrag, der mit Bescheid vom 29. Dezember 1995 ebenfalls abgelehnt wurde. Die Ablehnung des Folgeantrages ist seit dem 28. Februar 1996 rechtskräftig. Da der Mann der Aufforderung zur freiwilligen Ausreise nicht nachkam, beantragte die Ausländerbehörde beim Generalkonsulat seines Heimatlandes bereits am 17. August 1994 die Ausstellung von Ersatzpapieren. Ohne diese Unterlagen kann laut Kramer der Mann nicht abgeschoben werden. Dieser Brief blieb ebenso wie fünf Erinnerungsschreiben unbeantwortet.

Kramer nennt es in seiner Pressemitteilung unbegreiflich, daß diplomatische Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik es über Jahre nicht für nötig halten, auf offizielle Anfragen und Ersuchen zu reagieren.

(Daran erkennt man, daß viele Länder unseren Staat offensichtlich überhaupt nicht mehr ernst nehmen!)

Während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik beging der Nordafrikaner eine Reihe von Straftaten. (Vielleicht war sein Heimatland ja auch froh, diesen kriminellen Bürger endlich losgeworden zu sein!) So handelte er unter anderem mit Rauschgift, trat bei mehreren Eigentumsdelikten in Erscheinung, machte sich der vorsätzlichen Körperverletzung und der Sachbeschädigung schuldig, leistete Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und versuchte, sich durch Urkundenfälschung eine Aufenthaltserlaubnis zu erschleichen (anscheinend fürchtet er sich nicht vor irgendwelchen „Rechten“ in Deutschland, und es wird auch deutlich, warum sein Heimatland kein großes Interesse an der Heimkehr des Landsmannes hat). In sechs Fällen wurde er rechtskräftig verurteilt, unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Trunkenheit im Verkehr, Sachbeschädigung, Diebstahl und Urkundenfälschung.“ (Fuldaer Zeitung, 22.8.98; Anm. v. Verf.) Übrigens: Im modernen Deutschland läuft Fritz Kramer bereits Gefahr, als „Rechtsextremer“ titulierte oder gar als „geistiger Brandstifter“ bezeichnet zu werden, wenn er die Asylpraxis in Deutschland kritisiert.

Beispiele für diese lächerliche Asylpraxis anzuführen, bedeutet im Grunde genommen, „Eulen nach Athen“ zu tragen. Nur ein weiterer repräsentativer Fall sei darum noch herausgegriffen: „900 Mark erbeutete ein 26jähriger Mann mit einem Griff in die Ladenkasse eines Fuldaer Geschäftes. ... Bei dem Täter, der bereits mehrfach durch Eigentumsdelikte aufgefallen ist, handelt es sich um einen algerischen Staatsangehörigen aus dem Landkreis Fulda. Wie die Polizei mitteilt, hat der Mann keine Ausweisdokumente und wird deshalb nicht in sein Heimatland abgeschoben.“ (Fuldaer Zeitung, 14.6.97) Kriminellen Ausländern stehen unzählige Möglichkeiten offen, um nicht aus Deutschland abgeschoben werden zu können, aber *genau das war ja auch im Sinne des (eigentlichen) Erfinders*!

Jedes Jahr kommen über 100 000 weitere Asylanten (wobei natürlich nicht *alle* kriminell oder Wirtschaftsflüchtlinge sind!) nach Deutschland. Allein im Oktober 1998 stieg die Zahl der Asylbewerber auf 10 551 an. „Das war der höchste Stand seit Januar 1994, teilte das Bundesinnenministerium ... in Bonn mit.“ (Fuldaer Zeitung, 6.11.98; Nebenbei bemerkt: *Monatlich* kommen im Durchschnitt auch rund 12 000 sogenannte „Spätaussiedler“ nach Deutschland und jährlich strömen etwa 200 000 Illegale in unser Land!) Ständig wird von neuen „Flüchtlingswellen“ an Italiens Küsten gesprochen: „Waren es in den Vorjahren vor allem die Albaner und Kurden, die ins Land drängten, sind es dieses Mal insbesondere nordafrikanische Flüchtlinge, die auf der Suche nach einem besseren Leben oder auf der Flucht vor Verfolgung an den Küsten Süditaliens landen.“ (DIE WELT,

31.7.98) Viele dieser Menschen werden anschließend ins „gelobte Sozialland“ Deutschland einströmen. In der Sendung „Talk im Turm“ vom 22.11.98 informierte der neue Innenminister Otto Schily den Fernsehzuschauer darüber, wieviele Ausländer allein im Jahr 1997 nach Deutschland einwanderten: rund 750.000 Menschen.



Alltag vor deutschen Ausländerbehörden. (Frage: Haben diese Menschen etwa vor einem „Rechtsextremismus“ in Deutschland Angst?)

Was sich in Deutschland heute abspielt, ist eigentlich kaum noch in Worte zu fassen. Man könnte es wahlweise als „Tragödie“ oder „Komödie“ bezeichnen. Allerdings ist vielen Patrioten und wachsamem Zeitgenossen das Lachen längst im Halse stecken geblieben. Sie beobachten, wie die Mehrheit ihrer Landsleute die Realität auch weiterhin nicht wahrhaben will und immer noch von einer „goldenen Zukunft“ phantasiert. Die verdummte Masse handelt nach der Devise, „bloß wegschauen und hoffen, daß es mich nicht trifft“. „Möge der Kelch an *mir* vorübergehen und mein Nachbar überfallen werden!“ In ihrer Naivität können sie sich wirklich nicht vorstellen, daß wir *alle* in einem Boot sitzen. Niemand kann sich einigeln und aus der Verantwortung stehen. Früher oder später wird es sie alle treffen, denn jeder Mensch ist für sein Schicksal verantwortlich.

Man sollte sich an dieser Stelle den Amtseid unserer Politiker ins Gedächtnis rufen: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ Wie demgegenüber die Realität (leider) oftmals aussieht, zeigen die Meldungen der Presse ...

Wenn die Zuwanderer an den Gewaltverbrechen überproportional beteiligt sind (was jeder Polizist bestätigen kann!), so ist diese Erkenntnis sehr traurig, aber wahr. Diese Entwicklung stellt eine große Gefahr für unseren Rechtsstaat dar. Die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth sagte:

„Wenn ein Mensch sich nicht mehr im anderen wiedererkennt, wenn nicht Mitleiden und Mitfühlen das Handeln bestimmen, sondern dumpfer Haß, dann bleibt der Dialog aus und die Gewalt beginnt aufzublühen". (Fuldaer Zeitung, 9.3.98) Nun, man sollte sich tatsächlich im anderen Menschen wiedererkennen. Christliche Nächstenliebe beruht auf dieser Grundlage. *In erster Linie* sind es jedoch nicht die Täter, die unser Mitgefühl verdienen, sondern deren Opfer, um die wir uns kümmern sollten. Allein aus diesem Grund muß das schreckliche Kapitel der Ausländerkriminalität erwähnt werden.

Auch muß die Frage erlaubt sein, warum sich gerade jüdische Persönlichkeiten, wie Ignatz Bubis (der von der Presse als „deutscher Patriot" bezeichnet wurde) und Michel Friedmann stets gegen „Rechtsextremismus" und „Fremdenfeindlichkeit" einsetzen und dagegen angehen, ohne gleichzeitig auf die schrecklichen Taten von Ausländern gegenüber ihrem Gastgebervolk einzugehen.

Warum zählen deutsche (!) Opfer im modernen Deutschland am wenigsten? „Es ist ausgemachte Sache in einem Land mit einer rekordverdächtigen Kriminalitätsquote, daß man zuerst die Belange Fremder vertritt, von denen man befürchten muß, daß sie einem eines Tages an die Kehle gehen." (Gustav Sichelschmidt, *Der Tanz auf dem Vulkan*, S.54) An die Kehle gehen ausländische Kriminelle den Deutschen bekanntlich schon lange. Zum großangelegten *Flächenbrand* könnte es allerdings erst dann kommen, wenn der befürchtete Computer-Zusammenbruch (Y2K) zur Jahrtausend-

wende tatsächlich erfolgen sollte, oder wenn den Deutschen in wenigen Jahren (unter anderem aufgrund des Euro) das Geld ausgehen sollte.



So gibt sich der neue Innenminister Otto Schily zu erkennen, der den „Rechtsextremismus" als größte Gefahr für Deutschland bezeichnete.

Lassen wir den neuen Innenminister Schily zu Wort kommen. Er schämte sich nicht, den „Rechtsextremismus" sogar als die „größte Gefahr für die Grundordnung der Bundesrepublik" zu bezeichnen. „Im Bereich des Rechtsradikalismus bietet, so der Innenminister, eine 'alte Generation, die noch Restbeständen aus der Nazi-Vergangenheit nachhängt', großen Anlaß zur Sorge." (Fuldaer Zeitung,

16.11.98. Tatsächlich bieten jedoch die durch die Institutionen marschierten Angehörigen der 68er-Generation großen Anlaß zur Sorge ...)

Jüngst mißbrauchte man auch den Volkstrauertag dazu, erneut gegen den „Rechtsextremismus" zu Felde zu ziehen: „Mit eindringlichen Warnungen



vor einem Wiederaufflackern von Rechtsextremismus, Haß und Gewalt haben führende Vertreter des deutschen Staates gestern den Volkstrauertag begangen." (Fuldaer Zeitung, 16.11.98) Diese „führenden Vertreter" sollten endlich ihre Augen öffnen, denn von einem *Wiederaufflackern* kann beileibe keine Rede sein, da es dieses Phantom namens „Rechtsextremismus" überhaupt nicht gibt. Jedenfalls nicht in der Größenordnung, die unsere Oberen glauben machen wollen.

Durch diesen Appell wurde jedoch erneut deutlich, daß alle nationalbewußten und um ihr Vaterland besorgten Bürger auch von der neuen Bundesregierung kaum Verständnis zu erwarten haben. Die Diffamierung und Verfolgung von Patrioten wird in Zukunft sicherlich noch zunehmen ...

## 8. Wie man zum „Rechtsextremen“ wird

Klären wir jetzt die wichtige Frage, wann man im modernen Deutschland Gefahr läuft, als „Rechtsextremist“ bezeichnet und ausgegrenzt zu werden. Man muß heute nämlich *sehr genau* darauf achten, was man sagt und tut, um nicht unvermittelt in die „braune“ Schublade gesteckt zu werden. Die Bezeichnung „Rechtsextremer“ ist längst zum Totschlagwort der herrschenden Elite geworden. Es genügt eigentlich schon, eine von der Norm abweichende Meinung zu vertreten, um potentiell als „Verfassungsfeind“ angesehen zu werden.

Als typisch „rechtsextrem“ gelten unter anderem folgende Meinungen bzw. Äußerungen:

„Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze!“

„In unserem Land gibt es kriminelle Ausländer!“

„Kriminelle Ausländer raus aus Deutschland!“

„Wir können uns keine weiteren Zuwanderer mehr leisten!“

„Deutschland kann (allein aufgrund seiner Größe und Bevölkerungsdichte) niemals Einwanderungsland werden!“

„Ich bin gegen den Euro und eine *antichristliche* Europäische Einigung, die sich gegen die souveränen Völker richtet und lediglich den Großkonzernen und Banken dient!“

„Ich bin für mehr Mitbestimmung (also Demokratie) in der Politik. Die Bürger haben über *alle* wichtigen Fragen der Zukunft unseres Volkes bzw. unserer Nation (wie zum Beispiel über den Euro) selbst zu entscheiden!“

„Der Bundeskanzler und der Bundespräsident sollten vom Volk gewählt werden!“

„Scheinasylanten bzw. Wirtschaftsflüchtlinge dürfen (gerade aufgrund der dramatischen und äußerst gefährlichen Finanzsituation) nicht länger geduldet werden!“

Vertritt man eine dieser Meinungen, wird man möglicherweise als „Neonazi“, „Ausländerfeind“, „Rassist“, „Unverbesserlicher“, „Unbelehrbarer“, „Ewiggestriger“, „Rechtsradikaler“, „Rechtsextremer“, „Antisemit“, „Faschist“, „Nationalist“, „Nazi“, „Verfassungsfeind“ oder „Fanatiker“ bezeichnet. Grundsätzlich werden alle Kritiker der Einwanderungspolitik der Bundesregierung heute von unseren Oberen bei jeder Gelegenheit als „Ausländerfeinde“ oder „Rechtsextreme“ diffamiert. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß wir diese Feststellung nicht aufs Brot geschmiert bekämen.

Sätze wie die zuvor genannten gelten als „dumpfe Parolen“, als „ausländerfeindliche Sprüche“ ohne jeglichen Inhalt. Darüber setzen uns Medien, Politiker, „Kirchen“ und Gewerkschaften tagtäglich aufs Neue ins Bild.

Stimmt das aber wirklich? Nun, wenn man davon ausgeht, daß wir noch in *Deutschland* leben, muß die Antwort natürlich „nein“ lauten. Gehen wir aber davon aus, daß unser Staat bereits in die Neue Weltordnung integriert worden ist, kann man sagen „ja“, dies sind wirklich unnütze Sätze, denn wir haben ja schließlich keinen *souveränen* Staat mehr. Warum sollten wir also noch zuerst an die *eigenen Landsleute* oder an *deutsche Interessen* denken?

Zusammenfassend kann man sagen, daß alle Forderungen, die dem Wohle des *deutschen* Volkes dienen, heute als „rechtsextrem“, „ausländerfeindlich“, ja zum Teil bereits als „verfassungsfeindlich“ angesehen werden. Man wird nicht zum „Rechtsextremen“, indem man eine Bevölkerungsgruppe bzw. Minderheit ausgrenzt oder beleidigt, sondern indem man sein eigenes Vaterland und seine eigene Kultur liebt. Mehr gehört offensichtlich nicht dazu, um als „rechtsradikal“ und „rechtsextrem“<sup>11</sup> bezeichnet zu werden. Dabei spielt es natürlich keine Rolle, ob man als Deutscher, Amerikaner, Engländer oder Franzose handelt - Vaterlandsliebe kommt heute überall einem „rechtsextremen Glaubensbekenntnis“ gleich, das es von staatlicher Seite (im Auftrag der Geheimen Oberen) zu bekämpfen gilt (nebenbei bemerkt: außer in Israel!).

Erlaubt sind hingegen alle Parolen, die sich *gegen die Deutschen und deren Vaterland* richten, wie z.B.: „Deutschland verrecke“, „Alle Nazis in KZ's“, „Deutsche raus aus Deutschland“, „Deutschland ist das Land der Mörder“, „Die Deutschen waren Hitlers willige Vollstrecker“, „Die Deutschen haben unversöhnliche Schuld auf sich geladen“, „Die Deutschen sind die Erben des judenmordenden Staates“ usw. Solche Aussagen gelten als „Politisch korrekt“ und wünschenswert. Vertritt man eine solche Meinung, kann man (vorerst) weiterhin unbekümmert seinen Wohlstand und seine Freiheit genießen.

Die Frage bleibt allerdings bestehen, warum man sich nicht gegen einen *Asylmißbrauch* und Wirtschaftsflüchtlinge aussprechen sollte. Haben wir nicht selbst eine Million Obdachloser (Deutscher wohlgemerkt!) im eigenen Land? Leben bei uns nicht etwa drei Millionen Menschen von der Sozialhilfe? Und was ist mit den sieben Millionen Arbeitslosen? Was ist mit unseren Schulden in Höhe von 2,3 Billionen DM? Wie kann man, angesichts all dessen, dann die Einwanderung von *Wirtschaftsflüchtlingen* überhaupt befürworten? Menschen die dies tun, arbeiten auf den Untergang unserer Nation hin. In Wahrheit interessieren sie sich weder für das Wohlergehen der *Deutschen*, noch für die *einwandernden Massen*, denn *alle* haben unter den künftigen Konsequenzen solch verantwortungsloser Politik zu leiden.

In *Wahrheit* heißt „patriotisch“ zu sein noch lange nicht, „rechtsextrem“ zu sein. Oder wie Kurt Niewiem aus Pforzheim sagte: „Als deutscher Patriot

bin ich noch lange kein 'Nazi' ebenso wenig wie mich ein Besuch bei McDonald's zu einem 'Hamburger' macht." (zit. nach Nation & Europa, 11/12, 1997)

## 9. Lügen über Lügen

Die Medien erweisen sich heute mehr denn je als Erfüllungsgehilfen der Mächtigen im Hintergrund. In Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen werden wir täglich (!) mit einer Unmenge von Lügen und Halbwahrheiten konfrontiert, die uns verwirren oder auf die falsche Fährte führen sollen.

Jedes Thema wird im Sinne der Geheimen Oberen ausgeschlachtet. Ob aktuell das Amtsenthebungsverfahren Bill Clintons, die völkerrechtswidrigen Angriffe auf den Irak oder die Geschehnisse im Kosovo, überall werden die Lügen eingebaut.

Greifen wir in diesem Kapitel lediglich zwei Themengebiete heraus und untersuchen wir, mit welchen Methoden man die Wahrheit verdreht und den Bürger manipuliert.

### 1. Beispiel: „*Rechte*“ Wähler verschrecken Investoren

Nach dem überwältigenden Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt verbreitete die Presse sofort die Falschmeldung, daß das „Wahlergebnis Investoren verschrecken“ würde, und daß der „sensationelle Erfolg der rechtsextremen DVU ... nach Ansicht vieler Wirtschaftsverbände den Standort Deutschland“ belasten würde. (DIE WELT, 28.4.98)

Um den Wahrheitsgehalt dieser Meldung zu ergründen, müssen wir nur ein knappes Jahr zurückgehen. Bereits am 27.5.97 meldete die Fuldaer Zeitung einen dramatischen Einbruch der ausländischen Investitionen in Deutschland. Unter der Schlagzeile „Ausländische Investoren meiden zunehmend den Standort Deutschland“ erfuhr man damals noch den *wahren* Grund für diese Entwicklung. Als Ursache nannte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) jedenfalls nicht irgendwelche „rechtsextremen Parteien“. Es sei vielmehr **die Note der ausländischen Investoren** gewesen, die dem „Standort Deutschland das Zeugnis nicht ausreichend ausgestellt“ hätten.

Offensichtlich hatte das *Wahlergebnis* von Sachsen-Anhalt also nichts mit dem Einbruch ausländischer Investitionen zu tun. Rein wirtschaftliche Faktoren spielten hier, wie so oft, die entscheidende Rolle, und da ist bekanntlich vor allem die Politik, die für günstige Rahmenbedingungen zu sorgen hätte, schuld. An diesem Beispiel kann man sehr schön erkennen, mit welchen Methoden „rechtsextreme“ Wähler unsicher gemacht und abgeschreckt werden sollen. Man kann davon ausgehen, daß der Wahlerfolg der DVU den Geheimen Oberen sogar gelegen kam, hatten sie doch jetzt die entsprechende Möglichkeit, die Schuld an der wirtschaftlichen Misere auf die „Rechten“ abzuwälzen. Dadurch wurden die Menschen verunsichert und

die nationalen Parteien gleichzeitig in Verruf gebracht. (Viele ahnungslose bzw. verdummte Bürger durchschauen solch verlogene Propaganda nicht, da ihnen in der Regel das notwendige Hintergrundwissen fehlt.)

Andererseits siedeln sich, im Zuge der „Globalisierung“, immer mehr deutsche Firmen im Ausland an. „In Portugal kann sich der Deutsche wie zu Hause fühlen. Wer mit dem Auto durch das Land fährt, sieht überall an großen Fabrikhallen die vertrauten Namen: Bosch, Siemens, Leica, Grohe, Opel, Volkswagen.... Allein 1997 betrugen die deutschen Investitionen" im Land der Korkeichen" 723 Millionen DM." (DIE WELT, 18.11.98) Schuld an der wirtschaftlichen Misere in Deutschland hat also vor allem die *Politik* und die (*Groß-*)*Industrie*.

## **2. Beispiel: „Ausländerfeindlichkeit der Deutschen" oder „Deutschenhaß der Ausländer"?**

Die Medien wollen glauben machen, daß die Deutschen ein Volk von Ausländerfeinden und Rassisten sind. Man stellt die Taten einzelner Gewalttäter in den Vordergrund, um eine ganze Nation diffamieren und mit Schuldgefühlen belasten zu können. Offensichtlich stehen die Medien nicht im Dienste des deutschen Volkes, denn sonst würden sie tagtäglich die Wahrheit berichten: es gibt auf der ganzen Welt kein *ausländerfreundlicheres* Volk als das unsere.

Kein Volk opfert mehr für seine ausländischen Mitbürger. In keinem anderen Land werden die Belange Fremder derart in den Vordergrund gestellt. Nirgendwo sonst ist man gegenüber der „multikulturellen Gesellschaft" aufgeschlossener als bei uns. Man veranstaltet sogar Lichterketten gegen eine „Ausländerfeindlichkeit", die es gar nicht gibt. Deutschland zählt außerdem zu einem der größten Geberländer im Bereich der Entwicklungshilfe. (Man muß also schon *sehr* böswillig sein, um unserem Volk Fremdenfeindlichkeit unterstellen zu wollen.)

Trotz dieser bemerkenswerten Leistungen unseres Volkes, ist jedoch der „Deutschenhaß" in weiten Teilen der Welt anscheinend immer noch eine Tugend. Bereits früher hatte man es auf die „Germanen" abgesehen. In seinem Buch „Der ewige Deutschenhaß" informiert uns Gustav Sichel Schmidt auf Seite 98 über die Ansicht, die beispielsweise in Polen vorherrschte: „Hau ihn, denn er ist ein Deutscher!" kursierte im Lande ebenso wie der Slogan 'Hundert Jahr soll leben, wer einem Deutschen in die Fresse schlägt!'"

Diese aggressive Einstellung gegenüber uns Deutschen gehört keineswegs der Vergangenheit an. Immerhin war es die angesehene Tageszeitung DIE WELT, die uns in der Ausgabe vom 10.10.97 unter der Überschrift „Briten verprügeln vermeintlichen Deutschen" über einen unglaublichen

Vorfall, der sich im Oktober 1997 in England ereignete, in Kenntnis setzte: „Weil er für einen Deutschen gehalten wurde, ist in Mittelengland der englische Fahrer eines neuen BMW mit Hamburger Kennzeichen bewußtlos geschlagen worden. Philip Deakin (28) hatte in Shuttlewood (Derbyshire) ein Auto überholt, dann aber gehalten, um einen Reifen nachzusehen. Dabei wurde er unter Rufen wie 'deutsches Schwein' von einer Gruppe von Männern gegen Kopf und Rippen getreten und einen Abhang hinuntergestoßen. Die Täter entkamen unerkannt. 'Es war ein rassistisch motivierter Überfall. Sie glaubten, er sei Deutscher, und konnten es nicht verwinden, daß sie von ihm überholt wurden', sagte ein Polizeisprecher."

„'Deutsche Zivilpolizei überfällt polnische Touristen', lautete" dann eine „Meldung der Polnischen Presseagentur PAP" im Juli 1998. „Ohne Grund seien drei Polen niedergeschlagen und beleidigt, geknebelt und inhaftiert worden. Auto und 2000 Mark seien ihnen abgenommen worden. Stattgefunden haben sollte der Zwischenfall an der Autobahn bei Wolfsburg. Deutsche Polizisten, ein Hort des Rassismus und Ausländerhasses?"

Ein Pressesprecher der deutschen Polizei stellte kurze Zeit später richtig: „'Die drei Polen sind tatsächlich aktenkundig - doch nicht als Opfer von Polizei-Exzessen, sondern als Transporteure eines gestohlenen Autoradios.' ... Vor einer Woche seien die drei Polen nachts einer Wolfsburger Zivilstreife aufgefallen, weil zwei der Herren auf Parkplätzen um die Autos streiften, während der dritte am Rande beobachtete. Als sie in einen silberfarbigen Ford Sierra sprangen und im Eiltempo vom Parkplatz fuhren, verfolgte sie die Zivilstreife. Der Wagen mit polnischem Nummernschild überfuhr eine rote Ampel, und der Fahrer reagierte nicht auf die Haltekelle der Polizisten. Erst Anrempeln und Einkeilen durch zwei Polizeiwagen brachte die Flüchtigen zum Stehen. Die Überprüfung ergab ein gestohlenen Autoradio und Manipulationen an der Fahrgestellnummer des Pkw." (DIE WELT, 18.7.98) Fazit: Polnische Medien dürfen scheinbar ungeprüft Hetzparolen und Falschmeldungen über Deutschland verbreiten, die zudem noch unsere Polizei in Verruf bringt, ohne mit einer Rüge der Bundesregierung rechnen zu müssen!

Ein anderes Beispiel aus der Tschechoslowakei zeigt auf, wie die Justiz im Ausland mit deutsch-feindlich gesinnten Personen umspringt: „Ein Gericht in Prag hat den Chef der rechtsextremen tschechischen Republikaner, Miroslav Sladek, vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen.... Der 47jährige war beschuldigt worden, bei einer Demonstration gegen die Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung im Januar 1997 in Prag gesagt zu haben: 'Wir können nur bedauern, daß wir (zur Kriegszeit) zu wenig Deutsche totgeschlagen haben.'" (Fuldaer Zeitung, 24.1.98)

War dieser Freispruch vielleicht nur ein Versehen, ein bedauerlicher Irrtum der tschechischen Justiz? Mitnichten, denn ein knappes Jahr später meldete die Presse, daß „Sladek ... nach kurzer Verhandlung in Prag erneut vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen" wurde. ..." Ein Gericht hatte Sladek im Januar [1998] mit dem Hinweis auf die 'Freiheit des Wortes' freigesprochen. Doch der Staatsanwalt erhob Einspruch gegen das Urteil." (DIE WELT, 27.10.98)

Könnte die rassistische Einstellung Sladeks etwas mit dem Anschlag auf einen mit deutschen Kindern besetzten Reisebus zu tun haben, der sich im Oktober 1998 in Tschechien abspielte? Dort wurden „Schüsse auf einen Bus mit Schülern aus Mengerskirchen" abgefeuert. „Wie die Polizei berichtete, wurden bereits" zuvor „zwei Reisebusse mit zusammen 81 Schülern auf der Autobahn Pilsen-Prag zunächst von zwei Autos bedrängt. Nachdem den Fahrern der Autos mit tschechischen Kennzeichen dieser Angriff nicht gelang, wurde aus einem Auto zweimal auf den vorderen Bus geschossen." (Fuldaer Zeitung, 28.10.98) Handelt es sich bei solchen Straftaten etwa um „Deutschenhaß"? Leider werden solche Fragen von unseren logengesteuerten Medien nicht aufgegriffen und verfolgt. Solche Ereignisse werden in der Regel totgeschwiegen, damit man nichts über die näheren Hintergründe erfährt. Fazit: Wer in anderen Ländern von der Ermordung *Deutscher* spricht (was dann möglicherweise auch zu Anschlägen auf deutsche Kinder führt!), kann mit der „Freiheit des Wortes" rechnen.

Gehen wir nun der Frage nach, ob in Deutschland ebenfalls eine „Freiheit des Wortes" herrscht, oder wie man mit Personen, die unliebsame Meinungen äußern, hierzulande umspringt. Immerhin mußten wir bereits im Kapitel „Gefahr von 'rechts'?" feststellen, daß die deutsche (!) Justiz selbst ausländische Rechtsextreme mit eiserner Härte verfolgt. Zu diesem Thema also nochmals einige Meldungen der Presse (alle Herv. u. Anm. v. Verf.):

„Der ehemalige NPD-Chef Günter Deckert ist in Mannheim in einem Berufungsverfahren zu fünf Monaten Haft verurteilt worden. Das Landgericht sprach ihn der **Beleidigung des** Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Ignatz Bubis**, sowie **mehrerer Polizeibeamten** schuldig." (Fuldaer Zeitung, 21.11.98)

„Der frühere NPD-Vorsitzende Günter Deckert ist vom Landgericht Karlsruhe erneut wegen **Beleidigung eines jüdischen Mitbürgers** zu einer dreimonatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Deckert hatte einen Brief an einen Juden geschickt, von dem er wußte, daß er in den Konzentrationslagern Auschwitz, Theresienstadt und Dachau inhaftiert war. Aus angeblich 'historischem Interesse' wollte er wissen, warum die 'NSLer, die alle Juden 'beseitigen/vernichten' wollten, Sie ... in der Gegend herumgeschickt haben und Sie sogar überleben ließen'." (Fuldaer Zeitung, 3.12.98)



Der 1997 im Alter von 85 Jahren im spanischen Exil verstorbene hochdekorierte Generalmajor Otto Ernst Remer „war 1992 in Schweinfurt (im Alter von **80 Jahren!**) wegen **Volksverhetzung** und **Aufstachelung zum Rassenhaß**“ zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. (DIE WELT, 6.10.97)

Die Schweiz kennt die „Freiheit des Wortes“ scheinbar ebenfalls nicht, denn dort hat ein Gericht „den deutschen (**78jährigen** und schwer-kranken) **Holocaust-Leugner** Gerhard Förster wegen Verstoßes gegen das **Anti-Rassismusgesetz** zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr ohne Bewährung (!) verurteilt.“ (Fuldaer Zeitung, 22.7.98)

Französische Schriftsteller leben ebenfalls gefährlich, sollten sie sich in positiver Weise über die Deutschen äußern: „... Roger Garaudy ist wegen **Leugnung des Holocausts** zu einer Haftstrafe von neun Monaten verurteilt worden, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Der **85jährige** muß zudem eine Geldstrafe von 50 000 Mark zahlen.“ Der Autor „hatte in einem 1995 erschienenen Buch in Frage gestellt, daß während des Nationalsozialismus sechs Millionen Juden ermordet wurden.“ (Fuldaer Zeitung, 17.12.98)

Auf der einen Seite haben wir heute hochbetagte Männer, die etwas lediglich *in Frage stellen* und zu mehrjährigen Haftstrafen und/oder hohen Geldstrafen verurteilt werden. Andererseits gibt es im Ausland einen gefährlichen Rassisten, der davon spricht, daß man während des Zweiten Weltkriegs nicht genügend Deutsche totgeschlagen hätte und dafür (zweimal) einen „Freispruch“ erhielt. Für solche Ansichten darf dann die „Freiheit des Wortes“ in Anspruch genommen werden. (Wie ist angesichts solcher Urteile die von unseren Politikern ausgehandelte deutsch-tschechische „Versöhnungserklärung“ zu werten?)

Fazit: Es sollte weder ein jüdischer Mitbürger in Deutschland, noch ein Deutscher im Ausland beleidigt werden. Es gibt nur *eine* Gerechtigkeit für *alle* Menschen. Leider paßt den Herrschern der Neuen Weltordnung diese Erkenntnis nicht ins Konzept, und so werden wir wohl weiterhin mit einer zwiespältigen Justiz rechnen müssen ...

# 10. Gefahren für unseren Staat

Jede Nation kann sowohl von *innen* als auch von *außen* angegriffen und zerstört werden. In der Geschichte kam es schon oft vor, daß *inländische* und *ausländische* Feinde *gemeinsam* konspirierten, um ein Volk unter ihre Herrschaft zu bekommen. In solch einem Fall standen die Menschen dem Treiben der Verschwörer meist hilflos gegenüber, da sie nicht mehr in der Lage waren, zwischen „Freund“ und „Feind“ zu unterscheiden.

Wie wir gesehen haben, ist Deutschland *spätestens* seit dem „Vertrag von Maastricht“ keine souveräne Nation mehr. Wichtige Entscheidungen werden heute in Brüssel getroffen, und nicht mehr in Bonn bzw. Berlin (benötigen wir überhaupt noch ein Parlament?). Nicht gerade wohler wird uns bei dem Gedanken an die vielen Herausforderungen, die sich unserem Land zur Jahrtausendwende stellen. Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung oder Kriminalität wären vorwiegend auf *nationaler Ebene* zu lösen. Leider darf solche Erkenntnis, im Zeitalter der *Globalisten* und *Internationalisten*, kaum noch zum Volk vordringen. Schließlich sind wir heute eine „Staatengemeinschaft“!

Betrachten wir uns nachfolgend einige *externe Bedrohungen*:

## 1.) Gesundheitliche Risiken

Als große Gefahr für die (in Deutschland noch verbliebene) Volksgesundheit sind die hämorrhagischen Fieber (u.a. das Dengue- oder das Rift-Valley-Fieber) und die neuen Viren (u.a. Ebola) in der Dritten Welt einzustufen. Auch die in Rußland aufgetretene, neue, resistente Form der Tuberkulose muß man als Gefahrenherd ansehen. Allein im Jahre 1998 starben 40.000 Russen an dieser tödlichen Epidemie. Durch die Einwanderung von Asylbewerbern und Aussiedlern (ohne vorherige ärztliche Kontrolle) könnten diese Seuchen und Krankheiten nach Deutschland eingeführt werden, wo es dann vollends zur Ausbreitung kommen könnte.

Schon jetzt zeichnet sich eine Gefährdung unserer Bevölkerung ab, da man aus der regionalen Tagespresse entnehmen kann, daß nach „einem jahrzehntelangen Rückgang der Tuberkulose ... im vergangenen Jahr 21 Neuerkrankungen registriert worden“ seien, wie Fuldas Erster Kreisbeigeordnete „Gerhard Möller bei der Vorstellung des Jahresgesundheitsberichts“ erläuterte. „In 13 Fällen habe es sich um ansteckungsfähige Lungentuberkulose gehandelt. Hauptsächlich davon betroffen seien sozial-schwache Personen, Nichtseßhafte, **Ausländer** und **Aussiedler**.“ (Fuldaer Zeitung, 13.11.97)

In Rußland haben es die Menschen gegenwärtig mit einer sehr gefährlichen Situation zu tun, da sich die „weiße Pest“ dort immer mehr ausbreitet: „In den überfüllten Gefängnissen Rußlands ist eine tödliche Seuche auf dem Vormarsch. Viele dieser Gefangenen tragen eine neue, nicht behandlungsfähige Form der Tuberkulose (TB) und sie breitet sich mit beängstigender Geschwindigkeit aus. Zehn Prozent von Rußlands einer Million Gefangener leiden an dieser TB und es wird vermutet, daß 20% von ihnen die Medikamenten-resistente Variante besitzen - was bedeuten würde, daß 20.000 Menschen zum Tode verurteilt sind.

Rußlands Gefängnisssystem wird zu einer Zeitbombe für den Rest der Welt. Sollten die infizierten Häftlinge entlassen werden, gibt es nichts, was die Ausbreitung dieser Seuche in die Städte Rußlands und den Rest der Welt noch verhindern könnte.“ (The McAlvany Intelligence Advisor, Februar 1999, Seite 12)

„Sie stecken andere Menschen an, ihre Frauen und Kinder, und diese Personen werden dann ebenfalls krank und werden wiederum andere Leute anstecken, die möglicherweise reisen werden, und auf diese Art und Weise könnte es sich in kürzester Zeit über die ganze Welt ausbreiten.“ (BBC, 5.12.98; zit. nach ebd.)

## **2.) Wirtschaftliche Gefahren**

„Globalisierung“ ist heute zum Schreckenswort der Arbeitnehmer in aller Welt geworden. Die Großkonzerne und Banken herrschen über die „internationalen Finanzmärkte“ und Börsen. Diese Unternehmen fühlen sich keiner Nation und keinem Volk mehr verbunden. Für sie zählt nur noch die Gewinnmaximierung, auch wenn sie durch das Leid von Millionen Menschen „erkauft“ werden muß. Zudem kennzeichnen die Finanzkrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika den Charakter der Multimilliardäre und Herrscher hinter den Kulissen. Ganze Völker wurden von ihnen in Chaos und Anarchie gestürzt.

Man sollte sich niemals auch nur im Traum einbilden, daß Deutschland nicht eines Tages das gleiche Schicksal „blühen“ könnte. Im Gegenteil: Gerade *durch* die Verflechtung der „internationalen Finanzmärkte“ sind wir *mehr denn je* von der wirtschaftlichen Entwicklung im Rest der Welt abhängig. Und gegenwärtig (1999) stecken bereits rund 40 Prozent der Weltwirtschaft in einer tiefen Rezession. Länder wie Japan, Thailand, Indonesien, Rußland und Brasilien stehen am Rande eines finanziellen Kollapses.

Wer sich mit den Zielen der Geheimen Oberen beschäftigt hat, der weiß, daß eine neue Weltwirtschaftskrise auf der Tagesordnung dieser Konspiratoren steht. Sollte es dazu kommen, hätte das verheerende Folgen für unser Land.

### 3.) Militärische Bedrohungen

Kommen wir schließlich noch auf die militärischen Bedrohungen zu sprechen. Es gibt konkrete Hinweise darauf, daß es sich bei „Perestroika“ und „Glasnost“ lediglich um ein taktisches Manöver der Kommunisten handelt. Des weiteren weiß man, daß die russische Regierung in den letzten Jahren unzählige Milliarden Dollar in die Modernisierung ihrer Streitkräfte investierte (obwohl unsere verlogenen Medien ein ganz anderes Bild zeichnen). Zudem breitet sich die kommunistische Ideologie in vielen Ländern immer weiter aus und oftmals sitzen die Genossen direkt an den Schalthebeln der Macht. Auch der amerikanische Präsident Bill Clinton soll ein heimlicher Sympathisant der „roten Ideologie“ sein.

Michail Gorbatschow, alias Cohn, sagte vor dem sowjetischen Politbüro noch im November 1987 (also zwei Jahre vor dem „Fall“ der „Eisernen Mauer“) folgendes: „Sehr geehrte Herren, Genossen, macht Euch keine Gedanken darüber, was Ihr in den nächsten Jahren über Glasnost, Perestroika und Demokratie erfahren werdet. Diese Begriffe sind hauptsächlich für den äußeren Gebrauch gedacht. Es werden keine großen Veränderungen in der Sowjetunion stattfinden, bis auf einige kosmetische Veränderungen. Unser Ziel ist es, die Amerikaner zu entwaffnen und sie einschlafen zu lassen.“ (zit. nach Police Against the New World Order [Hrsg.], Operation Vampire Killer 2000, Seite 39)

General Sir Walter Walker, der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber, äußerte sich kurz nach dem vermeintlichen Ende des „Kalten Krieges“ (1989) ebenfalls sehr besorgt über den scheinbaren „demokratischen Umsturz“ in Rußland: „Ich betrachte es als meine Pflicht, Sie über die sehr gefährlichen Bedrohungen zu informieren, die vor uns liegen. ICH WEIß GANZ GENAU, daß wir uns gegenwärtig in einem Zustand der größten strategischen Täuschung, vielleicht in der ganzen Geschichte der Menschheit, befinden ... Der Kalte Krieg ist NICHT vorbei, nur im Zustand der Abschwächung ... Die Sowjetunion steht nicht wirklich 'kurz vor dem Kollaps'. Die westliche Verteidigungsbereitschaft hingegen tut es.“ (zit. nach ebd., Seite 40)

Aber die Gefahr geht nicht nur von Rußland, sondern auch von China aus. Unsere Bundesregierung unterstützte das Terrorregime in Peking in den letzten Jahren ebenfalls mit unseren Steuermilliarden, obwohl sie wissen, daß dort, wo die Demokratie auch weiterhin nur eine Illusion bleibt, viele Millionen von Menschen in Arbeits- und Todeslagern unter unwürdigsten Bedingungen inhaftiert sind.

Wenn man bedenkt, daß die deutsche Regierung scheinbar nichts gegen die vielen Inländerfeinde („Deutschland verrecke!“) auszurichten vermag, muß man sich fragen, was im Falle eines militärischen Konfliktes geschehen würde.

Das waren nur einige der *außenpolitischen Herausforderungen*. Wenden wir uns nun den *innenpolitischen* „Problembereichen“ zu. Auch hier haben die Geheimen Oberen gleich mehrere heiße Eisen im Feuer. Wir werden lediglich fünf Bereiche betrachten, die man als „tickende Zeitbomben“ bezeichnen kann, und die unser Land von *innen* bedrohen.

## **a.) Gefahr einer Anarchie auf deutschem Boden**

Angesichts eines wachsenden Heeres von Arbeitslosen und Sozialhilfempfeängern, einer riesigen Schuldenlast, die sich zu einem Staatsbankrott auszuweiten droht, und der Gefahr einer neuen Weltwirtschaftskrise ist die Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines gesellschaftlichen Zusammenbruchs in unserem Land gar nicht mehr so abwegig.

Anzeichen dafür und warnende Stimmen gibt es zur Genüge. „In Dörfern geht das Licht aus“, erfährt man beispielsweise über die gegenwärtige Situation im Bundesland Brandenburg. „Wegen ihrer akuten Finanznot schalten sieben Dörfer im Norden des Landes die Straßenlaternen nachts aus.“ (Fuldaer Zeitung, 21.4.98) Die Monatsschrift „Unabhängige Nachrichten“ nahm sich diesen Themas bereits im Januar 1997 an: „Während für alle Welt und für zahllose nichtdeutsche Zwecke genügend Geld da ist, soll nach 'Notverordnungs'-Plänen vieler Städte in Deutschland nachts das Licht abgestellt werden, zunächst freilich 'nur' auf den Straßen und Plätzen. Und das, obwohl die berechtigte Furcht vor Diebstahl, Überfall, Raub und Mord nach der Angst um den Arbeitsplatz die Sorge ist, die die Bürger am meisten bewegt. ... Kommt es zu einer Stromabschaltung auf Straßen und Plätzen, könnten Verbrecher aller Länder dank offener Grenzen und Schengen-Abkommen auf hellbeleuchteten Straßen des Auslandes treffsicher nachts 'ins Schwarze' Deutschland zielen und ziehen.“

In vielen deutschen Großstädten gibt es bereits heute Gegenden, die man nach Anbruch der Dunkelheit besser meiden sollte. „Daß es noch sehr viel schlimmer kommen kann, mit geradezu dramatischen gesellschaftspolitischen Folgen, zeigt das Beispiel der Mega-Städte in der Dritten Welt mit ihrem Totalzusammenbruch humaner Strukturen. Das Inferno von Gewalt und Gegengewalt, von Angst und Schrecken, scheint dort kaum noch umkehrbar zu sein“, schreibt DIE WELT, 1.7.97. Auch im ehemals christlichen Abendland gibt es bereits erste Anzeichen für einen drohenden Flächenbrand. Man muß nur nach Frankreich, in die Vororte von Paris oder nach Marseille, schauen. Diese Hochburgen der afrikanischen Einwanderer lieferten in den letzten Jahren schon einige Male Schlagzeilen wegen Chaos und Anarchie. Zuletzt erfuhr man im Dezember 1998 von dem „Gesetz des Dschungels in den Trabantsiedlungen: Ausgebrannte Autowracks, rußgeschwärzte Häuserfassaden, zersplitterte Fensterscheiben - in den Straßen-

Schluchten von La Reynerie sieht es aus wie nach einem Bürgerkrieg. Mehr als zwei Tage lang tobte sich in dem tristen Vorort der Airbus-Metropole Toulouse die rohe Gewalt aus. ... In dichtem Nebel hielten 200 Jugendliche mit Steinwürfen 500 Polizisten in Atem. Die Bilanz: 60 zerstörte Autos und Busse, zahlreiche Verletzte, Sachschäden an Gebäuden und städtischen Einrichtungen, Festnahmen, eingestellte Busverbindungen." (Fuldaer Zeitung, 16.12.98) Und es „läßt sich nicht wegdiskutieren: Diese 'Zeitbombe' tickt auch in Deutschland." (DIE WELT, 1.7.97)

„Ein führender Bundesbanker hat vor zunehmenden sozialen Spannungen in Deutschland gewarnt. Für ein Zentralbankmitglied ungewöhnlich kritisch kommentierte Ernst Welteke die Aktienkursrekorde. Dagegen sei im 4. Quartal 1997 erstmals die Bruttolohnsumme geschrumpft. 'Was entwickelt sich an sozialer Spannung, wenn man zugleich fast täglich von explodierenden Aktienkursen hört?' fragte Welteke." (WAZ, 9.4.1998; zit. nach Unabhängige Nachrichten, April 1998, S.3)

Sogar „der alte und neue Vorsitzende der hessischen Polizeigewerkschaft, Bernd Vercruysse“, warnte vor schweren Unruhen in unserem Land „für den Fall weiterer Sozialkürzungen und Einsparungen bei der Polizei“. „Wenn die Mehrheit der Bevölkerung mit reduzierter Polizei zum Schutz ihres Eigentums und ihrer körperlichen Unversehrtheit abgespeist werde, seien Unruhen die Folge.“ (Fuldaer Zeitung, 26.11.97)

Nun, es kommt tatsächlich zu weiteren Einsparungen bei der Polizei, denn DIE WELT setzte uns am 31.8.98 darüber in Kenntnis, daß auch die „Hamburger Polizei in Finanznöten“ steckt. „Wegen des Neubaus des Hamburger Polizeipräsidiums drohen der Polizei des Stadtstaats weitere Personaleinsparungen. Für jede Überschreitung des veranschlagten Kostenrahmens um 60 000 Mark soll jeweils eine Polizistenstelle für ein Jahr unbesetzt bleiben.... Nach Ansicht hochrangiger Beamten hätte jedoch eine abermalige Schwächung der Einsatzkräfte fatale Auswirkungen. Schon nach den bisher bekannten Planungen sollte das Personal der Polizei bis zum Jahr 2004 um rund 1600 Beamte beziehungsweise 13,8 Prozent reduziert werden.“

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf Niedersachsen, das ehemalige Regierungsland unseres neuen Bundeskanzlers. Auch dort sollen „bis zum Jahr 2000 noch 3 000 Sicherheitsbeamte entlassen“ werden, „obwohl in Niedersachsen 30 Prozent mehr Straftaten zu beklagen sind als z.B. in Bayern oder Baden-Württemberg.“ (Kurier der Christlichen Mitte, Januar 1998)

Es sind jedoch *nicht nur* Massenentlassungen von Polizeibeamten, die die Sicherheit der Bürger unseres Staates gefährden. „Polizei ohne Sprit?“, fragte die Fuldaer Zeitung am 3.9.98. Im nachfolgenden Bericht war zu

lesen, daß Benzinmangel „nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei die Einsatzbereitschaft der Mannheimer Polizeifahrzeuge“ gefährdet. „'Politiker wollen uns immer die innere Sicherheit verkaufen, unsere Leute können aber nicht ausrücken', so Übelhör“, ein Gewerkschafter in Mannheim. Ist es nicht unglaublich, daß die Bundesregierung Geld in alle Welt verschenkt und führende Polizeigewerkschafter gleichzeitig davor warnen, daß der dramatische Geldmangel zu einer ernststen Bedrohung wird?

Und ist es angesichts solcher Meldungen noch übertrieben, von einer sehr gefährlichen Entwicklung zu sprechen, die unser Land eines (nicht allzu fernen) Tages in Chaos und Anarchie stürzen könnte? Diese Befürchtung teilt zuvörderst auch Gustav Sichelschmidt: „Nachdem Bonner 'Inländer-Jnde' unser Land bis zum Ruin heruntergewirtschaftet haben und es nur noch den kläglichen Anblick geistiger und moralischer Verkommenheit bietet, ist nach so viel falsch verstandener Liberalität das Gespenst einer grausamen Anarchie auf deutschem Boden keine Utopie mehr.“ (Der Tanz auf dem Vulkan, S.11)

Wie wir bereits gesehen haben, sehnen sich die Geheimen Oberen geradezu nach der Zerstörung der *politischen* und *sozialen* Ordnung in unserem Land. Um den Bürgern die Weltregierung eines Tages als einzige Alternative zur nationalen Volksvertretung präsentieren zu können, müssen die einzelnen Staaten zuvor innenpolitisch heruntergewirtschaftet werden. Es muß der Anschein erweckt werden, als sei ein Land national nicht mehr regierungsfähig. Gleichzeitig werden künstliche „Probleme“ erzeugt, die nach der Lösung durch eine „Weltgemeinschaft“ verlangen.

Auslöser dieses gesellschaftspolitischen Zusammenbruchs könnte beispielsweise eine neue *Weltwirtschaftskrise* (hervorgerufen durch die Finanzkrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika; aufgrund der hohen Staatsschulden vieler Länder; der noch unabsehbaren Folgen des Euro usw.) oder Y2K (siehe unbedingt meine Schrift „Das Chaos zur Jahrtausendwende“!) sein. Bevor es jedoch zu diesem finanziellen Kollaps auf Weltebene kommt, holt man Verbrecher ins Land, die sich an der dann ausbrechenden Gewalt beteiligen werden. Daß dabei möglicherweise einige Millionen Deutsche (und viele ihrer integrierten ausländischen Mitbürger) sterben werden, ist für die Geheimen Oberen vermutlich noch eine „angenehme“ Nebenerscheinung.

Und so warnt auch Gustav Sichelschmidt davor, daß, wenn sich „der Abwärtstrend in diesem Lande im bisherigen Tempo fortsetzen“ sollte, „uns demnächst eine Apokalypse mittleren Ausmaßes ins Haus“ stehen wird. (Der Tanz auf dem Vulkan, S. 141 f)

## **b.) Gefahr von multiethnischen Konflikten auf deutschem Boden**

„Eine multikulturelle, multinationale Gesellschaft, wie sie immer wieder von bestimmten Personen aber auch Institutionen befürwortet und auch gefordert wird, ist im Hinblick auf das Asyl(un)wesen in Deutschland nicht möglich“, warnt Edmond W. Lachmann in seinem Buch „Chaos Asyl“ auf Seite 93. Er führt weiter aus: „Auch wenn vielfach im Hinblick auf das Asyl(un)wesen verkündet wird, daß dies eine Bereicherung für Deutschland und seine Bevölkerung sei. Klassische Einwanderungsländer, wie die USA, Kanada, Australien und andere, die aus ihren Fehlern gelernt haben und aus Schaden klug wurden, sind längst dazu übergegangen, keine unkontrollierten Masseneinwanderungen in ihre Länder mehr zuzulassen. ... Bisher hatten multikulturelle und multinationale Gesellschaften meist Auseinandersetzungen, Kriege und Konflikte zur Folge.“

Weil Deutschland seit Jahrzehnten eines der begehrtesten Einwanderungsländer ist, entsteht gerade bei uns eine sehr gefährliche Situation, da das „Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Rasse, Nationalität, Hautfarbe und religiöser Bekenntnisse ... sich zu allen Zeiten und in allen Ländern als problematisch und konfliktrichtig erwiesen“ hat. „Denn 'multikulturelle' oder multinationale Gesellschaften sind zumeist Konfliktgesellschaften. ... Je dichter die schon vorhandene Besiedelung, desto größer ist das Konfliktpotential.“ (Irenäus Eibl-Eibesfeldt/Otto Koenig/Heinrich Lummer u.a., Einwanderungsland Europa?, S.120f)

„Anfang 1997 lebten 1,8 Millionen Ausländer ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland - teils geduldet, teils ausreisepflichtig. (Vgl. iwd [hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft], Nr. 35/97 vom 28.8.1997, S.7) Deutschland ist das Land mit den meisten Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen in Europa (Anm: außerdem, mit 225 Einwohnern pro qkm, im Gegensatz zu Italien mit 189, Polen mit 123, Frankreich mit 104 und Spanien mit lediglich 77 Einwohnern je qkm, das dichtbesiedelste Land in Europa!) und wird unter den westlichen Ländern hinsichtlich der illegalen Migration nur von den ungleich größeren USA übertroffen. Daß heute über sieben Millionen Menschen ohne deutschen Paß legal in Deutschland leben, daß einschließlich der Illegalen der Ausländeranteil längst die Zehn-Prozent-Marke erreicht oder sogar überschritten haben dürfte, daß Großstädte ein Viertel bis ein knappes Drittel Ausländerbevölkerung aufweisen. (Frankfurt a.M. 29,2 Prozent, Stuttgart 24 Prozent, München 23 Prozent), daß ein großer Teil der Ausländer nicht mehr aus dem europäischen Kulturkreis stammt - all dies in einem dichtbesiedelten Land mit andauernder Massenarbeitslosigkeit nicht als existentielles Problem zu begreifen, das setzt ein



exorbitantes Maß an Unsensibilität und Tatsachenverleugnung voraus." (Rolf Stolz, Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 27. November 1998, S.16)

Stolz wies in den Eingangssätzen seines Aufsatzes über die „Probleme der Zuwanderung“ ausdrücklich darauf hin, daß er bis heute Mitglied von *Bündnis 90/Die Grünen* ist. Er hielt dies, angesichts „der häufigen Verdächtigung jener, die für Zuwanderungskontrolle und individuelle Rückkehrförderung eintreten, als 'Ausländerfeinde'“, für notwendig. (Woher kommt es eigentlich, daß sich selbst Politiker [!] heute oftmals davor fürchten und rechtfertigen müssen, das heiße Eisen „Ausländerproblematik“ überhaupt anzupacken? Sind sie nicht unsere höchste Instanz im Staate? Oder gibt es vielleicht noch *jemanden anderes* hinter der Regierung; jemanden, der dafür sorgt, daß die Politik *ganz bestimmte Ziele* zu verfolgen hat, die unter Umständen nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen und von denen die „demokratische Mehrheit“ daher nichts erfahren darf?)

Ist es vielleicht nur ein Zufall, daß wir über Frankfurt (die Stadt mit einem fast 30 prozentigem Ausländeranteil) aus der Presse erfahren, daß sich die „Mainmetropole auf dem Spitzenplatz der gefährlichsten Städte Deutschlands“ befindet? (Fuldaer Zeitung, 21.6.97) Der Bericht macht darauf aufmerksam, daß die Stadt am Main nicht zum ersten Male diese Position einnimmt. „19 602 angezeigte Straftaten je 100 000 Einwohner machten rein rechnerisch 1996 fast jeden fünften Frankfurter zum Opfer von Kriminalität.“ Frankfurt steht auch im Bereich der harten Drogen, beispielsweise bei Crack, unter Deutschlands Metropolen an erster Stelle. „Keine andere Droge zerstört ihre Konsumenten schneller als Crack. Und keine deutsche Stadt hat härter damit zu kämpfen als Frankfurt.“ (Frankfurter Neue Presse, 14.12.98) Es ist auch interessant, daß laut Statistik „bislang nur Frankfurt Probleme mit Crack“ hat. (Bezeichnenderweise ist Frankfurt auch Mittelpunkt vieler Großbanken und wurde zum Sitz der „Europäischen Zentralbank“ auserkoren!)

Die Mainmetropole gilt als Paradebeispiel für das, was in wenigen Jahren auf ganz Deutschland zukommen könnte. Man kann die Stadt als „modernes Babylon“ bezeichnen, wenn man bedenkt, daß nur „zwei von 32 Frankfurter Schulen mit einem Hauptschulzweig ... in diesem Schulzweig weniger als 40 Prozent Ausländer“ haben. „Den höchsten Ausländeranteil ... zählte“ im Schuljahr 97/98 „die Karmeliterischeule im Bahnhofsviertel: Hier hatten 88,4 Prozent der Hauptschüler keinen deutschen Paß. ... 21 229 der 56 212 Schüler an Frankfurts Schulen waren ... Ausländer, eine Quote von 37,8 Prozent.“ (Frankfurter Neue Presse, 6.1.99)

Roland Bohlinger bezeichnet Deutschland als den „inzwischen größten Völkerschmelztiegel in der Welt.“ In seinem „Informations- und Dokumen-

tationsdienst" (Ausgabe Nr. 19, 1998 - Folge 3, 1133) zitiert er den PHI-Deutschlanddienst in diesem Zusammenhang wie folgt: „In Deutschland lebten 1961 rund 700.000 Ausländer, im Jahre 1970 rund 2.500.000 Ausländer und im Jahre 1996 rund 7.300.000 Ausländer. Dazu kommen jeweils die Illegalen und dann auch noch die Ausländer, welche inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben [sowie jene, die in der Statistik aufgrund von Fälschungen nicht mitgezählt werden]." (Nr. 22-23/1997, S.155; Anm. im Orig.)

Eine Möglichkeit, die tatsächliche Anzahl von Ausländern in Deutschland zu verheimlichen, besteht in der Gewährung einer „doppelten Staatsbürgerschaft". Deshalb wird schon seit langem „von deutschen und ausländischen Ausländerlobbyisten die Trommel dafür gerührt, möglichst vielen Ausländern" diese Möglichkeit „anzubieten. Die 'Argumente' dafür sind ein trüber Aufguß aus verschämt-verhohlenem Profitinteresse jener Firmenchefs, deren einziger Wertmaßstab Lohnkosten, Kundenzahl und Kaufkraft sind, von aus intellektuellem Selbsthaß gespeisten Wünschen einer Entdeutschung Deutschlands, von liberalistischer Begeisterung für das Laufenlassen, von nacktem Eigeninteresse nationalistischer Einwanderervertreter und der epidemisch grassierenden Feigheit, dort Grenzen zu setzen, wo Grenzen im langfristigen Interesse aller erforderlich sind, wo das Menschenrecht auf Heimat und auf nationale Selbstbestimmung nicht durch ein chimärenhaftes 'Recht jedes Menschen auf Einwanderung in jedes Land seiner Wahl' zerstört werden darf, wo verhindert werden muß, daß 'offene Grenzen' zu grenzenloser Verantwortungslosigkeit führen." (Rolf Stolz, Die Mullahs am Rhein, S.258) Die Propagandisten der Forderung nach einer „doppelten Staatsbürgerschaft" verschweigen, daß derzeit bereits 1,3 Millionen Ausländer als „Doppelstaatler" in Deutschland leben. Kein Wunder also, wenn die Fuldaer Zeitung (31.10.97) schreibt, daß die doppelte Staatsbürgerschaft „heute in Deutschland schon Realität" ist. (Die „Unterschriftenaktion" der CDU/CSU für oder gegen eine solche Gesetzgebung ist also reine Volksverdummung!) DIE WELT geht sogar von einer viel höheren Zahl aus: „Zwei Millionen Deutsche haben schon jetzt zwei Pässe", lautete am 7.1.99 eine Schlagzeile dieser Tageszeitung. „In der heftigen Debatte über die geplante doppelte Staatsangehörigkeit wird oftmals übersehen, daß es nach inoffiziellen Schätzungen bereits rund zwei Millionen Menschen in Deutschland gibt, die zwei Pässe besitzen. Eine große Gruppe dieser 'Doppelstaatler' stammt aus der Türkei." (Frage: Besitzen zwei Millionen „Deutsche", oder zwei Millionen Ausländer zwei Pässe!?)

Das gegenwärtig angestrebte Ziel von SPD und Grünen, unser Staatsbürgerschafts-Recht zu ändern, wird unserem Land weitere Probleme bescheren. Sicherlich werden vor allem die Türken von der „doppelten

Staatsbürgerschaft" profitieren. Von daher wußte Ankara auch bereits im Vorfeld, „was es tat, als es aggressive Wahlempfehlung für die SPD gab. Türken wollten immer schon Türken bleiben in Deutschland. Sind sie nun deutsche Türken oder türkische Deutsche oder was - mit der doppelten Staatsbürgerschaft?" (Kurier der Christlichen Mitte, Dezember 1998) Die Meldung schließt mit der traurigen Feststellung: „Mit der 'Einbürgerung zum Nulltarif ist Deutschland 'faktisch ein unbeschränktes Einwanderungsland' - so Rechtsexperten." Und aufgrund der angestrebten Doppelstaatsangehörigkeit auf Massenbasis rechnet sogar die CSU „mit gewaltiger Zuwanderung" (DIE WELT, 7.1.99). Insgesamt hätten rund 4,2 Millionen ausländische Mitbürger Anspruch auf den deutschen Paß.

Derzeit leben in unserem Land auch etwa drei Millionen der sogenannten „Rußlanddeutschen". Diese Zuwanderer gelten nach der Einreise ebenfalls als „Deutsche" und fehlen demzufolge in der amtlichen Ausländerstatistik, obwohl man weiß, daß ein großer Prozentsatz dieser Menschen keine deutschen Vorfahren hat und sich seine Einreise nur aufgrund gefälschter Papiere erschwand. Die *unverfälschte* Ausländeranzahl in Deutschland beträgt derzeit (1999) rund 20 Millionen - Tendenz steigend.

Seit vielen Jahren kursiert hierzulande die Behauptung, daß „wir die Ausländer doch brauchen, damit sie für unsere Rente arbeiten". Stimmt das wirklich? Nun, rund „30 % der Sozialhilfeempfänger sind Ausländer, im Verhältnis zum Anteil an der Gesamtbevölkerung also etwa viermal so viele wie unter den Deutschen", schreibt Roland Bohlinger. Er folgert: „Man redet den Deutschen immer ein, daß sie den Zuzug der Ausländer brauchten, um wirtschaftlich zurechtzukommen und das soziale Netz, vor allem die Renten, sichern zu können. Wenn jedoch rund 30% der Ausländer Sozialhilfeempfänger und etwa 20% arbeitslos sind, dann liegen etwa die Hälfte im sozialen Netz. Also ist die Lage umgekehrt: es sind in der Hauptsache nicht die Ausländer, die für die Deutschen, sondern die Deutschen, die für die Ausländer das wirtschaftliche Auskommen und das soziale Netz sichern." (Informations- und Dokumentationsdienst, Ausgabe Nr. 16, 1997 - Folge 2, 0956)

Auch Karl Baßler befaßte sich eingehend mit der finanziellen Belastung der deutschen Steuerzahler durch ausländische Arbeitskräfte. Er kommt zu dem Schluß, daß sie eine erhebliche Belastung für unser Land darstellen, denn die „Unternehmer haben von der Wertschöpfung der Ausländer (65 Mrd. DM) maximal 2 Milliarden DM an Gewinn, die deutsche Volkswirtschaft hat dafür einen Verlust von 220 Milliarden DM - das Hundertzweifache. Die Gewinne werden, wie immer, privatisiert, die gigantischen Verluste kollektiviert, d. h. sie werden hauptsächlich von den Steuern der abhängig beschäftigten Bevölkerung getragen. - Das ist die Politik der SPD, und die grünen Anarchomarxisten fördern diese Politik, weil sie von den

Ausländern 2 Millionen zusätzliche Wahlstimmen erhoffen. Aus billigstem und schäbigstem Parteienegoismus des singulären Bonner Systems wird also insbesondere der deutsche Arbeiter und kleine Angestellte ausgebeutet, wird es durch eine ungeheure Steuerbelastung den jungen Familien unmöglich gemacht, mehr als 2 Kinder aufzuziehen, weil schon die hohen Mieten in den Ballungszentren nicht bezahlt werden können. Die nach wie vor marxistisch-kommunistischen Gewerkschaften kämpfen auch in dieser Frage nicht für ihre deutschen Mitglieder, sondern sie erhoffen sich, wie schon immer, einen Zusammenbruch des sogenannten kapitalistischen Systems durch dessen Überbelastung und kassieren gerne die Mitgliedsbeiträge der fast 100%ig organisierten Ausländer. Wenn es noch eines Beweises für die absolute Unfähigkeit der Bonner Politik bedurft hätte, die Ausländerpolitik hat ihn endgültig erbracht." (Karl Baßler, Ausländerkosten - Eine Bilanz, S.23)

Aus welchem (wahren) Grund werden die Ausländer *dann* nach Deutschland gelockt? Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Zuwanderer eines Tages selbst in übelster Weise dazu mißbraucht werden könnten, unser Land (beispielsweise bei Lebensmittelknappheiten) in ein Chaos zu stürzen. Man muß sich nämlich die Frage stellen, warum den Geheimen Oberen ausgerechnet am Wohlergehen unserer ausländischen Mitbürger gelegen sein soll. Nein, diese Menschen zählen für sie ebensowenig, wie wir selbst. (Fazit: *Deutsche und Ausländer sitzen heute in einem Boot*!)

Des weiteren gibt es konkrete Beweise dafür, daß eine „Integration“ von höchster Stelle gezielt verhindert wird. „Als 'schweren Schlag' für die Integrationsbemühungen bezeichnet die ostthessische Bundestagsabgeordnete Barbara Imhof in einer Pressemitteilung die angekündigte Schließung der Beratungsstelle des Christlichen Jugenddorfwerks (CDJ) in Fulda für junge Aussiedler.“ Die SPD-Abgeordnete bezeichnete es als Skandal, „**wenn die Bundesrepublik diese Menschen zum Kommen animiert** und sie dann in der noch fremden Umgebung mit den zwangsläufigen Problemen alleine läßt. Zündstoff ist genug da; **dem Bund muß man vorwerfen, daß er** mit seiner Kürzungspolitik **auch hier die Lunte legt**“! (Fuldaer Zeitung, 7.2.98; Herv. v. Verf.)

Einige (repräsentative) Meldungen der (regionalen) Presse belegen, wie *explosiv* der besagte „Zündstoff mittlerweile ist:

„Bad Kissingen: 25köpfige Bande erpreßte von Autofahrern Geld für Durchfahrt - Eine Art von Straftat, wie man sie aus Geschichten über die düstere Epoche des Mittelalters kennt, hat Nachahmer ... gefunden: Moderne, schwer bewaffnete 'Wegelagerer' tauchten mehrfach in der Stadt auf und ließen erschrockene Autofahrer erst nach Zahlung eines 'Wegezolls' weiterfahren. ... Während einer großangelegten Polizeiaktion wurden ... 24

Verdächtige vorläufig festgenommen. Dabei handelt es sich laut Polizeibericht um 18- bis 27jährige Übersiedler aus Rußland ... Die Beamten stellten ... mehrere Schlag- und Stichwaffen sicher, in einem Fahrzeug fanden sie ein gestohlenen Autoradio." (Fuldaer Zeitung, 1.10.97)

„Neunjugendliche Aus- und Übersiedler trieben acht Wochen ihr Unwesen - Polizei klärte 17 Fälle" (Fuldaer Zeitung, 28.10.97)

„Täter wurden auf frischer Tat ertappt - Nach umfangreichen Ermittlungen, Wohnungsdurchsuchungen und Vernehmungen konnten Beamte der Fuldaer Kripo den 18- und den 20jährigen Rußlanddeutschen auch den kurz vordem Apothekenbesuch stattgefundenen Einbruch in den Schlecker-Markt am Fuldaer Aschenberg nachweisen." (Fuldaer Zeitung, 1.11.97)

„Der große Drogenfund, bei dem die Polizei Fulda ... bei vier Rußlanddeutschen über sieben Kilo Rauschgift sichergestellt hatte, führte auf die Spur weiterer Drogen." (Fuldaer Zeitung, 26.9.98)

„Nach einer Massenschlägerei in der Hünfelder Diskothek 'Popcorn', die laut Polizeibericht von 15 bis 20 Rußlanddeutschen angezettelt worden war, mußten ... drei Gäste und der Kassierer im Krankenhaus behandelt werden." (Fuldaer Zeitung, 27.10.98)

„Weil er nicht bereit war, einen auf einer Wiese festgefahrenen Wagen abzuschleppen, ist ein 27jähriger Passant aus Neuhof von einem 21jährigen Rußlanddeutschen mit einem Fußtritt in den Bauch niedergestreckt worden." (Fuldaer Zeitung, 28.10.98)

„Massenschlägerei vor einer Diskothek - Ein Großaufgebot der Polizei war ... notwendig, um eine Massenschlägerei vor einer Diskothek in Wildflecken zu beenden. Die handfesten Auseinandersetzungen zwischen jungen Rußlanddeutschen und Bundeswehrangehörigen waren aus bisher noch unbekannter Ursache entstanden. Fünf Soldaten erlitten unter anderem Nasenbeinbrüche und Verletzungen an den Augen. Zwei von ihnen" mußten stationär behandelt werden. „Nach bisherigen Ermittlungen hielten sich ... in der Diskothek etwa 50 bis 60 Übersiedler und etwa genauso viele Bundeswehrangehörige auf. ... Plötzlich kam es zu Streitereien zwischen den beiden Gruppierungen. Daraus entwickelte sich eine Massenschlägerei, die in der Diskothek begann und sich dann auf die Straße verlagerte." (Fuldaer Zeitung, 23.2.99)

Daß es sich bei solchen Meldungen keineswegs um Einzelfälle handelt, belegt eine Reportage des „Spiegel" (8.2.99, S.42f; Herv. v. Verf.): „Zuwanderer aus dem Osten haben dem idyllischen Städtchen Waldbröl eine Menge Probleme eingebracht: Fremde und Einheimische mögen sich nicht, die Arbeitslosigkeit ist hoch und **die Kriminalitätsrate dramatisch.**" Die Stadt, etwa eine Autostunde von Köln entfernt, hat rund 19 000 Einwohner, von denen „mindestens jeder sechste ein deutsch-stämmiger Zuwanderer

aus der ehemaligen Sowjetunion" ist. „Im Stadtteil Eichen stellen die Fremden mit dem deutschen Paß sogar 84 Prozent, ergab die Zählung einer Bürgerinitiative. ... Sprachdefizite und gesellschaftliche Isolierung der 'Russen' erschweren die Integration. Vor allem aber: Die Kriminalität in der Gemeinde ist in den letzten Jahren steil angestiegen. ... In den Bereichen Drogen, Autodiebstahl, Erpressung und Prostitution seien Tendenzen zu 'mafiosen Strukturen' erkennbar", so ein Sozialarbeiter in einer Polizeiuntersuchung. „Als 'tickende Zeitbomben' bezeichnet die SPD-Ratsfrau Christel Kirsch die Jugendlichen, die oft gegen ihren Willen ausreisen mußten und sich jetzt in einer Welt wiederfinden, deren Sprache sie nicht verstehen, deren Regeln sie nicht kennen. Die Frau hat zwei große Hunde zum Schutz ihrer Töchter angeschafft.... Einen Steinwurf vom Fachwerkhaus der Kirschs entfernt hat ein 16jähriger Rußlanddeutscher ein 4jähriges Kind vergewaltigt. Ein paar Straßen weiter wurde ein junges Ehepaar nach dem Tanz in den Mai überfallen, auf dem es seinen ersten Hochzeitstag gefeiert hatte. Die Frau entging einer Vergewaltigung nur knapp durch einen beherzten Biß in den Arm eines Angreifers. Ihr Ehemann erlitt einen doppelten Nasenbeinbruch.

Der inzwischen zu drei Jahren Haft verurteilte Haupttäter Anatoli S., 21, hatte mit Freunden auf der Straße herumgelungert und 'Wegezoll' verlangt."

Und so lassen sich Beispiele aus dem gesamten Bundesgebiet anführen. (Es ist übrigens eine Zumutung, diese kriminellen Personen überwiegend als „Rußlanddeutsche", anstatt als „Aussiedler" zu bezeichnen. Dadurch wird nämlich der Eindruck erweckt, daß es sich ja |wieder einmal!] nur um kriminelle „Deutsche" handelt.)

Daß die „Integration immer schwieriger wird", bestätigt auch der Vorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland. „Spätaussiedler haben nach den Worten" von Alois Reiss „in der Bundesrepublik zunehmend einen schweren Stand." Er sprach davon, daß „einige Rußlanddeutsche durch Kriminalität und überzogene Forderungen Ablehnung in der Bevölkerung" provozieren. „Reiss kritisierte Landsleute, die ohne klares Bekenntnis zur Integrationsbereitschaft in die Bundesrepublik einreisen." (Fuldaer Zeitung, 6.6.98)

Die Gefahr eines *offenen Konfliktes* zwischen den verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen (beispielsweise Türken und Kurden) scheint in Deutschland aktueller denn je (siehe auch die Fuldaer Zeitung vom 21.3.97: „Eine Massenschlägerei zwischen jugendlichen Rußlanddeutschen und Ausländern [Pakistani, Türken und Italienern] konnte die Fuldaer Polizei ... an der Ochsenwiese verhindern."). Der Kriminologe Prof. Dr. Hans Dieter Schwind äußerte sich in einem Interview mit der Zeitschrift *Focus* über die

drohende Gefahr von multiethnischen Konflikten auf deutschem Boden ebenfalls sehr besorgt. Er sagte unter anderem, daß „die hier lebenden Ausländergruppen ... sich wegen ihrer sozialen Unterprivilegierung vermutlich zunehmend zu einem sozialen Unruheherd entwickeln“ werden, „der sich bis zu ethnisch orientierten Unruhen hochschaukeln kann. Das deutsche Sozialnetz wird dem Ansturm auf Dauer nicht mehr standhalten können.“ (zit. nach Euro-Kurier, Februar 1999)

Zu einem *großflächigen* Brand bedarf es also nur noch eines *bundesweiten* „Problems“ und einiges spricht dafür, daß dieses „Problem“ mit Y2K, dem drohenden Computerzusammenbruch zur Jahrtausendwende, zu tun haben könnte...

### **c.) Gefahreines totalitären Staates in Deutschland**

Wir nähern uns mit Riesenschritten einer Weltordnung, in der es keine Staatsgrenzen und keine homogenen Völker mehr geben wird. Einer Welt, in der scheinbar nur noch ein friedliches Miteinander herrscht und die Menschen dann endgültig all ihre Differenzen und Feindseligkeiten überwunden haben werden. Dann erleben wir den Aufgang eines „neuen Zeitalters“. Wahre „Humanität“ wird sich über die ganze Welt ausbreiten und die Herzen der gesamten Menschheit mit Liebe und Glückseligkeit erfüllen. Zumindest ist das die Szenerie, die unsere Oberen uns vorgaukeln.

Die Realität sieht - wie so oft - leider ganz anders aus. Wie ist nämlich in diesem Zusammenhang dann der Aufbau des weltweiten Überwachungsstaats zu erklären, der vor unser aller Augen immer mehr Gestalt annimmt? Gerade in Europa, und hier vor allem in Deutschland, gibt es immer bedenklichere Gesetze und Einrichtungen, die eines gemeinsam haben: die Einschränkung der Rechte und der Privatsphäre *aller* Bürger. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die steigende Anzahl der Telephonüberwachungen (ein falsches Wort - und man gerät in die Rasterfahndung der Behörden), den von Regierungsparteien und Opposition gemeinsam (!) beschlossenen „großen Lauschangriff“ und die Errichtung der polizeilichen Super-Behörde EUROPOL. Nähern wir uns also tatsächlich einer „Welt der Freiheit“ oder nicht doch eher einer „Welt der Sklaverei“?

Das Internet wird natürlich nur aufgrund „rechtsextremistischer Tendenzen“ überwacht. Kameras an öffentlichen Plätzen dienen ausschließlich dem Schutz der Bürger vor Kriminalität. Hochmoderne Labors entwickeln implantierbare Mikrochips nur, damit unsere Kinder vor Entführungen bewahrt werden. Die Satelliten-Überwachung dient lediglich dem Umweltschutz und der Wetterbeobachtung. Natürlich sind die „Spione im All“ ausnahmslos „Forschungssatelliten“ und stehen im Dienste des Fortschritts

der Menschheit. Der bargeldlose Zahlungsverkehr wird auch nur gefördert, um das Leben der Menschen zu vereinfachen. Der „große Lauschangriff“ beschützt uns vor dem allgegenwärtigen „Organisierten Verbrechen“. Gen-Dateien werden nur eingerichtet, um die Aufklärungsrate bei Kindermorden zu verbessern. Die europaweite Standardisierung bei den KfZ-Schildern und Führerscheinen hat für den Verbraucher ebenfalls nur Vorteile und die „Vernetzung der internationalen Datenbanken“ dient lediglich der Bekämpfung des Drogenhandels und der Geldwäsche der Mafia. (So lauten zumindest die Propaganda-Meldungen unserer Oberen!)

Man sollte bedenken: In Wahrheit geht es den Hintermännern der Politik bei der Errichtung des *totalen Überwachungsstaats* nicht um den *Schutz der Bürger*. Im Gegenteil: Eine explosionsartige Ausbreitung der Kriminalität wird sogar angestrebt, um der verdummten Bevölkerung gleichzeitig die Gründe für die Etablierung des *Großen Bruder*-Staates liefern zu können. Die Geheimen Oberen wünschen die lebenslange *elektronische* Überwachung eines jeden Menschen. Dadurch sollen vor allem Regimekritiker (also alle wahren Christen und Patrioten) *entdeckt* und möglichst rasch *ausgeschaltet* werden. Wenn es irgendwann erforderlich werden sollte, baut man für diese „Staatsfeinde“ dann vielleicht Großgefängnisse (Geld spielt für die Lenker im Hintergrund bekanntlich keine Rolle!).

Bereits heute erkennt man, daß George Orwells Vision aus „1984“ schon längst in die Tat umgesetzt wurde. Wie in diesem Roman, geht es den Geheimen Oberen nicht mehr *nur* um die Überwachung unserer Privatwohnung, Einkaufsgewohnheiten und Gesundheit. Sie haben es längst auch auf unsere *Gedanken* abgesehen. Dabei soll mutmaßlich „staatsfeindliches“ bzw. „rechtsextremes“ Gedankengut von ihnen so schnell wie möglich entdeckt und dann sofort im Keim erstickt werden. Niemand soll zukünftig mehr die Möglichkeit haben, seine persönliche Meinung noch in Wort und Schrift auszudrücken und somit zu verbreiten.

Schon seit vielen Jahren machen sogenannte „Antidiskriminierungs-“ und „Antirassismusetze“ unabhängigen Autoren schwer zu schaffen. Der Straftatbestand der „Volksverhetzung“ dient ebenfalls dem Zweck, unerwünschte Äußerungen juristisch verfolgen zu können. Es ist heute kaum noch möglich, bestimmte, von der öffentlichen Meinung tabuisierte Themen unabhängig zu erforschen und seine Entdeckungen anschließend öffentlich bekanntzumachen. Dabei erkennen leider nur wenige unserer (christlichen?) Richter und Justizbeamten, daß wir gegenwärtig in einer Gesellschaft leben, in der unser aller Erlöser Jesus Christus, wäre der Gottessohn heute in der Welt, sofort nach §130 StGB als „rechtsextremer Antisemit“ angeklagt und sicherlich verurteilt würde. Ganz bestimmt müßte er sogar mit einer langjährigen Gefängnisstrafe rechnen.



Aus den Medien erhält man auch ganz konkrete Anhaltspunkte für dieses „andere“ Deutschland. Schon seit vielen Jahren kennen wir die Bezeichnungen „Neue Weltordnung“, „Neues Denken“ oder „Neues Zeitalter“. Bundespräsident Roman Herzog forderte im Mai 1998 sogar eine „Neue Ära der Demokratie“ (Fuldaer Zeitung, 19.5.98). Er sagte: „Wer glaubt, sich aus politischer Unzufriedenheit einen vorübergehenden Flirt mit Gegnern der Demokratie leisten zu können, spielt buchstäblich mit dem Feuer.“ Natürlich wird auch *hier* wieder gedroht. Allerdings: *Wer* entscheidet eigentlich darüber, *wer* ein „Gegner der Demokratie“ ist? „Brandstifter“ und „Feuer“ sind zwei der Wörter, die unsere Oberen dauernd verwenden.

Und warum benötigen wir ausgerechnet zum Ende dieses Jahrtausends, also in Zeiten der „multikulturellen Gesellschaft“ und der „Europäischen Einigung“, eine „neue Ära der Demokratie“? Wie ausgeprägt schon die



*Roman Herzog hat es nicht versäumt, seiner Forderung nach einer „neuen Ära der Demokratie“ durch eine freimaurerische Signalgeste Nachdruck zu verleihen.*

„alte“ Ära der Demokratie war, konnten die Bundesbürger unter anderem beim *atomaren Zwischenlager* in Gorleben, bei der *Einführung des Euro* und der *Rechtschreibreform*, beim „*großen Lauschangriff*“ und schließlich bei der Verwendung *gen-manipulierter Stoffe* in unseren Lebensmitteln feststellen. (Man bedenke: Es sind *keine* „Rechtsradikalen“, die gefordert haben, daß unser Staat „wesentlich repressiver“ werden müßte. Es sind angebliche „Demokraten“, also Vertreter des Volkes!)

Auf jeden Fall erkennt man bereits *heute* eine gefährliche Tendenz in Deutschland, denn in „der Bundesrepublik fanden 1997 fast 8.000 Strafverfahren wegen 'Volksverhetzung' statt. Zur Zeit sollen in der BRD wegen sogenannter Propagandadelikte oder Meinungsstraftaten mehr Menschen in den Gefängnissen sitzen als in den letzten Jahren der DDR“, schreibt Roland Bohlinger (Informations- und Dokumentationsdienst Nr. 20, 1998-Folge4, 1166)

Mit der Ernennung Otto Schilys zum neuen Innenminister, kam das deutsche Volk buchstäblich vom Regen in die Traufe. In einem Leserbrief äußerte sich Heinrich Leubecher über den Nachfolger Manfred Kanthers. Er bezeichnet ihn als einen zumindest Sympathisanten der Baader-Meinhoff-Bande, „die durch Terror und Morde die Bundesrepublik verändern wollte - wenn er auch die Gewalttätigkeiten nicht unterstützte“ - , der [Schily] sich „große Sorgen wegen der 'alten Generation, die noch Restbeständen der Nazivergangenheit nachhängt'“, macht. Über die Bedenken der älteren Generation gegenüber der rot-grünen Bundesregierung schreibt er: „Wir haben ... Sorgen, vor allem, wenn wir an die Zukunft Deutschlands denken, wegen der vielen 68er, die nun, nach dem Marsch durch die Institutionen, an die Macht gekommen sind und für die die ... angeführten Werte (Anm.: Ehre, Treue, Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe) meist nur rechts-extreme Begriffe sind.“ (Fuldaer Zeitung, 24.11.98)

## **d.) Gefahr einer „rot-roten“ Republik und einer Verbreitung der kommunistischen Ideologie in Deutschland**

Wird unser Land kommunistisch? Diese Frage muß *vor allem heute*, nach der bundesweit ersten Koalition von SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern, gestellt werden. Viele ehemalige DDR-Bürger machen sich ernsthaft Sorgen um die politische Entwicklung unseres Landes, da der rot-rote Zusammenschluß „von den Parteien einheitlich als Signal für die politische Landschaft in Deutschland gewertet“ wurde. Man sprach sogar von einem „Zeichen für eine Entkrampfung im Umgang mit der SED-Nachfolgerin“ und begrüßte diese zweifelhafte Entscheidung. Dadurch wurde die PDS in ihren Bestrebungen zur Machtentfaltung ermuntert und zeigt deswegen auch „neues Selbstbewußtsein: Sie rechnet mittelfristig mit einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene.“ Sogar Bundestagspräsident Wolfgang Thierse „bezeichnete die PDS-Regierungsbeteiligung als notwendigen (!) Schritt und forderte die Gleichbehandlung der PDS (!) mit den anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Die PDS habe ihre Vorgeschichte zwar noch lange nicht abgeschüttelt (!), aber niemand habe das Recht,

'Menschen dauerhaft auf ihre Vergangenheit zu fixieren'." (Fuldaer Zeitung, 2.11.98; Anm. v. Verf.)

Hoffentlich rutscht Thierse der letzte Satz nicht irgendwann in Verbindung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit heraus. Dann bekäme er unter Umständen sofort mit Michel Friedman, vom Zentralrat der Juden in Deutschland, Ärger. Dieser äußerte sich über den Begriff „Versöhnung“ im Hinblick auf die *nationalsozialistische* Vergangenheit Deutschlands nämlich ganz anders: „Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Den Erben des judenmordenden Staates kommt gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer.“ (David Korn, Wer ist wer im Judentum, S.146. Hier wird die unterschiedliche „Behandlung“ von *Nationalsozialismus* und *Kommunismus* deutlich. Obwohl die kommunistische Ideologie viele Jahrzehnte lang bis zu dieser Stunde weit mehr Schrecken und Unheil über die Völker der Erde gebracht hat, sprechen führende Politiker nur wenige Jahre nach dem Mauerfall und somit dem [vermeintlichen] Ende der SED-Schreckensherrschaft den Bürgern das Recht ab, die „ehemaligen“ Genossen „dauerhaft auf ihre Vergangenheit zu fixieren“. Äußert man sich hingegen in ähnlicher Weise über das Dritte Reich, das mittlerweile sogar 54 Jahre zurückliegt, so bekommt man sofort Ärger mit den „Wächtern unserer öffentlichen Ordnung“!)

Über die Äußerungen Thierses gegenüber der PDS schreibt Richard Knöchel in einem Leserbrief: „Diese nur den Namen gewechselte SED hat weder ihre Opfer entschädigt, noch steht sie für die von ihr begangenen Verbrechen ein. Sie ist, wie gerade Thierse wissen mußte, keine Neugründung, sondern die lupenreine, sich offen zu ihrer Vergangenheit bekennende einstige DDR-Staatspartei. Der letzte Ministerpräsident der DDR Lothar de Maiziere und seine Regierung verhinderte mit dem Einigungsvertrag, daß diese Partei nicht wie einst die NSDAP zur verbrecherischen Organisation erklärt wurde, sondern heute, völlig legitim, unter dem Tarnnamen PDS im Deutschen Bundestag sitzen und agieren darf. Wir ehemaligen politischen Häftlinge, aber auch alle ehemaligen DDR-Bürger, welche unter diesem verbrecherischen SED-Regime leiden mußten, können und werden diesen Zustand niemals akzeptieren. ... Aufgrund der Tatsache, daß nun der zweite Mann im Staat, der Bundestagspräsident, die SED-Fortsetzungspartei PDS als 'normale Fraktion' bezeichnet, fragen wir Opfer dieser Partei uns, ist und kann diese Republik unter solchen Umständen noch unsere Heimat sein?“ (DIE WELT, 6.11.98)

Wir sollten auch daran denken, daß die erste Amtshandlung Thierses darin bestand, sich für höhere Diäten auszusprechen. Er sagte, man „müsse dafür sorgen, daß Politiker 'normal gut verdienen, damit sie eben nicht bestechlich oder anfällig sind'.“ (Fuldaer Zeitung, 30.10.98; Das Wort

„normal“ scheint Thierse sehr leicht über die Lippen zu kommen!) Da bliebe nur noch anzumerken, daß *jeder deutsche Arbeitnehmer* ebenfalls „normal gut“ verdienen sollte, um nicht in Versuchung zu geraten, womöglich *Schwarzarbeit* anzunehmen und sich dadurch strafbar zu machen.) Man bedenke: Der Steuerzahler bezahlt dem Bundestagspräsidenten Thierse derzeit rund 400.000,- DM im Jahr, aber er will „normal gut verdienen“!!!

Zur Erinnerung daran, was die schreckliche SED-Diktatur für die Menschen in der ehemaligen DDR bedeutete: In diesem Land wurden „hunderttausende unliebsame Bürger aus politischen Gründen in Haft genommen. 200 Todesurteile wurden vollstreckt und [mindestens] 2.500 Menschen sind in den Gefängnissen der Staatssicherheit umgekommen, Unterlagen wurden vernichtet.“ Auch „konnten annähernd 50.000 dem politischen Druck nicht widerstehen, sie schieden aus dem Leben.“ So informiert uns Professor Werner Krause, der Geschäftsführer der Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft in der DDR, im Rahmen einer Ausstellung zum Thema „Mauern, Gitter, Stacheldraht: Bilder gegen das Vergessen“. (Fuldaer Regionalblatt „Marktkorb am Wochenende“, 7.11.98) Vergessen wir auch den Schießbefehl an der Mauer und die Stasi-Bespitzelungen der eigenen Bürger nicht.

Schlimm genug also, daß die „Nachfolge-Partei“ der kommunistischen SED im freiheitlich-demokratischen Deutschland überhaupt existieren darf. Jetzt sitzt sie auch noch in einer Landesregierung und läßt sich vom deutschen Steuerzahler großzügig entlohnen. Aber es kommt noch schlimmer, denn die „PDS kontrolliert jetzt die Geheimdienste“, schrieb die BILD in der Ausgabe vom 5.11.98. „Die PDS-Fraktion wird künftig in dem Gremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste vertreten sein. Sie bekommt in der Kommission einen Sitz.“ Da stellt sich uns die Frage, ob hier kein „Interessenkonflikt“ entsteht, denn auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck gab zu: „Es sei allerdings eine 'pikante Situation' wenn die PDS die Geheimdienste kontrolliere, von denen sie teilweise beobachtet werde. ... Die PDS sei aber eine 'normale Fraktion', deshalb dürfe ihr der Sitz nicht verwehrt werden“...

Arnulf Baring kommentiert, wie „normal“ die Partei PDS *wirklich* ist: „Die Abwesenheit von gesundem Menschenverstand, von Realitätssinn einerseits, eine ideologische Verbohrtheit andererseits - in dem Sinne: es müsse gelingen, den Sozialismus gegen alle Widerstände doch noch zum Durchbruch zu bringen und siegen zu lassen - bleiben charakteristisch für Teile der PDS. ... Sehr charakteristisch für eine solche Mentalität ist das zentrale Glasbild im Treppenhaus des Staatsgebäudes, in dessen Mitte, unter den Köpfen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wir die erstaunliche Losung lesen: 'Trotz alledem!'“

Solcher Starrsinn scheint mir typisch zu sein für das Denken der alten SED, das sich immer noch in der heutigen PDS findet." (Scheitert Deutschland?, S.276)

Eine ähnliche Meinung vertritt auch R. Potthast. Er schreibt: „Man faßt sich an den Kopf. Acht Jahre nach Mauer, Stacheldraht, Stasi und Bautzen regieren Sozialisten und Ex-Kommunisten gemeinsam Arm in Arm. Die Ostdeutschen wählen die SED-Erben, und die Westdeutschen finanzieren die Wiederaufbauarbeiten der 'Brache DDR'. Auch das ist Realität. Entsteht schrittweise eine rote Berliner Republik?" (Leserbrief in DIE WELT, 5.11.98)

Sollte Rußland in Zukunft für den Westen eine erneute Bedrohung darstellen, so könnte sich gerade die kommunistische PDS mit ihren (offenen und heimlichen) Sympathisanten für Deutschland noch sehr gefährlich auswirken. Eines Tages könnten die Träume des Karl Liebknecht und der Rosa Luxemburg doch noch Realität werden und die Menschen im „vereinten Deutschland" müßten in einem kommunistischen Staat leben.

## **e.) Gefahr der Islamisierung Deutschlands**

Die schleichende Islamisierung vieler deutscher Großstädte stellt eine weitere Gefahr für die Existenz unseres Vaterlandes dar. Obwohl selbsternannte „Experten" in realitätsfernem Wahn von der Integrierbarkeit und einem ausgeprägten Demokratiebewußtsein der moslemischen Einwanderer sprechen, sieht die Realität ganz anders aus, wenn man sich Länder wie Saudi-Arabien, den Sudan oder die Türkei betrachtet. Christen werden heute noch in vielen islamischen Ländern brutal verfolgt und ermordet.

Ganz besonders wichtig für uns Deutsche sind die Entwicklungen in unserem westlichen Nachbarland, denn „Frankreich ist insofern eine tödliche Gefahr für Europa, als es den islamischen Einwanderern bereits gelungen ist, sich im Lande feste Stützpunkte zu schaffen. Die verantwortungslose Politik der beiden Machthaber Giscard d'Estaing und Mitterrand bestand darin, der Einwanderung Tür und Tor zu öffnen und es zuzulassen, daß eine wahre Invasion stattfinden konnte. Der Massenaufbruch von September 1985 im Einwanderungsquartier 'La Paternelle' im Norden von Marseille war ein schrilles Mahnzeichen. Damals zeigte es sich, daß die politische Führung des Landes den Weg des Niederganges von Volk und Regierungsautorität ohne Bedenken weiterverfolgte." (Dr. jur. Beat Christoph Bäschlin, Der Islam wird uns fressen!, S.71)

Bedenklich stimmt vor allem auch die in Deutschland in jüngerer Zeit erkennbare Tendenz zur *offenen* Umarmung der islamischen Glaubenslehre (sogar seitens der „katholischen" Kirche!). „Erstmals in Deutschland ist einem islamischen Verein das Recht zugesprochen worden, islamischen

Religionsunterricht an öffentlichen Schulen anzubieten. ... Das Oberverwaltungsgericht billigte der Dachorganisation von 25 islamischen Vereinen den Status einer Religionsgemeinschaft zu." (DIE WELT, 5.11.98) Was ist nur aus dem *christlichen Abendland* geworden?

Die Anzahl von Moscheen in der Bundesrepublik steigt ebenfalls kontinuierlich an: „1970 gab es in Deutschland drei Moscheen. Heute sind es rund 2 500. Moscheen sind seit Mohammeds Zeiten politische Stützpunkte auf dem Weg der Eroberung." (Kurier der Christlichen Mitte, Januar 1999, S.1)

Libérale Traumtänzer vertreten oft die Ansicht, der Islam sei weder *gewalttätig*, noch *unterdrückend*. Die Realität sieht auch hier ganz anders aus, denn unter „Leitung von Prof. Heitmeyer kommt das *Institut für Konflikt- und Gewaltforschung* der Universität Bielefeld nach einer repräsentativen Umfrage in NRW zu dem Ergebnis, daß ein Drittel der türkischen Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren im Interesse des Islam zu körperlicher Gewalt bereit ist und fast ein Viertel die Auffassung vertritt: '*Wenn jemand gegen den Islam kämpft, muß man ihn töten*'.“ (zit. nach Kurier der Christlichen Mitte, Oktober 1997, S.1)

Lassen sich die vielen afrikanischen Moslems wirklich integrieren? Diese Frage können wir uns mit einem Blick nach Frankreich selbst beantworten. Schauen wir dazu nochmals nach Toulouse. Hier sind es vor allem die moslemischen Einwanderer, die sich in Ghettos zusammenziehen, damit sie ihre *eigene* Kultur und Religion pflegen können. Von Integration wird in den Trabantensiedlungen nicht mehr gesprochen. Auch finden sich „Zustände wie in Toulouse“ überall in Frankreich. „Ähnliche Ausschreitungen haben in diesem Jahr [1998] bereits in Straßburg und im Großraum von Paris stattgefunden. **Jederzeit können sie auch woanders ausbrechen....** Allein im Großraum Paris gibt es 150, in ganz Frankreich etwa 1000 solcher 'sensiblen Zonen'. 130 von ihnen sind zu 'rechtsfreien Räumen' geworden, **in die sich selbst Polizeibeamte nicht mehr hineinwagen** und in denen die Bewohner somit den Kriminellen und Jugendbanden ausgeliefert sind." (DIE WELT, 17.12.98; Herv. v. Verf.) So sieht die Realität im „geeeinten Europa“ der Freimaurerei aus.

Fazit: In unserem Land ticken derzeit *mehrere Zeitbomben gleichzeitig*. Jede einzelne bedroht die Existenz Deutschlands als freiheitlich-demokratischen Staates. Allerdings handelt es sich, trotz gegenteiliger Meinung, bei keinem dieser „Gefahrenherde“ um einen „rechtsextremen“. Um Deutschland noch zu retten, hätten Christen und Patrioten heute also an mehreren Fronten gleichzeitig zu „kämpfen“. Sicherlich war genau das das Ziel der Geheimen Oberen: die Zerstörung der Bundesrepublik aus verschiedenen „Richtungen“ voranzutreiben, um damit den besorgten Bürgern die Hoffnung zu nehmen, noch etwas gegen den Untergang ihres Vaterlandes aus-

richten zu können. (Blicken wir umher, so stellen wir fest, daß viele Deutsche den „Kampf tatsächlich bereits aufgegeben und längst resigniert haben!)

# 11. Wer ist verantwortlich?

Wer ist für die gegenwärtigen Zustände verantwortlich zu machen? „Es sind mehr denn je jene Kräfte am Werk, die mit Mitteln der Lüge, der Falschinformation, der Hetze und Greuelhetze die Völker manipuliert haben, um Krieg gegen die Buren, das Zarentum, gegen Deutschland im Ersten und im Zweiten Weltkrieg zu führen, die alle nichtdemokratischen, anti-kapitalistischen und antikommunistischen Staaten als Weltfeinde brandmarken, um alle Hindernisse auf dem Weg zur 'Neuen Weltordnung' zu beseitigen.“ (Hans Werner Woltersdorf, *Hinter den Kulissen der Macht*, S. 190)

Um herauszufinden, *wer* in einem Land tatsächlich das Sagen hat, muß man sich nur diese *eine* Frage stellen: „*Wen darfst du nicht kritisieren?*“ Nun, wir alle wissen, wen man im modernen Deutschland alles kritisieren (und beleidigen) darf. Beispielsweise unsere Streitkräfte („Soldaten sind Mörder!“) und unsere Polizei („Bullenschweine!“), unsere Väter und Großväter („Hitlers willige Vollstrecker!“), nationalgesinnte Menschen („Dreckige Nazis!“), gläubige Christen („Fundamentalisten!“), Abtreibungsgegner („Frauenfeinde!“), Obdachlose („Faulpelze!“) und treue Familienmenschen („Verklemmte!“). Selbst Jesus Christus darf im „neuen Deutschland“ gelästert und verhöhnt werden. Es gibt kaum jemanden, dessen Namen und Andenken man heute nicht in den Schmutz ziehen könnte. (Wer da ausgenommen ist, möge der geschätzte Leser sich bitte selbst beantworten ...)

Die zuvor gestellte Frage kann noch ergänzt werden: „*Was ist die größte Sünde in Deutschland?*“ Nun, Ehebruch ist heute ebensowenig eine Sünde, wie Homosexualität oder der Mord an den Ungeborenen. Auch Hochverrat und Inländerfeindlichkeit sind keine Sünden mehr (im Gegenteil!). Die Schändung christlicher Symbole ist keine Sünde mehr in Deutschland. Lüge und Meineid sind ebenfalls keine Sünden mehr, sondern werden hoch belohnt. Die Leugnung deutscher Opfer während des Zweiten Weltkriegs ist erst recht keine Sünde (Beispiel: Die Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945, bei der rund 350.000 Menschen auf qualvollste Weise starben, obwohl „unsere“ Medien und die Politiker bei jeder passenden Gelegenheit von nur 35.000 Toten sprechen dürfen, die in diesem Feuer-Holocaust umkamen). Die Vergiftung unserer Nahrung oder die Zerstörung unserer Kultur sind gleichfalls keine Sünden mehr. (Was [in den Augen der „Wächter unserer öffentlichen Ordnung“] jedoch eine Sünde ist, erfährt man, wenn man seine Tageszeitung aufschlägt oder den Fernseher einschaltet...)

Die Gegner unseres Volkes sind *Internationalisten*, die sich keiner einzigen Nation verpflichtet fühlen. Ihre Loyalität gilt ausschließlich ihresgleichen - den Feinden der gesamten Menschheit. In ihrem *Zusammenhalt* und



ihrer *Verschwiegenheit* (*Anonymität*) liegt ihre *größte* Stärke. Da sie weltweit angesiedelt sind, herrschen sie über ein „globales“ Netz von treuen Anhängern und Sympathisanten. Dank ihres unermeßlichen Reichtums sitzen sie in vielen Ländern oftmals direkt an den Schalthebeln der Macht. Könige und Staatsmänner buhlen mit den Geheimen Oberen um Anerkennung und Achtung. Die einzelnen Völker hingegen, sind für die Menschenfeinde lediglich „Wirtschaftsfaktoren“, die es nach ihren Gesetzen auszubeuten gilt. Die Herrscher im Hintergrund sind *äußerst* gerissen und verstecken sich, und ihre Aktionen, oft hinter so wohlklingenden Begriffen wie „Humanität“, „Brüderlichkeit“, „Gleichheit“, „Toleranz“, „Menschenrechte“, „Gewissensfreiheit“ oder „Demokratie“. Natürlich setzen sie diese Schlagworte auch in raffiniertester Weise gegen ihre Gegner ein, die beispielsweise mithilfe der Massenmedien öffentlich diffamiert werden, indem man sie als „Intolerante“ oder „Menschenfeinde“, als „Gegner der Demokratie“ oder „Menschenrechtsverletzer“ brandmarkt. (Eine typische Variante des Orwell'schen Neusprech!)

Ohne das *christliche* Verständnis ist es nur schwer vorstellbar, daß es solch schlechte Menschen auf der Welt überhaupt geben könnte. Personen, deren einziges Ziel im Leben die Unterdrückung und Vernichtung ihrer Mitmenschen ist, denen die Lüge bereits in Fleisch und Blut übergegangen ist und deren Haß auf den Gottessohn Jesus Christus schon krankhafte Züge angenommen hat. Ihr Haß geht soweit, daß sie die Christen am liebsten ganz von der Erde ausrotten würden, hätten sie dazu die Macht. Tatsächlich haben sie dieses Ziel in mehreren Völkermorden während der letzten Jahrhunderte offen angestrebt. Unter der Herrschaft der antichristlichen Mächte hatten vor allem die Katholiken zu leiden, die zu Millionen dahingemordet wurden.

Die Lenker dieses Planeten sind außerdem wahre *Satanisten*, die mit der Geheimmagie Kabbala arbeiten. Dadurch entlarven sie auch, wer ihr oberster Herr ist: Satan, der Gott der Unterwelt. Der Kampf, der schon seit Jahrtausenden ausgefochten wird, ist vor allem *spiritueller Natur*. Leider gibt es Patrioten, die zwar an eine Weltverschwörung glauben, jedoch die *Existenz des Bösen* leugnen. Dann gibt es wiederum Christen, die von der Existenz des Satans und der gefallenen Engel überzeugt sind, jedoch die Idee einer Weltverschwörung ins Lächerliche ziehen. Man darf jedoch das eine nicht vom anderen trennen. Dazu lediglich ein wichtiges Zitat aus der Hl. Schrift. Hierin geht es um die Versuchung Jesu Christi durch den Teufel: „Abermals nahm ihn der Teufel mit auf einen sehr hohen Berg, zeigte ihm alle Reiche der Welt und ihre Herrlichkeit und sagte zu ihm: 'Dies alles will ich dir geben, wenn du niederfällst und mich anbetest.'" (Mt 4, 8f) Wichtig ist für uns, was der Gottessohn auf dieses Angebot erwidert: „Weiche, Satan! Denn es steht geschrieben: 'Den Herrn, deinen Gott, sollst du anbeten und

ihm allein dienen" (Mt 4, 10). Jesus sagte also nicht, daß der Teufel die Unwahrheit gesprochen hatte. Das ist ein ganz wichtiger Hinweis für uns, denn wir erfahren dadurch, daß der Satan tatsächlich über die „Reiche der Welt“ herrscht. Jedoch kann er, als Geistwesen, selbstverständlich keine *direkte* Macht ausüben. Er benötigt Untergebene, die seine Befehle ausführen. Er benötigt die Geheimen Oberen!

Der Teufel unternahm bereits mehrere Versuche, um die *Menschheit* unter seiner antichristlichen Herrschaft zu *vereinen*. Aus der Bibel erfahren wir, daß ihm dies in der Endzeit (kurzzeitig) sogar gelingen wird. Das Ziel, eine *offene* „Diktatur des Schreckens“ über *alle* Menschen auszuüben, kann allerdings nur dann verwirklicht werden, wenn zuvor *alle Eigenheiten der Völker* vernichtet werden. Staatsgrenzen, nationale Währungen und Streitkräfte, homogene Völker und Nationalstolz müssen beseitigt werden, um eine Uniformierung der Weltbevölkerung zu erreichen.

Anhand der Hl. Schrift kann man die Hintermänner der Weltpolitik und deren Machenschaften entlarven. Da sie mit dem Bösen im Bunde stehen, können sie gar nicht anders, als die Gebote Gottes brechen.

Einige Beispiele dafür:

Das Gebot **„Du sollst nicht töten!“** - Die Geheimen Oberen sind Menschenmörder großen Stils. Allein in diesem Jahrhundert wurde über eine Milliarde Menschen durch Welt- und Bürgerkriege, Abtreibungen, Hungerkatastrophen und Seuchen ermordet. Bei jedem einzelnen dieser Ereignisse läßt sich eine maßgebliche Beteiligung der Geheimen Oberen nachweisen.

Das Gebot **„Du sollst nicht lügen!“** - Die Geheimen Oberen sind *Experten* auf dem Gebiet der Lüge. *Es gibt keine größeren bzw. schlimmeren Lügner auf der Welt*. Gegenüber den Hintermännern der Politik erscheint selbst der berühmte Münchhausen wie ein Waisenknabe. Dabei handeln sie nach der Devise: „Je größer die Lüge, desto mehr Menschen glauben an sie!“ (siehe „Evolutions-Schwindel“). *Sie lügen (fast) immer*, wobei es keine Rolle spielt ob es sich um ein politisches, wirtschaftliches, gesundheitliches oder geschichtliches Thema handelt. (Dadurch brechen sie gleich zwei Gebote Gottes: „Du sollst nicht lügen!“ und „Du sollst kein falsches Zeugnis abgeben, wider Deinem Nächsten!“) Manchmal werden die Lügen unerträglich, aber wir sollten immer daran denken, daß der Teufel der Vater der Lüge ist. Sicherlich werden diese Vasallen des Satans dadurch „belohnt“, daß sie eines Tages vor das Angesicht ihres Meisters treten dürfen ...

Das Gebot: **„Du sollst nicht stehlen!“** - Im Gegensatz zu einem einfachen Dieb, beuten die Geheimen Oberen ganze Völker, ja sogar die ganze Welt, aus. Die beiden Gleichungen „Ehrliche Arbeit = Schwere Tätigkeit“ und „Plünderung = Reichtümer ohne große Anstrengung“ kommen heute

mehr denn je zur Anwendung. Mittels ihrer Kontrolle der Zentralbanken, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, stürzt die globale Finanzmafia ganze Völker ins Elend und vernichtet die Existenzen von Millionen Menschen. Zins und Zinseszins werden eingesetzt, um die Menschheit zu versklaven. Die einzelnen Regierungen sind oftmals Komplizen in diesem abscheulichen Spiel, oder wie Virgil Beman sagte: „Der einzige Grund, warum Diebstahl gegen das Gesetz ist, besteht darin, daß die Regierung keinen Konkurrenten wünscht!“

Die Hl. Schrift lehrt uns auch, daß die Zahl „666“ für das absolut Böse steht: „wer Verstand hat, der berechne die Zahl des Tieres; denn es ist eines Menschen Zahl, und seine Zahl ist sechshundertsechzig und sechs.“ (Offb 13, 18)

Die Bibel spricht bekanntlich in Gleichnissen zu uns. Mit „Tier“ bezeichnet die Hl. Schrift den Stellvertreter des Teufels auf Erden: den Antichristen. Er wird (in Kürze) erscheinen, um die derzeitige Weltverschwörung zu krönen und die offene Herrschaft über die gesamte Erde anzutreten. Seine Zahl ist „666“. Die Geheimen Oberen wissen natürlich ebenfalls von der okkulten Bedeutung dieser Zahl. In der Hoffnung, sie würde ihnen Erfolg und Macht verleihen, benutzen sie die „666“ bei jeder passenden Gelegenheit.

Dadurch ermöglicht Gott es uns, die Ereignisse richtig zu interpretieren.

Können wir im Hinblick auf *unser* Land und *unsere* Politik einige Hinweise auf diese Zahl und deren tiefgreifende Bedeutung entdecken? Tatsächlich können wir das, wie die folgenden Beispiele beweisen (alle Herv. v. Verf.):

**„Linksextremisten wurden 11995] 565 Gewalttaten zur Last gelegt. 1994 waren es noch 666.“** (Fuldaer Zeitung, **25.5.96**)

„Die wiederholt in Presse-Interviews erhobene 'Forderung' des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder (SPD) nach einer schnellen Abschiebung krimineller Ausländer hat sich angesichts der jetzt veröffentlichten amtlichen Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik Niedersachsens für 1996 als dreistes Propagandamanöver erwiesen. Von insgesamt 84.348 ausländischen Tatverdächtigen wurden von 1994 bis 1996 aus Niedersachsen nur **666 Straftäter** abgeschoben, wie Schröder in einem Interview mit dem Focus-Magazin (Nr.33/1997) selbst zugab. Das entspricht einer Abschiebungsquote von nur 0,79 Prozent aller polizeilich festgestellten nichtdeutschen Straftäter.“ (Presseerklärung Nr. 353 des Republikanischen Pressedienstes, 18.8.97; zit. nach Informations- und Dokumentationsdienst, Nr. 17, 1998-Folge 1, 1013)

**„Thierse neuer Bundestagspräsident - Stellvertretender SPD-Vorsitzender erhält 512 von 666 Stimmen“** (DIE WELT, 27.10.98) Warum waren an

diesem wichtigen Tag wohl *ausgerechnet* 666 Abgeordnete anwesend? Wir erinnern uns: Thierse, der sich nach seiner Wahl sofort für eine Diäten-erhöhung aussprach und dann die PDS auch noch als ganz „normale Partei“ bezeichnete...

Nur einen Tag später verkündete die Presse dann bereits die nächste okkulte Botschaft: „Schröder mit klarer Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt - Bei der geheimen Abstimmung im Bundestag votierten 351 von **666 anwesenden Abgeordneten** für... Schröder.“ (Fuldaer Zeitung, 28.10.98; Was ist die Wahrscheinlichkeit, daß *auch* an diesem Tag ausgerechnet 666 Personen anwesend waren? Da die Satanssynagoge *alles* nach okkulten Ritualen plant, kann man davon ausgehen, daß ganz gezielt lediglich 666 der 669 Abgeordneten anwesend sein mußten [oder waren *in Wirklichkeit* vielleicht doch eine andere Anzahl von Personen anwesend und die von den Geheimen Oberen beherrschten Medien verbreiteten diese symbolhafte Falschmeldung?!])

Allen Atheisten unter meinen Lesern sei an dieser Stelle versichert, daß es sich *natürlich* nur um lauter Zufälle handelt. (Mathematiker könnten sich allerdings die Mühe machen, die Wahrscheinlichkeit solcher Zufälle zu errechnen!) Wahre Christen hingegen erkennen sofort die okkulte Bedeutung dieser Botschaften, denn „wer ein Ohr hat, der höre“ [Offb 13, 9]).

Vielleicht war es ja auch nur ein Zufall, daß unser neuer Bundeskanzler, der dreimal geschiedene Gerhard Schröder, bei seiner Vereidigung auf die Formel „So wahr mir Gott helfe“ verzichtete. (Weitere sieben Minister, unter anderem Joschka Fischer, Jürgen Trittin, Otto Schily und Oskar Lafontaine, machten „von dieser Möglichkeit des Grundgesetzes“ ebenfalls Gebrauch. [Fuldaer Zeitung, 28.10.98])

Den **Linksextremismus (666)** und die **Ausländerkriminalität (666)** haben wir aus christlicher Sicht jetzt entlarvt. Unsere neue Bundesregierung scheint ebenfalls noch eine wichtige Aufgabe zu erfüllen haben. (Kann es sein, daß die Weltregierung noch während der Amtsperiode Schröders ausgerufen wird?)

Betrachten wir uns nun noch ein geschichtliches Ereignis, das ebenfalls in Verbindung mit der „Zahl des Bösen“ steht. Es handelt sich hierbei um die Landung der Alliierten in Frankreich, während des Zweiten Weltkriegs. Die Hintermänner der Weltpolitik wählten auch für dieses, alles entscheidende Ereignis einen ganz bestimmten Tag aus. Die Zeitschrift CINEMA brachte in der Ausgabe vom Oktober 1998 ein Exklusiv-Interview mit dem jüdischen Regisseur Steven Spielberg. In dem Magazin wurden auch seine neuen Produktionen vorgestellt, unter anderem das Weltkriegs-Epos „Der Soldat James Ryan“, der jene Invasion in der Normandie schildert. Es ist allgemein bekannt, daß dieses Ereignis am 6. Juni 1944 stattfand. Ganz genau erfährt man es allerdings auf Seite 49 des Filmmagazins:

„6. Juni 1944, 6 Uhr morgens: Die Invasion in der Normandie beginnt“

**6. Juni 6.00 Uhr = 666**

Und wem das noch nicht genügen sollte:

Die Quersumme der Jahreszahl 1944 beträgt 18, und

$$18 = 6 + 6 + 6$$

Um sich der Hilfe ihres Meisters zu vergewissern, wählten sie nicht den 5. oder 7. Juni, sondern ganz gezielt den 6. Juni und dann auch noch die entsprechende Uhrzeit: 6.00 Uhr. Sie wußten, daß diese Landung über Sieg oder Niederlage der Alliierten entscheiden würde. Es gibt viele weitere Beispiele für solche Praxis. (Weitere Beispiele und Hintergründe zum Thema „Zahlen-Magie“ im Buch „Satanismus - Die Ideologie der Neuen Weltordnung“!)

Zurück zum „Europa der Gegenwart“: Hier kann man Deutschland als Paradebeispiel der erfolgreichen Liquidierung einer Nation herausgreifen. Der *Umerziehungsprozeß* war ein voller Erfolg, ebenso wie die anschließende *wirtschaftliche Ausplünderung*. Gegenwärtig wird immer deutlicher, daß „unsere Feinde alles dafür tun, uns mittels eines hochnotpeinlichen Verblödungsprozesses auf die geistige Stufe von Schwachsinnigen hinabzudrücken“. Das alles ist nämlich „ganz im Sinne derer, die - wie Morgenthau und Kaufman - die Deutschen nach detailliert ausgearbeiteten Plänen ganz von der Erde verschwinden lassen wollten.“ (Gustav Sichelschmidt, Ein Volk im Wahn, S. 10)

Kommen wir jetzt zur wichtigsten Frage: Wenn Gott den Menschen das Wissen um die Hintergründe des Weltgeschehens offenbart hat, warum ändern sie an diesen Dingen dann nichts? Die Antwort ist ebenso banal wie traurig: Weil sie ihren Glauben verloren haben. Sie legten das selbständige Denken weitgehend ab und handeln nur noch in blindem Vertrauen auf ihre Medien, Politiker, falsche „Kirchen“-Obere und Vorbilder aus der High-Society. Ohne es zu wissen, hat sich die Mehrheit des deutschen Volkes somit den „Wölfen im Schafspelz“ und den „falschen Propheten“ ausgeliefert. Sie sind zum Spielball der Mächtigen hinter den Kulissen geworden.

Tatsächlich hätten die Deutschen (wie auch alle anderen Völker in Europa) *genügend* Zeit gehabt, um den schändlichen „Vertrag von Maastricht“ und dessen geheime Hintermänner (mit demokratischen Methoden) zum Teufel zu jagen, wo sie allesamt hingehören. Gott warnte die Menschen auch ausdrücklich davor, seine Gebote zu mißachten und sich den Feinden Jesu Christi zu unterwerfen: „Gehorchst du aber nicht der Stimme des Herrn, deines Gottes, beobachtest nicht all seine Gebote und Satzungen, die ich dir heute anbefehle, so kommen über dich und erreichen dich all diese Flüche“ (Dt 28, 15).

Müssen wir die Schuld also wirklich bei jemand anderem suchen? Sind wir nicht selbst für unser eigenes Schicksal verantwortlich? Es hat uns niemand auferlegt, den Lügen der Geheimen Oberen Glauben zu schenken. Im Gegenteil; Gott hat *jeden* Menschen mit einem Verstand und freien Willen ausgestattet, der es ihm ermöglicht, die Wahrheit hinter *jedem* Ereignis erblicken zu *können*. Mit freiem Willen können wir uns also für die *Wahrheit* oder die *Lüge* entscheiden. Jesus Christus sagte: „Die Wahrheit wird euch frei machen.“ (Joh 8, 32) Ist es heute nicht so, daß sich die Mehrheit der Bundesbürger *freiwillig* für die Lüge (und somit für die Sklaverei) entschieden hat?

Die kleine Elite, die von hinter den Kulissen aus agiert, hätte im Prinzip keine Macht über uns, wenn wir sie ihr nicht zuvor übertragen hätten. Oder wie bereits Mahatma Gandhi sagte: „Kein Volk kann auf Dauer unterjocht werden, wenn es nicht irgendwie an seiner Unterjochung mitwirkt.“ Auch Gustav Sichelschmidt schrieb: „Wir selbst sind unsere schlimmsten Feinde geworden.“ (Ein Volk im Wahn, S.11f)

In erster Linie müssen wir uns also an die eigene Nase greifen. Aus Bequemlichkeit, Feigheit und Egoismus sind wir an der gegenwärtigen Misere schuld. Wie bei einem Theaterspiel haben wir dem Geschehen zugeschaut, ohne in die Handlung selbst einzugreifen. Fußballstadien und Fastnachtssäle kann man heute mit Leichtigkeit füllen, aber eine Demonstration für - wahrhaft! - mehr Gerechtigkeit und Demokratie wird man so leicht nicht auf die Beine stellen können. Erst in *zweiter Instanz* kann man darum die Geheimen Oberen und all ihre Sympathisanten und Anhänger zur Rechenschaft ziehen. •

Auch hat sich die Mehrheit der Deutschen mit ihrem kümmerlichen Dasein (leider) längst abgefunden. Sie besitzen die außergewöhnliche Fähigkeit, sich an alles zu gewöhnen. An ihre Krankheiten und seelischen Probleme. An ihre Schulden. Daran, daß ihre Soldaten nach Ex-Jugoslawien und in den Kosovo geschickt werden, wo diese (nach unserem Grundgesetz) eigentlich nichts zu suchen hätten. Daran, daß unser Volk bereits in eine „multikulturelle Gesellschaft“ umgewandelt wurde. Daran, daß in unserem Land die Gebote Gottes tagtäglich aufs Neue mit Füßen getreten werden. Daran, daß der „große Lauschangriff“, die „Gen-Datei“ und „EUROPOL“, ganz im Sinne eines totalen Überwachungsstaats, von ihrer eigenen Regierung beschlossen wurden. Daran, daß ihre tapferen Soldaten und deren Ehre in den Schmutz gezogen werden. Daran, daß aus ihrer Geschichte ein einziges Verbrecheralbum gemacht wurde. Daran, daß immer neue unsinnige „Reformen“ beschlossen werden, die den Deutschen auch noch das letzte Stück Kultur zu nehmen drohen. Daran, daß ein Viertel ihres Vaterlandes verschenkt wurde und schließlich auch noch daran, daß ihr Land ungestraft als das „Land der Täter“ bezeichnet werden darf.

Von daher steht zu befürchten, daß sich die Deutschen auch an alles Kommende gewöhnen werden. Daran, daß ihre Ersparnisse dahingerafft werden. Daran, daß sich immer mehr ihrer Landsleute auf der Straße wiederfinden und so zu Obdachlosen werden. Daran, daß sie auch noch für die osteuropäischen EU-Länder zu zahlen haben. Daran, daß die Beleidigungen und Verleumdungen gegenüber ihrem Volk noch zunehmen werden. Daran, daß auch ihre letzten Patrioten verfolgt und mundtot gemacht werden, und schließlich daran, daß immer mehr ausländische Kriminelle ins Land strömen werden. (Man kann fast sagen, daß kein Volk mehr zu seinem eigenen Untergang beigetragen hat, als das deutsche. Die Erfüllungsgehilfen der Geheimen Oberen sind gegenwärtig fleißig am Werk, auch noch die letzten Reste der deutschen Kultur und der Moral hinwegzufegen. „Gewissenhaftigkeit“ zählt also *doch* noch zu einer Tugend der Deutschen!)

Alle wahren Christen hingegen, *werden* und *können* sich niemals mit solchen Entwicklungen abfinden. Sie erkennen in all diesen Bestrebungen einen *Generalangriff* auf die Gebote unseres Herrn Jesus Christus. Christen werden niemals schweigen, wenn vor den Augen der Weltöffentlichkeit beispielsweise ein Völkermord verübt wird, wie im Irak. Sie werden auch nicht schweigen, wenn eine weltweite, gottlose Diktatur des Schreckens errichtet werden soll, die den Widersacher des Herrn krönen wird.

## 12. Ausblick auf das neue Jahrtausend

Dieses Buch sollte eine Bestandsaufnahme des „modernen Deutschland“ sein und dem Leser aufzeigen, welche großen Probleme sich uns zur Jahrtausendwende stellen. Wir können festhalten, daß unser Vaterland im Jahre 1999 nur noch ein Schattendasein seiner selbst fristet. Niemals zuvor wurden die Deutschen so erniedrigt und derart an der Nase herumgeführt, wie heute. Gleichzeitig waren sie noch nie so verkommen und degeneriert, wie heute. Unser ganzes Volk wurde einer Charakterwäsche unterzogen, die es zu Egoisten, Feiglingen und Opportunisten „erzogen“ hat.

In der Bibel finden wir viele Hinweise darauf, daß Gott nicht nur einzelne *Menschen*, sondern auch ganze *Nationen* straft: „Hört ihr aber nicht auf mich und erfüllt nicht all diese Gebote, mißachtet ihr meine Satzungen und verabscheut euer Herz meine Vorschriften, so daß ihr nicht nach meinen Geboten handelt, sondern meinen Bund brecht, dann handle auch ich an euch entsprechend und lasse schreckliche Heimsuchungen über euch kommen“ (Lev 26, 14-16).

Deutschland ist (wie ganz Europa) schon lange nicht mehr christlich. In einem Land, in dem jährlich hunderttausende unschuldige Kinder bereits im Mutterleib getötet werden, in dem die Scheidungsraten in astronomische Höhen klettern, in dem schon die Jugend mit den widerwärtigsten sexuellen Perversionen vertraut gemacht wird, in dem die Lügen in die „Wissenschafts“- und „Geschichtsbücher“ hineingeschrieben werden, in dem die wahre Lehre Christi von „falschen Propheten“ und „Wölfen im Schafspelz“ verkehrt wird und in dem das Christentum öffentlich verhöhnt und gelästert werden darf, kann man nur noch von einem Zusammenbruch der Fundamente unseres Staates sprechen. Bereits in der Hl. Schrift steht zu lesen: „Werden Grundmauern eingerissen, was vermag dann der Gerechte?“ (Ps 11, 3) In Deutschland wurden sowohl die *christlichen*, *sittlichen*, *moralischen* als auch die *kulturellen* Grundmauern eingerissen. In der Tat stehen wir heute vor einem regelrechten *Trümmerhaufen*, der mit dem Land der Vergangenheit nur noch den Namen gemeinsam hat: „Deutschland“!

Man kann den Untergang unseres Vaterlandes auf die folgenden fünf Bereiche zurückführen:

- die Abwendung vom Dreifaltigen Gott
- die Zerstörung der Familie als kleinster Zelle des Staates
- den moralischen, sittlichen und kulturellen Verfall
- die national-feindliche Politik der herrschenden Klasse
- die Schuldenlast bzw. das betrügerische Geldwesen, auf dem unsere Wirtschaft basiert



Woran liegt es wohl, daß Politiker in unserer Gesellschaft das geringste Ansehen genießen? „Das geht aus einer Umfrage des Möllner Meinungsforschungsinstituts Inra unter 2000 Bundesbürgern hervor, die das Institut der Deutschen Wirtschaft" im Februar 1999 veröffentlichte. (DIE WELT, 18.2.99) Haben die Menschen etwa vergessen, daß es sich bei den Politikern um *Volksvertreter* handelt? (*Eigentlich* sollten die Bundestagsabgeordneten ihre Vorbilder sein!) Bevor unsere Staatsoberhäupter also von einer „geistigen Wende“, oder einem „Ruck“ der durchs Land gehen muß, sprechen, sollten sie sich erst einmal überlegen, woran es liegt, daß die Mehrheit der Bevölkerung ihr ein solches Armutszeugnis ausstellt.

Der „Kurier der Christlichen Mitte“ informierte uns in der Ausgabe vom Januar 1999 über die neue Bundesregierung: „Von den 16 Ministern im Bundeskabinett Schröder haben sechs keine Konfession. Diese sind: Joschka Fischer (Außenminister), Otto Schily (Innenminister), Andrea Fischer (Gesundheitsministerin), Bodo Hombach (Kanzleramtsminister), Walter Riester (Arbeitsminister), Jürgen Trittin (Umweltminister). Gerhard Schröder nennt sich zwar evangelischer Christ, betont aber zugleich, 'ein kirchlicher Mensch bin ich dennoch nicht'. Mit seinem dreifachen Ehebruch verstößt er klar gegen die Gebote GOTTES.

Oskar Lafontaine, Finanzminister, nennt sich katholisch, hat sich aber mit seinem zweifachen Ehebruch aus der Kommunion-Gemeinschaft der katholischen Kirche ausgeschlossen.“ (Man sollte sich jedoch über die Bundesregierung nicht beschweren, denn jedes Volk hat bekanntlich die Regierung die es verdient. Die Staatsführung spiegelt nur die Gesellschaft wieder!)

Scheinbar führungslos und unbeirrt marschiert die Mehrheit des deutschen Volkes auf die Schlachtbank zu. Sie, die liberalisierten, vom Affen abstammenden, Weltbürger können sich nicht im Traum vorstellen, daß zwischen ihrem Wunschdenken und der Realität ganze Welten liegen. Sie machen sich noch nicht einmal die Mühe, hinter die Kulissen blicken zu wollen. (Man könnte dieses Verhalten schon als schizophoren und selbstmörderisch bezeichnen.)

Es ist diese offensichtliche Gleichgültigkeit ihrer Landsleute, die den Christen und Patrioten heute zu schaffen macht. Um die erklärten Anhänger der Weltverschwörung müssen sie sich keine Gedanken machen, denn wir wissen ja aus der Bibel, welcher Lohn diese Vasallen des Teufels erwartet. Die Hl. Schrift warnt ausdrücklich: „**W e h e** jenen, die das Böse als gut, das Gute als böse bezeichnen, die Finsternis als Licht und Licht als Finsternis hinstellen, die Bitter als Süß und Süß als Bitter hinstellen. ... Die um Bestechungsgeld dem Schuldigen Recht geben, dem Unschuldigen aber sein Recht entziehen.“ (Is 5, 20,23)

Zur Jahrtausendwende stehen wir am Wendepunkt der Geschichte. Selten zuvor gab es für unser Volk größere Herausforderungen als heute. Gleich-

falls übe das Böse noch nie einen verderblicheren Einfluß auf unsere Gesellschaft aus und war die Synagoge des Satans niemals mächtiger.

Trotz aller Boshaftigkeiten und Widerwärtigkeiten in unserem Land sollten wir jedoch daran denken, daß es *noch immer* eine Hoffnung gibt. Gott sagte ausdrücklich: „Mein Volk aber, das meinen Namen trägt, beugt sich nieder, betet, sucht mein Angesicht und bekehrt sich von seinen schlimmen Wegen, dann höre ich es vom Himmel aus, verzeihe seine Sünden und bringe Heilung in sein Land.“ (2 Chr7, 14)

Könnte das Strafgericht also noch abgewendet werden? Ja, aber *nur* wenn die Menschen unseres Landes den Weg zu Gott zurückfinden und Seine Gebote befolgen. Nur wenn sie sich von den „falschen Propheten“, „Wölfen im Schafspelz“, „hinterlistigen Arbeitern, die sich als Apostel Christi tarnen“, „Scheindemokraten“ und „verlogenen Humanisten“ abwenden, und dadurch ihr Schicksal wieder selbst in die Hand nehmen. Dann gibt es noch eine Rettung für sie. Mit *freiem Willen* können sie sich für die Freiheit (=Wahrheit durch Jesus Christus) oder die Sklaverei {-Lüge) entscheiden. Es gibt nur diese zwei Alternativen. Dabei reicht es natürlich nicht aus, den Namen „Jesus“ in den Mund zu nehmen, oder sonntags in die Kirche zu gehen. Man muß die Wahrheit sowohl *leben*, als auch *verkünden*. Das Lebensziel eines jeden Christen sollte sein: das Böse zu bekämpfen und das Gute zu verbreiten.

Und selbst wenn es nicht mehr zu dieser „Umkehr“ bzw. Besinnung unseres Volkes kommen sollte, so spricht die Hl. Schrift den wahren Gläubigen an mehreren Stellen trotzdem Mut zu: „Der Herr ist mein Licht und mein Heil, vor wem sollte ich bangen? Der Herr ist meines Lebens sicherer Schutz, vor wem sollte ich erschrecken? Dringen Übeltäter auf mich ein, mich zu verschlingen, meine Gegner und meine Feinde, sie müssen straucheln und fallen. Mag ein Heer sich wider mich lagern, mein Herz kennt keine Furcht. Erhebt sich Krieg wider mich, ich bleibe doch voll Zuversicht.... Ja, er verhüllt mich unter seinem Dach zur Zeit des Unheils, birgt mich im Verstecke seines Zeltens; auf Felsenhöhe hebt er mich empor.“ (Ps 27, 1-3,5)

Wir haben uns also vor gar nichts zu fürchten. Im Gegenteil, es sind die Gleichgültigen, Bösen, Durchtriebenen und Gemeinen, die sich ihr eigenes Grab geschaufelt haben. In der materiellen Welt mögen sie (in ihren eigenen Augen) vielleicht alles erreicht haben, aber dies wird ihrer Seele nichts nützen, da das ewige Leben nicht mit Geld und Ruhm erkaufte werden kann. Die Ewigkeit wartet auf *jeden* Menschen. Die Frage bleibt bestehen, wo er diese Ewigkeit verbringen wird: im Himmel oder in der Hölle?

Setzen wir unser ganzes Vertrauen also auch weiterhin auf Gott und seien wir Ihm dankbar, daß Er uns das Wissen um die Hintergründe offenbart hat. Dadurch können wir uns (wie Noah und seine Familie) auf das Schlimmste

vorbereiten und gleichzeitig mit ganzer Energie für das Gute wirken, bis Jesus Christus in Herrlichkeit wiederkehrt.

## 13. Bildquellen

Seite 45.....	Deutsche Wochen-Zeitung, 27.2.98
Seite 49.....	Fuldaer Zeitung, 23.2.99
Seite 49.....	DIE WELT, 23.2.99
Seite 53.....	Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.98
Seite 57.....	DIE WELT, 23.2.99
Seite 66.....	Fuldaer Zeitung, 7.1.98
Seite 66.....	Fuldaer Zeitung, 19.3.97
Seite 66.....	Nation & Europa, Februar 1999, S.39
Seite 73.....	DIE WELT, 13.10.98
Seite 79.....	HNA, 1.2.98
Seite 80.....	Das Parlament, 15./22. Januar 1999
Seite 105.....	Fuldaer Zeitung, 19.5.98

# 14. Auswahl der verwendeten Literatur

- BÄSCHLIN, BEAT CHRISTOPH: *Der Islam wird uns fressen!*. 5. Aufl. Tegna 1993
- BARKHOLDT, BERNHARD: *Ausländerproblem eine Zeitbombe? - Entscheidung zur Jahrtausendwende*. Berg am See 1981
- BARING, ARNULF: *Scheitert Deutschland? -Abschied von unseren Wunschwelten*. 3. Aufl., Stuttgart 1997
- BLACKWOOD, PETER: *Das ABC der Insider*. Leonberg 1992
- FREY, GERHARD (HRSG.): *Deutschlands Ausplünderung - Das deutsche Volk als Melk-Kuh der Welt*. München 1993
- HARTMANN, GERNOT B.: *Volks- und Weltwirtschaft*. 14. neubearb. Aufl., Rinteln 1991
- HÖLLHUBER, IVO: *Der Todesschlaf Europas*. Mainz 1993
- IRENAUS EIBL-EIBESFELDT/OTTO KOENIG/HEINRICH LUMMER: *Einvwanderungsland Europa?*. 2. Aufl., Wien 1994
- JACOBS, MANFRED: *so erobert der Islam Europa*. Durach 1996
- KORN, DAVID: *Wer ist Wer im Judentum*. München 1996
- LACHMANN, EDMOND W. (HRSG.): *Chaos Asyl - Vom Asylwesen zum Asylunwesen*. München 1992
- LAGUERRE, MAXIME: *Unsere Gesellschaft am Abgrund. Die Irrwege des Fortschritts und seine Folgen*. Tübingen 1997
- LUMMER, HEINRICH: *Asyl - Ein mißbrauchtes Recht*. Frankfurt M./Berlin 1992
- MÜLLER, GÜNTHER: *Faß ohne Boden - Die Eurokratie von Brüssel und unser Geld*. München 1994
- POLICE AGAINST THE NEW WORLD ORDER [HRSG.]: *Operation Vampire Killer 2000 - American Police/Military Action PlanforStopping World Government Rule*. Überarb. Aufl., Phoenix 1996
- SCHWAB, GÜNTHER: *... aber wir fürchten uns nicht!*. Hameln/Hannover 1994
- SIDLER, ERIC. M.: *Mein geliebtes Deutschland - Kritische Reflexionen eines Gastarbeiters*. Frankfurt (Main) 1995
- SICHELSCHMIDT, GUSTAV: *Ein Volk im Wahn - Wer will die Deutschen krank?*, Kiel 1998
- SICHELSCHMIDT, GUSTAV: *Der Tanz auf dem Vulkan*. Kiel 1996
- SICHELSCHMIDT, GUSTAV: *Deutschlandverblödet. Wennutzt der dumme Deutsche?*. Kiel 1995
- SICHELSCHMIDT, GUSTAV: *Der ewige Deutschenhaß. Hintermänner und Nutznießer des Antigermanismus*. Kiel 1992
- STEINHAUSER, KARL: *EG - Die Super-UdSSR von morgen*. Wien o.J.
- STOLZ, ROLF: *Die Mullahs am Rhein - Der Vormarsch des Islam in Europa*. München 1994
- SYMANEK, WERNER: *Deutschland muß vernichtet werden*. Bingen am Rhein 1996
- WINFRIED HAMMELMANN/SVEN NORTHEIM: *Die Selbstbedienungsrepublik - Steckbriefe: Unsere Skandalpolitiker und ihre Affären*. Frankfurt am Main 1994

WINTER, ROLF: *Nein, so hat diese Republik nicht werden sollen - Die politische Kultur der Bundesrepublik.* Hamburg 1994

WOLTERS DORF, HANS WERNER: *Hinter den Kulissen der Politik - Was die Deutschen nicht wissen sollen.* Tübingen 1997

WOLTERS DORF, HANS WERNER: *Hinter den Kulissen der Macht - Was die Deutschen nicht wissen sollen.* Remagen 1995

ZIEGLER, GERHARD: *Alter in Armut? - Die Rente ist bald am Ende - was tun? - Das Fiasko der staatlichen Altersversorgung.* Hamburg 1992

V A WS-PRESSEBÜRO WEST: *Unter falscher Flagge.* Bingen am Rhein 1994

## Verwendete Zeitungen und Zeitschriften

Fuldaer Zeitung  
HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG  
Leonberger Kreiszeitung  
DIE WELT  
DM  
Der Spiegel  
Frankfurter Neue Presse  
Bayernkurier  
BILD  
BILD AM SONNTAG  
CINEMA  
TV MOVIE  
Nation & Europa  
Deutsche Wochen-Zeitung  
Unabhängige Nachrichten  
DEUTSCHLAND  
Das Parlament  
Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament  
CODE  
Frankfurter Rundschau  
FORTUNE  
Euro-Kurier  
Kurier der Christlichen Mitte  
THE McALVANY INTELLIGENCE ADVISOR

**Im Verlag Anton A. Schmid, Verlags-Programm: Pro Fide Catholica,  
Postfach 22, 87467 Durach, sind erschienen:**

Freimaurersignale in der Presse - Wie man sie erkennt und was sie bedeuten.....	34,90 DM
Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa	
1. Band, 32 Bildtafeln.....	29,80 DM
2. Band, 32 Bildtafeln.....	29,80 DM
JA zu Europa heißt NEIN zu Maastricht.....	4,80 DM
MAASTRICHT: Quo vadis EUROPA?.....	13,90 DM
Marschiert auch Österreich in die kollektive Sklaverei?.....	6,80 DM
Die kommende „Diktatur der Humanität“ oder die Herrschaft des Antichristen	
1. Band: Die geplante Weltdemokratie in der „City of Man“.....	16,80 DM
2. Bd.: Die Weltherrscher der Finsternis in Aktion.....	21,80 DM
3. Bd.: Die vereinten Religionen der Welt im antichristlichen Weltstaat.....	21,80DM
Wußten Sie schon...?.....	3.— DM
Die UFO's identifiziert!.....	21,80 DM
Drei Herolde des Antichristen.....	9,80 DM
666 - Die Zahl des Tieres; (viele Abbildungen, stark erweiterte u. aktualisierte Auflage.....	17,80 DM
Die öffentlichen Meinungsmacher.....	3,80 DM
Herren und Sklaven des XX. Jahrhunderts.....	19,80 DM
Die neue Welt - Vorspiel der Hölle.....	19,80 DM
Die Freimaurer und der Vatikan.....	19,80 DM
Über geheime Gesellschaften und deren Gefährlichkeit für Staat und Religion.....	19,80 DM
Die Freimaurer und der Vatikan.....	19,80 DM
Die Freimaurerei als politischer Faktor.....	12,80 DM
Vorsicht! Liberalismus!.....	14,80 DM
Die Wahrheit über die Handschriften vom Toten Meer.....	18,80 DM
Woher stammt der Islam?.....	7,80 DM
Wer steuert den Islam?.....	7,80 DM
Die Unterminierung der katholischen Kirche.....	19,80 DM
Der theologische Weg Papst Johannes Pauls II. zum Weltgebetsstag der Religionen in Assisi (3 Bände)	
Bd. I: Vom Zweiten Vatikanischen Konzil bis zur Papstwahl.....	14,80 DM
Bd. II/Teil 1: Die „trinitarischeTrilogie“: Redemptor Hominis.....	23,80 DM
Bd. II/Teil 2: Die „trinitarischeTrilogie“: Redemptor Hominis.....	23,80 DM
Bd. II/Teil 3: Die „trinitarische Trilogie“: Redemptor Hominis.....	29,80 DM
ASSISI und Die NEUE RELIGION Johannes Paul's II.....	11,80 DM
Das Kreuz wird siegen.....	12,80 DM
Die Verehrung des Heiligen Rockes Jesu.....	21,80 DM
Wenn ich nur sein Gewand berühre (Geschichte, Wunder, Erlebnisse etc. bezügl. d. Hl. Rockes). 10,80 DM	
Antworten auf die am meisten verbreiteten Einwürfe gegen die kath. Religion.....	2 Bände je 15,80 DM
Ideologie des Modernismus.....	3.— DM
Jargon des klerikalen Modernismus.....	3.— DM
Aphorismen dernachkonziliaren Gedankenwelt.....	3.— DM
Die Kardinalfehler des Hans Urs von Balthasar.....	45 — DM
DieParusie.....	12,80 DM
Auferstehung von den Toten und ewiges Leben.....	15,80 DM
Die Konziserklärung über die Religionsfreiheit.....	2 Bände je 59.— DM
Vorsicht - Wölfe im Schafspelz! (viele Bilder).....	29,90 DM
Papsttreue - heilige Pflicht jedes Katholiken.....	4,80 DM
Sind die neuen Sakramente noch gültig?.....	4,80 DM
Zartgefühl gegenüber Seelenmördern?.....	4,80 DM
Falsche und echte Papstweissagungen.....	2,50 DM
Sichere Zeichen der Endzeit.....	3,20 DM

Der Lügenprophet.....	19,80 DM
Die Zertrümmerung des christlichen Abendlandes.....	7,80 DM
Heiligste Eucharistie und Kommunionsspendung/-empfang.....	10 Expl. 5,— DM
Kleiner Katechismus über die Irrlehren im neuen Weltkatechismus.....	2,— DM
Die Irrlehren im neuen Weltkatechismus.....	24,80 DM
Der Ökumenismus-Schwindel.....	9,80 DM
Die 13 satanischen Blutlinien - Ursache vielen Elends und Übels auf Erden.....	22,80 DM
Engelwerk und Kabbala.....	9,80 DM
Die "Zeugen Jehovas" - Judaisierung des Christentums.....	16,80 DM
Die geheime Macht hinter den Zeugen Jehovas.....	24,80 DM
Der jüdische Messianismus.....	7,80 DM
Zweites Vatikanum und Judenfrage.....	9,80 DM
Das Affentheater.....	19,80 DM
Lehrverurteilungen kirchentrennend?.....	5,90 DM
Über die Sünde.....	5,90 DM
Der Teufel in seinem Wirken.....	17,80 DM
Der Antichrist.....	12,80 DM
Die Hölle existiert - Erschütternde Tatsachenberichte.....	19,80 DM
Die Hölle - bestätigt durch Verstorbene.....	3,20 DM
Die Hölle nach Visionen von Heiligen.....	3,20 DM
Engelwerk und Kabbala.....	9,80 DM
Vorsicht Pende'! Eine merkwürdige Kunst.....	3,20 DM
Die Lügen von Medjugorje.....	9,80 DM
Das Geheimnis von Medjugorje.....	19,80 DM
Die ganze Wahrheit über das OPUS DEI.....	25,80 DM
Don Stefano Gobbi - ein Werkzeug des Himmels?.....	6,80 DM
Prophezeiungen im Lichte der katholischen Glaubenslehre.....	5,90 DM
Zeichen der Zeit.....	9,80 DM
Das „dritte Geheimnis“ von Fatima.....	7,50 DM
Furchtbar wie ein Heer in Schlachtbereitschaft (Guadalupe).....	3,50 DM
Das hl. Bild und die Botschaft Unserer Lieben Frau von Guadalupe.....	9,80 DM
Fatima, der Herzensruf der Himmelsmutter.....	2,— DM
Die Gerechtigkeit Gottes.....	11,80 DM
Der Kindermord des 20. Jahrhunderts.....	2,50 DM
Wohin "treiben wir ab" - §218 die gesellschaftsfähige tödliche Gewalt.....	8,80 DM
Das Wunder des hl. Meßopfers.....	10,80 DM
Das Wunder der hl. Beichte.....	10,80 DM
Das St. Benediktuskreuz oder die Medaille des hl. Benedikt.....	2,— DM
Die wundermächtige Kraft des Namen Jesus.....	12,80 DM
Gebete mit Verheißungen.....	11,50 DM
Das gnadenreiche Prager Jesulein.....	2,— DM
Immerwährender Prager Jesulein Kalender.....	12,80 DM
Anregungen zu einem guten Gebet.....	12,80 DM
Betrachtender Kreuzweg.....	2,— DM
Die Geheimnisse des hl. Rosenkranzes.....	12,80 DM
Die größten Wunder des hl. Antonius.....	13,80 DM
Pater Paul von Moll - ein belgischer Wundertäter des 19. Jahrhunderts.....	19,80 DM
Freunde am Weg; Lebensweisheiten für jeden Tag.....	24,80 DM
Das selige Kind Andreas von Rinn - ein wahrer Märtyrer der katholischen Kirche.....	13,80 DM
Der selige Andreas von Rinn als Helfer und Wundertäter.....	4,90 DM
Philomena, die Heilige aus den Katakomben.....	5,90 DM
Die sog. Anzeichen - Gnadenerweise Gottes	
Ankündigung glücklicher oder unglücklicher Ereignisse; Warnungen und Hinweise vor Handlungen.....	11,80 DM
Ankündigungen des Todes; Sterbemeldungen; Atme Seelen-Erscheinungen.....	15,80 DM
Zeichen für die Heiligkeit bzw. Verdammung von Seelen; Zeichen zur Bestätigung relig. Wahrheiten.....	11,80 DM
Unser täglich Brot.....	24,90 DM



Seit einigen Jahren können wir Deutsche uns alle angeblich glücklich schätzen, mit unseren Nachbarvölkern im neu errichteten, gemeinsamen „Haus Europa“ zu „wohnen“. Was aber hat unserem Volk das Wohnen in diesem „Haus Europa“ bis heute tatsächlich eingebracht?

Nun, alle wachsam Menschen konnten in den letzten Jahren mitverfolgen, wie einige unserer Grundrechte (siehe §13 GG) faktisch abgeschafft wurden, wie sich eine regelrechte Kriminalitätsflut ungehindert über unser ganzes Land ausbreiten konnte, wie die Staatsverschuldung und die Arbeitslosenzahl in astronomische Höhen kletterten und ein noch nie dagewesener kultureller Zersetzungskampf beginnen konnte.

In dieser Schrift wird die äußerst wichtige Frage gestellt, wie gerecht sich das von unseren Politikern vielgepriesene „Haus Europa“ bis jetzt tatsächlich für uns Deutsche entwickelt hat. Es zeigt sich, wie sehr das deutsche Volk, zugunsten des geeinten Europa von Maastricht, auf allen (!) Ebenen ins Abseits gedrängt und in vielen Bereichen quasi entmündigt wurde. Beispiele sind solche Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung wie der „große Lauschangriff“, EUROPOL oder neuerdings sogar eine „Gen-Datei“. Warum benötigen wir all diese Dinge ausgerechnet jetzt? Warum erst im Vereinten Europa? Und warum spricht unser Bundespräsident ganz aktuell sogar von einem „neuen Zeitalter der Demokratie“?

Wenn es stimmt, daß „große Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen“, dann können wir uns in den nächsten Jahren jedenfalls auf einiges gefaßt machen. Diese wichtige und hochbrisante Schrift zeigt auf, daß unser Volk zum Ende dieses Jahrtausends einen Tanz auf dem Vulkan vollführt. Ist Deutschland überhaupt noch zu retten, oder ist sein Schicksal, das Aufgehen in der antichristlichen Einen Welt, bereits besiegelt?